

Wahlprogramm
zur Bürgerschaftswahl 2003
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Bremen

**„Mutig handeln statt schönreden.
Libérale Leitsätze für eine neue Politik“**

Quelle/Zitierweise:

http://www.fdp-bremen.de/html_neu/programm/Buergerschaftswahl03.doc; 12.04.2005

Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-78

Inhaltsverzeichnis

2 Finanzen

5 Stadtentwicklung

- 7 ➔ Für eine l(i)ebenswerte Stadt
- 14 ➔ Für eine sichere Stadt
- 20 ➔ Für eine kulturell aktive Stadt
- 23 ➔ Für eine sportliche Stadt

26 Bildung nach PISA

- 26 ➔ Schule liberalisieren und profilieren
- 34 ➔ Berufliche Ausbildung stärken
- 35 ➔ Hochschulen unabhängig machen
- 36 ➔ Wissenschaft und Forschung fördern

37 Wirtschaft

- 38 ➔ Liberale Offensiven für den Mittelstand
- 42 ➔ Strukturreformen am Arbeitsmarkt
- 46 ➔ Mobilität statt Stillstand
- 48 ➔ Häfen

49 Soziales

- 50 ➔ Das Bürgergeldsystem
- 51 ➔ Arbeitslosigkeit nicht nur verwalten
- 51 ➔ Liberale Gesellschaftspolitik
- 59 ➔ Liberale Gesundheitspolitik

62 Bürgerrechte

- 62 ➔ Bürger, Region und Europa
- 63 ➔ Rechtsstaat und Gerechtigkeit
- 65 ➔ Politik und Verwaltung
- 66 ➔ Bürgernah(e) Politik gestalten

68 Register

70 Unsere Kandidaten

71 Mutig handeln statt schönreden



Liebe Wählerinnen, liebe Wähler,

auf den nachfolgenden Seiten finden Sie die programmatische Standortbestimmung der FDP im Lande Bremen für die Bürgerschaftswahl am 25. Mai 2003.

Seit zwei Wahlperioden regiert ein Senat von SPD und CDU mit einer Mehrheit, durch die eine parlamentarische Kontrolle zur Farce wird. Da gilt es für uns, Bilanz zu ziehen, nüchtern und ohne Schönfärberei, und die eigenen Vorstellungen dagegen zu stellen.

Nach 56 Jahren Regierung unter der SPD gibt es erstmals in Bremen und Bremerhaven eine realistische Chance für einen Neubeginn. Dafür haben sich unsere niedersächsischen Nachbarn vor wenigen Wochen in überzeugender Weise entschieden.

Die Große Koalition in Bremen hat in den letzten acht Jahren ihre Ziele nicht erreicht. Rot-Grün in Berlin hat gezeigt, dass es die Finanz- und Beschäftigungskrise nicht in den Griff bekommt. Das ist keine Alternative für unser Land. Die Bremer und Bremerhavener haben eine echte Alternative verdient. Wir Liberalen stehen als einzige politische Kraft für wirkliche Veränderung. CDU und Grüne wollen beide mit der SPD regieren. Nur wir haben den Mut zu sagen: 56 Jahre Rot sind genug. Deshalb braucht Bremen eine starke FDP! Dafür bitten wir Sie um Ihre Unterstützung.

Claus Jäger
Spitzenkandidat und Landesvorsitzender

Finanzen – Sanierungsziel nicht erreicht

Bilanz nach acht Jahren großer Koalition

- Bremen steht finanziell mit dem Rücken zur Wand** Eine Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen und finanzpolitischen Daten des Landes Bremen zeigt, dass die optimistischen Verlautbarungen des Senats im krassen Gegensatz zur Realität stehen. Die tatsächliche Lage widerspricht der Mär von der so erfolgreichen Sanierungspolitik, die von SPD und CDU verbreitet wird.
- Ab 2005 muss Bremen auf eigenen Beinen stehen können** 2004 wird Bremen die letzte Rate im Gesamtpaket der Bundeshilfe für die Sanierung seiner Haushaltssituation erhalten. Ab 2005 muss Bremen aus eigener Kraft einen verfassungskonformen Haushalt vorlegen, bei dem die konsumtiven Ausgaben für Personal und Zinszahlungen durch die Einnahmen aus Steuern gedeckt werden.
- Trotz Bundeshilfen sind die Schulden gestiegen** Nach zehn Jahren Sanierung ist die Verschuldung von rund 9 Milliarden Euro im Jahre 1994 trotz Bundeshilfen in Höhe von insgesamt 9 Milliarden Euro am Ende nicht gesenkt worden. Im Gegenteil, Ende 2002 wird sie voraussichtlich die 11-Milliarden-Euro-Grenze überschritten haben.
- Weitere Schulden sind in Schattenhaushalten versteckt** Zudem wurden jahrelang die zahlreichen Sondervermögen und landeseigenen Gesellschaften zur verdeckten Schuldenaufnahme missbraucht. Rechnet man die in den Schattenhaushalten versteckten Kredite hinzu, liegt die Verschuldung tatsächlich noch weit höher.
- Die Ausgaben übersteigen die Einnahmen immer noch um jährlich 500 Millionen Euro** Einnahmen wurden im Haushalt zu hoch und Ausgaben zu tief angesetzt. Die Differenz zwischen den konsumtiven Ausgaben für Sachmittel und Personal und den Einnahmen einschließlich der Hilfen aus dem Länderfinanzausgleich wird entgegen der Finanzplanung des Senats nicht ausgeglichen sein, sondern weiterhin 500 Millionen Euro pro Jahr betragen.
- Große Koalition ist bei der Sanierung fundamental gescheitert!** Damit ist ein rasanter Anstieg der Verschuldung in den folgenden Jahren vorprogrammiert. Im zentralen Punkt des Sanierungsprogramms ist die Große Koalition fundamental gescheitert. Private Unternehmen wären bei einem solchen Finanzgebaren gezwungen, einen Insolvenzantrag zu stellen. SPD und CDU stecken jedoch den Kopf in den Sand und bauen auf Zusagen im "Kanzlerbrief", die allerdings nicht mehr als eine unverbindliche Absichtserklärung sind.

Es geht um Bremens Zukunft

- Wir wollen mutig handeln, nicht schönreden!** Die Chancen auf einen verfassungskonformen Haushalt im Jahre 2005 sind gleich Null. Ein verfassungskonformer Haushalt ist nur zu erreichen, wenn grundsätzlich neue Wege beschritten werden. Die nunmehr anstehende Sanierungsstrategie wird enorme Anstrengungen erfordern und muss umgehend angegangen werden. Jede Verzögerung bedeutet, dass sich der Handlungsspielraum noch weiter verringert und die Finanzierung öffentlicher Leistungen durch die steigenden Zinsleistungen zunehmend unmöglich wird.

Um den Strukturwandel zu beschleunigen und die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit in Bremerhaven und Bremen abzubauen, bedarf es dabei weiterhin einer hohen Investitionsquote. Oberstes Ziel dieser Investitionen muss die nachhaltige Schaffung von Arbeitsplätzen sein. Durch Fehlinvestitionen der großen Koalition wurden in den vergangenen acht Jahren jedoch die Gelder verschleudert, die künftig fehlen werden.

Investitionen müssen nachhaltig Arbeitsplätze schaffen

Bei dem Versuch, die Erfolge anderer zu kopieren, wurden und werden Großprojekte gefördert, über die die Marktentwicklung inzwischen längst hinweggegangen ist. Durch Planungsfehler und mangelhafte Kontrolle wurden Millionen Euro in den Sand gesetzt. Beispiele dafür sind das Musical, das Rhodarium, der Bahnhofsvorplatz, die Galopprennbahn und der Space-Park. Zukünftig muss endlich für jedes Projekt die vorgeschriebene Wirtschaftlichkeitsuntersuchung erstellt werden.

Großes Geld in große Projekte mit großen Verlusten

Um den Misserfolg bei seinen Projekten zu verschleiern, ließ sich der Senat ins unternehmerische Risiko ziehen und haftet zukünftig auch für Betreiberverluste. Bremen muss aufhören, Unternehmer zu spielen! Die Erfahrungen mit dem Bremer Vulkan haben nur zu deutlich gemacht, wie verhängnisvoll dies ausgehen kann. Es ist nicht Aufgabe des Senats, ein Großprojekt wie den Space-Park zu betreiben. Neben den direkten Investitionen von über 250 Mio. Euro drohen hier nun zusätzliche Verluste durch die enormen Bürgschaftsverpflichtungen.

Bremen darf nicht länger Unternehmer spielen!

Unter dem Dach der BIG (Bremer-Investitions-Gesellschaft) ist mit der Gründung von über 200 staatlichen Gesellschaften ein "Bremen-Konzern" entstanden, der kaum noch zu überblicken ist und die Kontrollrechte des Parlaments außer Kraft setzt. Unter ihrem Dach wurden zahlreiche zusätzliche Risiken und Schattenhaushalte aufgetürmt.

Mehr als 200 staatliche Gesellschaften sind nicht mehr kontrollierbar

Die FDP wird dafür Sorge tragen, dass die Aktivitäten dieser Gesellschaften für die Abgeordneten und Bürger transparenter werden und die eingesetzten Steuergelder zu nachvollziehbaren, effizienten und zielkonformen Ergebnissen führen. Zur Vermeidung unnötiger Kosten und im Interesse eines effizienteren Einsatzes von Haushaltsmitteln wollen wir alle nicht effektiven Maßnahmen einstellen und die Organisationen nötigenfalls zusammenführen oder auflösen.

Transparenz wiederherstellen – Zusammenführung oder Auflösung der Gesellschaften

Wir werden überprüfen, welche Ausgaben Bremen sich leisten kann und welche Aufgaben kostengünstiger und effektiver von Privaten wahrgenommen werden können. Unsere Zielsetzung ist dabei immer echte Privatisierung, nicht die von SPD und CDU betriebene Praxis der Scheinverselbständigung durch Gründung weiterer Eigenbetriebe und Eigengesellschaften.

Echte Privatisierungen statt immer mehr Eigenbetriebe

Wir wollen alle Beteiligungen des Landes einschließlich aller Fälle von Scheinprivatisierungen umgehend im Hinblick auf ihre Veräußerung überprüfen und mit den Erlösen die Verschuldung senken.

Beteiligungen veräußern – Schulden senken

Voraussetzung dafür ist allerdings die flächendeckende Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung, wie sie eigentlich schon seit 1995 Beschlusslage ist. Nur wenn die Frage, was eine Leistung tatsächlich kostet, beantwortet werden kann, ist eine Entscheidung über Fortführung, Übertragung oder Verzicht möglich.

Kosten- und Leistungsrechnung durchführen

- Seit 1995 sind über 20.000 Menschen aus Bremen abgewandert** Die Große Koalition war 1995 mit dem Anspruch angetreten, die Einwohnerzahl um 50.000 zu erhöhen. Tatsächlich setzte sich die Abwanderung fort. Die GEWOS-Studie "Bremen 2015" vom August 2002 prognostiziert weitere erhebliche Einwohnerverluste, insbesondere durch Stadt-Umland-Abwanderung der 26- bis 45-Jährigen.
- Bremerhaven bald nicht mehr Großstadt?** Bremerhaven muss sogar um den Status einer Großstadt mit mehr als 100.000 Einwohnern fürchten. Bei einem Gleichklang mit der Entwicklung der Einwohnerzahlen im Bundesgebiet müssten im Land Bremen heute rund 720.000 Menschen leben. Tatsächlich sind es über 50.000 weniger.
- Jährlich 150 Mio. Euro Einnahmeausfälle durch den Einwohnerschwind** Dies bewirkt anhaltende Einnahmeausfälle von über 150 Mio. Euro pro Jahr, da sich Leistungen aus dem Länderfinanzausgleich nach der Einwohnerzahl berechnen. Der rot-schwarze Senat hat bislang jedoch keine überzeugenden Konzepte vorgelegt, der Abwanderung entgegen zu wirken. Selbst die SPD-Fraktion kritisiert inzwischen die Hilflosigkeit des Senats. Den Analysen folgen keine erfolgversprechende Strategien gegen den Einwohnerschwind.
- Abwanderung stoppen – Existenzfähigkeit sichern** Deshalb braucht Bremen eine neue Politik! Eine Politik gegen die Abwanderung, gegen den Bildungsnotstand und gegen die Arbeitslosigkeit. Die Wohnqualität muss erhöht, die Bildungschancen wiederhergestellt und neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Dann sind auch die Existenzfähigkeit unserer Städte und die Selbständigkeit unseres Bundeslandes gesichert.
- Steuerverteilung grundlegend reformieren** Die FDP wird sich entschlossen für eine grundlegende Reform der Steuerverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen einsetzen, wie sie vom Bundesverfassungsgericht gefordert wurde. Unser Leitbild ist dabei die Einführung eines echten Wettbewerbsföderalismus. Dazu muss der Anteil am im Lande erwirtschafteten Steueraufkommen vergrößert werden.
- Erwirtschaftete Steuern fließen aus Bremen ab** Gemessen an der Wirtschafts- und Steuerkraft gehört Bremen zu den starken Regionen Europas. In Bremen und Bremerhaven wird überdurchschnittlich viel erwirtschaftet; doch da die Einkommensteuer nach Wohnort und nicht nach Arbeitsort zugeteilt werden, fließen die Steuern aus Bremen ab.
- Anteil an der Umsatzsteuer vergrößern** Zumindes die Umsatzsteuer muss zu einem größerem Anteil dort verbleiben, wo sie erwirtschaftet wird. Das schafft nachhaltig Anreize, in die Wirtschaftsstruktur zu investieren. Die Gewerbesteuer, die eine Sonderbelastung für Unternehmen darstellt, wollen wir durch ein kommunales Zuschlagsrecht auf die Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer ersetzen.
- Bremens Selbständigkeit erhalten** Bremen ist ein eigenständiges Bundesland – und das soll es auch bleiben! Die Überlegungen, mit Teilen des niedersächsischen Umlandes einen kleinen Nordwest-Staat zu bilden, führen nicht weiter. Niedersachsen ist ein finanzschwaches Bundesland, das auf das Umland von Bremen und Bremerhaven, seinen "Speckgürtel", nicht verzichten wird.
- Andere Sanierungspolitik betreiben** Um Bremens Selbständigkeit zu erhalten, muss künftig eine andere Sanierungspolitik betrieben werden. Im Vordergrund darf nicht mehr das Starren auf Großprojekte mit schöngezeichneten Gewinnerwartungen stehen – sondern der Blick auf die Menschen. Wir setzen auf eine neue Vision lebenswerter Städte. Für die Zukunft. Für unsere Zukunft. Und für die Zukunft unserer Kinder.

Stadtentwicklung – Für mehr Lebensqualität

Politik gegen die Abwanderung

Bremen und Bremerhaven leben von ihren über Jahrzehnte gewachsenen Wohnquartieren. Die Attraktivität der Quartiere in vielen Stadtbereichen geht jedoch verloren. Ursachen sind die mangelhafte Infrastruktur sowie das ungepflegte Wohnumfeld vieler Stadtteile – Ergebnis jahrelanger städtebaulicher Vernachlässigung.

Die Konzentration städtebaulicher Maßnahmen auf die sogenannten Entwicklungsachsen und die Konzentration des Mittelstandes und Einzelhandels in Dienstleistungszentren – beides zentrale Projekte der Großen Koalition – drohen die Stadtteile zu monofunktionalen Wohn- oder gar Schlafstandorten verkommen zu lassen.

Quartiere leben aber von einer dichten und pulsierenden Mischung aus Arbeiten, Wohnen, Nahversorgung, Kultur und Freizeit. Durch die jetzigen Entwicklungen geht immer mehr verloren, was ein urbanes Quartier ausmacht: die positiv besetzte Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit ihrem Stadtteil.

Soziale Entmischung und der Einwohnerschwind haben zu einer gefährlichen Polarisierung in einigen Stadtteilen geführt. Es sind "soziale Brennpunkte" entstanden, besonders in den ehemals als Modellprojekte gepriesenen Großwohnanlagen der 70er Jahre. Die Menschen wollen heute nicht mehr so wohnen, wie es sich damals Stadtplaner und Sozialdemokratie vorgestellt haben. Mit einer baulichen Sanierung ist es meistens nicht getan, wie der geplante Abriss großer Teile von Tenover zeigt. Das Programm "Wohnen in Nachbarschaft" (WIN) in den Großwohnanlagen von Kattenturm, Tenover, Grohn und anderswo ist ein erster Schritt, aber keine Lösung des gesamten Problems.

Unser Ziel für die kommenden Jahre ist es, das Image der Wohn-Quartiere in Bremen und Bremerhaven so zu verbessern, dass die Bürger sich wieder in "ihrem" Quartier wohlfühlen und es vorziehen, in Bremen und Bremerhaven zu wohnen anstatt in den Umlandgemeinden! Die FDP will die in den Stadtteilen lebenden Menschen am Quartiersmanagement beteiligen. Wir wollen das Engagement der Bürgerinnen und Bürger wecken und Chancen geben, sich für die Quartiersentwicklung einzusetzen. Im Mittelpunkt stehen für uns folgende Grundsätze:

➔ Unser "Quartier 2003" Programm

Die Quartiere müssen belebter werden! Die Arbeitsplätze in den Quartieren müssen erhalten und neue geschaffen werden. Wir wollen eine lokale Ökonomie, besonders was Dienstleistungen und Nahversorgung für die im Quartier lebenden Menschen anbelangt.

Wohnumfeldverbesserung ist ein Muss!

Stadtteile verkommen zu Schlafstandorten

Identifikation mit dem Umfeld geht verloren

Soziale Entmischung erzeugt Brennpunkte

Quartiere stärken, Wohlfühqualität schaffen

Lokale Ökonomie erhalten

- Brachen sanieren und sinnvoll reaktivieren** Die Quartiere müssen saniert werden! Im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung werden wir die innerstädtischen Brachen und ehemaligen Industrieflächen, die nicht mehr zur gewerblichen Nutzung geeignet sind, für den Wohnungsbau erschließen. Dafür werden wir kleinteilige und quartiersbezogene Sanierungsgebiete ausweisen und investitionshemmende Vorschriften und Gesetzesregelungen überprüfen.
- Behutsamer Umgang mit historischer Bausubstanz** Die Quartiere müssen (wieder) schöner werden! Den bisherigen Umgang mit der historischen Bausubstanz in Bremen und Bremerhaven werden wir ändern. Unser Ziel ist die Erhaltung und Wiederherstellung des typisch-bremischen Stadtbildes. Dafür werden wir gezielte Anreize zur "Re-Modernisierung" geben und die Bestandspflege in den alten Quartieren verbessern.
- Grün gehört in die Stadt** Die Quartiere müssen grüner werden! Die Begrünung von Gebäuden in dichtbesiedelten Stadtquartieren und zusätzliche Baumpflanzungen werden wir verstärkt fördern. Brachliegende ungenutzte Flächen, für die es keine Verwendungsmöglichkeit gibt, müssen begrünt werden. Die vorhandenen Grünflächen – auch das Straßenbegleitgrün – müssen intensiver und über das ganze Jahr hinweg gepflegt werden.
- Vermüllung vermeiden, Stadtpflege intensivieren** Die Quartiere müssen sauberer werden! Dafür werden wir die Stadtpflege intensivieren. Vermüllung, Graffiti und wucherndes Grün werden zügig beseitigt. Die Kooperation zwischen Stadtreinigung, Stadtgrün und den Umweltämtern wird verbessert, gemeinnützige Arbeit verstärkt einbezogen.
- Sicherheit durch bürgernahe Polizei** Die Quartiere müssen sicherer werden! Durch die Einführung von Quartiers-Polizisten und die Erhaltung der Polizeiaußenstellen wollen wir das Sicherheitsempfinden der Anwohner stärken. Wir werden jungen Menschen durch Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit und durch bessere Schulen und Freizeitangebote wieder Perspektiven geben.
- Straße ist auch Begegnungsraum** Die Quartiere müssen kommunikativer werden! Wir betrachten die Straße auch als Begegnungsraum, nicht ausschließlich als Verkehrsraum. Wir werden Fuß- und Radwege sanieren und ausbauen und zusätzliche Spielstraßen in Wohnquartieren einrichten.
- Nachbarschaft stärken – Integration fördern** Die Quartiere müssen nachbarschaftlicher werden! Wir werden quartiersbezogene Wettbewerbe nach dem Motto "Unsere Straße soll schöner werden" initiieren. Nachbarschaftshilfe werden wir fördern. Die Integration von Jugendlichen, Älteren und Zuwanderern bleibt ohne die Förderung eines "Miteinander-Gefühls" eine leere politische Phrase.
- Kulturelle Initiativen in den Quartieren unterstützen** Die Quartiere müssen kulturell lebendig werden! Wir werden, zur Unterstützung des kulturellen Engagements einen besonderen Förderpreis für Stadtteilkultur initiieren.
- Beiratsrechte stärken – bürgernah Politik machen** Die Quartiere müssen bürgernah werden! Wir wollen die Beiräte stärken und ihnen mehr Entscheidungsrechte in Angelegenheiten von Stadtteilentwicklung, Verkehr, Kultur und Soziales geben. Die den Beiräten zustehenden Globalmittel werden von uns dementsprechend aufgestockt.
- Quartier-Identität schaffen** Die Quartiere müssen ein Gesicht bekommen! Dafür werden wir das Quartiersmarketing ausbauen und fördern und in die Stadtmarketing-Maßnahmen einbinden.

➔ **Für eine I(i)ebenswerte Stadt**

Wohnungsbau neu ausrichten

Wohnungssuchende orientieren sich bei der Auswahl ihres Wohnstandortes immer weniger an Stadt- oder Landesgrenzen, sondern in erster Linie an Qualitäts- und Preiskriterien. Vor diesem Hintergrund erklären sich auch die ständigen Einwohnerverluste Bremens und Bremerhavens an die niedersächsischen Umlandgemeinden. Allein in den letzten zwanzig Jahren sind über 100.000 Menschen in den "Speckgürtel" gezogen.

Einer GEWOS-Studie zufolge, wird der Wegzug mit den gestiegenen Belastungen durch Lärm und Verkehr begründet. Es wird die ruhige, grüne Wohnlage gesucht, 80% bevorzugen Ein- oder Zweifamilienhäuser und verlassen Bremen und Bremerhaven auch gerade deswegen, weil in beiden Städten das Angebot an preisgünstigen Bauland und Einfamilienhäusern mit bezahlbaren Mieten zu gering ist.

Es fehlen also nicht Wohnungen im Geschosswohnungsbau, es gibt aber noch einen Bedarf an Bauflächen für freistehende Einfamilienhäuser sowie preiswertem Bauland für Reihenhäuser. Die FDP wird sich für eine bedarfsgerechte Ausweisung einsetzen.

Insbesondere wollen wir Bau- und Siedlungsvorhaben so fördern, dass individuelle Bauweisen entstehen können, die vorwiegend auf Familien mit Kindern ausgerichtet sind. Gerade innerstädtische Wohnbauflächen wollen wir bevorzugt für Familien vorbehalten.

Die Innenstädte für Familien wieder attraktiv zu machen, ist ein wesentliches Ziel unserer Stadtentwicklungspolitik. Bei diesen Planungen muss auch der Bedarf an nahe liegenden Grünflächen und Kleingartengebieten beachtet werden. Wir werden uns daher für eine konsequente Umsetzung des "Grünen Netzes" einsetzen.

Dreh- und Angelpunkt der Wohnungsbauförderung muss die individuelle und damit zielgerechte Förderung der Privathaushalte sein. Die FDP strebt einen schrittweisen Umbau von der Objekt- auf die Subjektförderung durch geeignete Landes- und bundesrechtliche Maßnahmen an. Wir wollen zukünftig effektives Wohngeld (Subjektförderung) gewähren. Die bisherige Wohnungsneubauförderung in Form der Objektförderung alten Stils führte systematisch zu Fehlbelegungen und Mietverzerrung. Sie produzierte oft zu teuren Wohnraum und verfehlte damit ihre ursprüngliche Zielsetzung.

Voraussetzung für Wohnbebauung ist das Vorhalten einer angemessenen Infrastruktur. Wir wollen zukünftig verhindern, dass der Bau von Infrastruktureinrichtungen – z. B. von Kindertagesstätten und Schulen – von der kompletten Bebauung eines Gebietes abhängig gemacht wird.

Die Erschließung von Wohngebieten soll vermehrt von den privaten Bauträgern übernommen werden. Die Erschließungsstandards werden wir hinsichtlich möglicher Kostenreduzierungen überprüfen. Grundsätzlich muss ein Ausschreibungsverfahren durchgeführt werden.

100.000 Menschen sind ins Umland abgewandert

Bauen muss in Bremen bezahlbar werden

Bedarfsgerechte Wohnbauausweisung

Individuelle Bauweisen für Familien mit Kindern

Innenstadtnahes Wohnen für Familien attraktiv machen

Keine Objekt- sondern Subjektförderung

Kindertagesstätten und Schulen rechtzeitig bereitstellen

Erschließungsstandards überprüfen

Stadt am Fluss verwirklichen

- Die Weser integrieren** Die Bremer haben ein Verhältnis zu ihrem Fluss, sie wissen nur nicht, was für eins. Das spiegelt sich auch in der Stadtentwicklungskonzeption des Senats wieder.
- Wohnen am Wasser – auch in Bremen** Wohnen am Wasser hat eine sehr hohe Faszinationskraft. Nirgendwo sonst können die Vorteile der Stadt – die gute infrastrukturelle und kulturelle Versorgung – verbunden werden mit einer so hohen Qualität des Landschaftsraumes. Solche Projekte transportieren das Bild einer Stadt: Kaum andere Städtebauprojekte gelten so sehr als Synonym für die Modernisierungsfähigkeit und die Innovationsfähigkeit von Städten. Dieser Imageeffekt ist noch viel größer als der unmittelbar aus der Nutzung resultierende.
- Hafenreviere auch für Wohnbebauung nutzen** Das Senatskonzept für die Nutzung der alten Hafenreviere in Bremen ist jedoch kein Plan für ein Wohnen am Fluss, sondern das Raster für ein Gewerbegebiet. Mögliche Chancen wurden durch die politische Entscheidung zur Ansiedlung des Großmarktes schwer beschädigt.
- Maßvolle Bebauung des Stadtwerders** Wir befürchten, dass hier die große Chance, Potentiale und Qualitäten am Wasser innenstadtnah zu nutzen, vertan wurde. Um trotzdem – auch in Bremen – Wohnen am Fluss zu ermöglichen, spricht sich die FDP für eine maßvolle Bebauung des Stadtwerders aus.

Historische Bausubstanz bewahren

- Historisches Verständnis unerlässlich für ein modernes Leben** Historisches Verständnis ist für modernes Leben unerlässlich. Dazu tragen die Zeugnisse der Vergangenheit bei. Die FDP will daher die Förderung des Denkmalschutzes in Bremen und Bremerhaven ausbauen. Die Mittel des staatlichen Denkmalschutzes müssen zukünftig ausreichen, die geforderten Maßnahmen auch umsetzen zu können. Die privaten Eigentümer müssen unterstützt und nicht belastet werden.
- Baukulturelles Erbe schützen** Aber auch die Verantwortung für das nicht denkmalgeschützte baukulturelle Erbe bleibt wesentlicher Bestandteil des gesellschaftlichen Kulturauftrages. Die SPD-Regierungen der vergangenen Jahrzehnte haben am historischen Stadtbild mehr Schaden angerichtet, als dem Krieg zum Opfer gefallen ist.
- Typisch-bremisches Stadtbild erhalten** Der bisherige Umgang mit der historischen Bausubstanz in Bremen und Bremerhaven muss daher dringend geändert werden. Wir fordern, über dieses Erbe eine öffentliche Diskussion zu führen. Unser Ziel ist dabei die Erhaltung des typisch-bremischen Stadtbildes.
- Gezielte Anreize zur "Re-Modernisierung" geben** Die FDP fordert eine nachhaltige städtebauliche Aufwertung durch Reaktivierung und Erhalt von baukulturellen Werten. Oftmals genügen schon ein, zwei in den Proportionen und der Außengestaltung veränderte Häuser, um das Ensemble einer ganzen Straßenzeile zu zerstören. Den zahlreichen Fehlmodernisierungen der letzten Dekaden in den Quartieren wollen wir daher mit gezielten Anreizen zur "Re-Modernisierung" entgegenreten.
- Erhaltungssatzung ist ein richtiger Schritt** Die Einrichtung einer Erhaltungssatzung für den Bereich zwischen Wall und Weser in Bremen wurde lange von uns gefordert. Die Einsicht des Senates wird von uns begrüßt.

Wir wollen, dass zukünftig in allen Stadtteilen und auch in Bremerhaven diesbezügliche Maßnahmen getroffen werden. Eine Vernachlässigung von weiten Teilen Bremens und Bremerhavens wie beim Denkmalschutz, wo 81% der geschützten Gebäude in den drei Stadtteilen Stadtmitte, Östliche Vorstadt und Schwachhausen liegen, ist nicht länger hinnehmbar.

Keine Privilegierung von einzelnen Stadtteilen

Die Bremer Innenstadt

Die Bremer Innenstadt ist das Zentrum von Stadt und Region – und das soll sie auch bleiben! In der Vergangenheit ist der Strukturwandel zu häufig auf Kosten der Innenstadt vollzogen worden. Damit diese Entwicklung gestoppt werden kann, muss zukünftig auf die gigantomanischen Ansiedlungsprojekte in den Außenbezirken verzichtet werden, die der Innenstadt jedes ökonomische Entwicklungspotential entziehen.

Keine neuen gigantischen Einkaufszentren zu Lasten der Innenstadt

Die Innenstadt hat sich in den vergangenen Jahren erheblich weiterentwickelt, dabei sind jedoch zentrale Probleme immer noch nicht gelöst worden: Die Gestaltung von Straßen und Plätzen ist immer noch zu uneinheitlich. Das kann auch eine Neupflasterung nicht ändern.

Weiterentwicklung statt Stillstand

Es müssen mehr Bäume an geeigneten Plätzen und Straßenabschnitten gepflanzt werden. Bremens Innenstadt braucht ein konsequentes Fassaden-Programm, um die Bausünden der Vergangenheit zu beheben und wieder mit Städten wie Oldenburg Schritt halten zu können. Die Berücksichtigung von "Sichtachsen" muss Vorrang vor einer verdichtenden Bebauung haben. Ruheplätze wollen wir erweitern und ausbauen.

Bausünden beheben

Zur nächtlichen Beleuchtung von Denkmälern und kulturhistorischen Gebäuden und Plätzen muss ein Konzept im Rahmen der Public-Private-Partnership erstellt werden. Tunnel, Brücken und Fußgängerüberwege müssen saniert und aufgewertet und endlich die Verbindungsstücke zwischen den einzelnen Quartieren, insbesondere Polizeihaus und Brillkreuzung sowie die Bebauung des Bahnhofsvorplatzes, fertiggestellt werden.

Public-Private-Partnership-Projekte fördern

Die Entwicklung des Faulenquartiers muss umgehend angegangen werden! Die Ansiedlung von Radio Bremen in einem "Medien-Center" wird nicht ausreichen, hier eine neue städtebauliche Vision zu erzeugen. Wir wollen die Entwicklungsziele in einem städtebaulichen Wettbewerb neu definieren lassen und anschließend umsetzen.

Zukunftskonzept für das Faulenquartier

Die derzeitige Planung einer bis zu 6-geschossigen Bebauung im Bereich des jetzigen Rembertikreisels muss noch einmal überarbeitet werden. Auch nach dem Rückbau des Kreisels wollen wir dort einen Grünbereich erhalten.

Rembertikreisel-Umgestaltung überdenken

Die Planungen zur Nutzung der Güterbahnhof-Flächen sind bisher nicht voran gekommen. Neben Hafenrevier und Faulenquartier besteht auch hier, in unmittelbarer Nachbarschaft zur Innenstadt, die Möglichkeit, interessante Wohnungsbau- und Gewerbeflächen zu etablieren.

Güterbahnhof in die Planungen integrieren

Vor allem bedarf die Innenstadt einer Stärkung der Wohnfunktion. Baulückenschließung und eine Umnutzung leerstehender Gewerbefläche sind Möglichkeiten, die Innenstadt wieder "zu beleben".

Innenstadtbrachen reaktivieren

- Ausreichendes Park-
platzangebot schaffen** Es müssen Anreize für Investoren geboten werden, Wohnraum in der Innenstadt(-nähe) zu schaffen. Dazu bedarf es vor allem zusätzlicher, auch unterirdischer Stellplatzflächen.
- Stiftung Wohnliche Stadt
auf ursprünglichen Zweck
konzentrieren** Zunehmend wird die Stiftung Wohnliche Stadt vom Senat für Projekte missbraucht, die die große Koalition versprochen hat, dann aber nicht finanzieren kann. Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass diese Praxis geändert wird. Die Stiftungsmittel müssen wieder für die originären Zwecke eingesetzt werden.
- Bremens "Gute Stube" ist
für uns Weltkulturerbe** Die FDP unterstützt die Bemühungen des Senats, das Rathaus und den Marktplatz mit der Rolandsäule in die Liste der Weltkulturerbestätten der UNESCO aufnehmen zu lassen. Entgegen der ursprünglichen Planung wurde – durch ungeschicktes Management – jedoch die Chance vertan, das gesamte Marktplatzensemble einschließlich Bürgerschaft, Schütting und Dom in die Bewerbung aufzunehmen.

Individualverkehr

- Grüner Pfeil
flächendeckend** Was in Hamburg und Berlin schon ein gewohntes Bild ist, muss auch den Bremer Bürgern die Fahrt in der Hansestadt und in Bremerhaven vereinfachen: Die FDP fordert flächendeckend die weitestmögliche Einführung des Grünen Pfeils für Rechtsabbieger.
- Grüne Welle schützt
Umwelt und Anwohner** Wir wollen verkehrsgerechte Grüne-Welle-Ampelschaltungen, insbesondere auf den stark befahrenen Verkehrsachsen der Innenstadt und auf den Hauptverkehrsachsen intensivieren. Nachts wollen wir verstärkt Ampelabschaltungen. Wenn der Verkehr flüssiger vorankommt und sich die Wartezeiten an Ampeln deutlich verringern, sinken auch die Umweltbelastung sowie die Belastung der Anwohner.
- Verkehrsberuhigung da,
wo es sinnvoll ist** Zonen mit Tempo 30 erhöhen insbesondere in der Nähe von Schulen und Kindergärten die Sicherheit und in Wohngebieten die Lebensqualität der Bürger. Einen darüber hinaus gehenden Ausbau lehnen wir jedoch ab. Verkehrsberuhigungsmaßnahmen wollen wir auf reine Wohngebiete beschränken. Überflüssige Verkehrsschilder werden wir abbauen.
- Die Instandhaltung des
Straßennetzes besser
koordinieren** Auch in die Instandhaltung des Straßennetzes muss wieder verstärkt investiert werden. Die Durchführung von Straßebauarbeiten wollen wir durch ein modernes Management beschleunigen. Unser Ziel ist eine optimale Bauabwicklung und frühzeitige Information der Gewerbetreibenden.
- Bau und Ausbau
barrierefrei gestalten** Um Staus zu vermeiden, wollen wir die Koordination verbessern und Bauarbeiten verstärkt in verkehrsarme Zeiten, insbesondere nachts und am Wochenende, verlagern. Dem barrierefreien Bau und Ausbau von Straßen, Fußwegen sowie Plätzen werden wir besondere Aufmerksamkeit widmen.
- Ausreichenden
Parkraum schaffen** Ausreichender Parkraum reduziert den Parkplatzsuchverkehr und schont dadurch die Umwelt und die Nerven der Bürgerinnen und Bürger. Neuer Parkraum muss gerade auch in den Quartieren entstehen.
- Wirtschaftsverkehr gehört
nicht in Wohngebiete** Wirtschaftsverkehr muss durch den Ausbau neuer Anbindungen ohne Unterbrechung an überörtliche Straßen geführt werden, um die Beeinträchtigung von Wohngebieten endlich zu vermeiden.

Radwegenetz ausbauen

Die FDP fordert eine kontinuierliche Verbesserung der Radwegenetze in Bremen und Bremerhaven. In Bremen wollen wir den Ausbau der Ost–West–Verbindungen verstärken. Bei Autobahnquerungen sollen gesonderte Rad- und Fußwege vorgesehen werden. Den Bau weiterer bedarfsgerechter Radstellplätze werden wir vorantreiben.

Radwegenetz verbessern, Radstellplätze bereithalten

Der desolate Zustand vieler Rad- und Fußwege muss beseitigt werden, um die Verkehrssicherheit wiederherzustellen. Vorhandene aber marode Fahrradwege sind zu sanieren und nicht einfach zu sperren wie derzeit üblich. Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass zusätzliche Mittel für die Instandsetzung der bestehenden Radwege bereitgestellt werden.

Verkehrssicherheit wieder herstellen

ÖPNV weiterentwickeln

Die Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr müssen verbessert werden. Ziel ist es, die Attraktivität des ÖPNV deutlich zu steigern. Die FDP will leistungsgerechte Preise und guten Service. Auch für den ÖPNV gilt: Nur Wettbewerb bringt ein besseres Angebot. Durch Attraktivitätssteigerungen soll eine verstärkte Akzeptanz des ÖPNV und ein zunehmender Umstieg vom motorisierten Individualverkehr erreicht werden.

Leistung verbessern – Attraktivität steigern

Sämtliche aus öffentlichen Mitteln subventionierten Nahverkehrsleistungen sollen gemäß den EU-Bestimmungen ausgeschrieben werden. Eine Steigerung des Wettbewerbs soll innovative Ideen fördern, ein kostengünstigeres Angebot hervorufen und ein hohes Qualitätsniveau sichern.

Nahverkehrsleistungen ausschreiben

Beförderungsmonopole müssen umgehend aufgehoben werden. Das bringt für den Bürger ein besseres Nahverkehrsangebot und spart Steuergelder. Mehr Wettbewerb ist kein Ausstieg aus der ÖPNV-Förderung, sondern vielmehr ein notwendiger Schritt zur besseren Positionierung des ÖPNV auf dem Verkehrsmarkt, die nur durch ein ausgewogeneres Preis-Leistungs-Verhältnis zu erreichen ist.

Beförderungsmonopole aufheben

Gebühren und Steuern

In einer Zeit mit hoher Arbeitslosigkeit und Einkommensstagnation, gerade bei den unteren Einkommen, ist es dringend erforderlich, die Belastung durch Gebühren und Abgaben so gering wie möglich zu halten. Seit langem übt die FDP scharfe Kritik an der rasanten und besorgniserregenden Entwicklung der Gebühren und auch der Steuern, die Eigentümer und Mieter ohne Rücksicht auf deren Leistungsfähigkeit immer häufiger unerträglich belasten.

Gebühren dürfen die Leistungsfähigkeit der Bürger nicht übersteigen

Die hohen Wohnnebenkosten, dazu gehören die Preise für Strom, Gas, Wasser und Müllabfuhr genauso wie die Kosten für die Schornsteinreinigung und die Grundsteuer, werden damit gerechtfertigt, dass die Belastung der Bürger in Bremen im Vergleich zu anderen Großstädten noch im Mittelfeld liege. Bremen und Bremerhaven müssen sich jedoch mit den Umlandgemeinden im "Speckgürtel" messen, nicht mit Frankfurt, Stuttgart oder München. Wenn es in den Umlandgemeinden billiger geht, warum dann nicht auch in Bremen?

Gebühren auf das Niveau der Umlandgemeinden absenken

Anspruch auf Gebührentransparenz erfüllen Die Bürger haben einen Anspruch auf Gebührentransparenz. Es ist niemandem mehr vermittelbar, dass im Rahmen der Gebührenkalkulation besonders hohe Kostenansätze zulässig sind, obwohl nicht zuletzt auf Grund von Anschluss- und Benutzerzwang und der gesetzlichen Zahlungsverpflichtungen für die Kommunen und die Ver- und Entsorgungsunternehmen ein ausgesprochen geringes Unternehmerrisiko besteht.

Gebühren nicht zur Finanzierung des Haushalts missbrauchen Wir werden nicht hinnehmen, dass durch die überhöhten Kostenansätze in den Gebührenkalkulationen häufig der allgemeine Haushalt finanziert wird. Entsprechende Teile der Gebühren werden so zu einer "Quasi-Steuer". Die sich eigentlich ergebende Rückzahlungsverpflichtung gegenüber den Gebührenzahlern wird durch die mangelhafte Transparenz bei den Gebührenkalkulationen umgangen.

Gebührenkalkulation auf den Prüfstand Die FDP fordert, dass sämtliche Gebührenkalkulationen offengelegt werden. Alle Abgaben und Gebühren gehören auf den Prüfstand. Wir sind sicher, dass sie sich innerhalb der nächsten drei Jahre mindestens auf Bundesdurchschnitt absenken lassen. Durch Privatisierungsmaßnahmen wollen wir darüber hinaus alle Möglichkeiten zur Senkung von Kosten und zur Entlastung von Mittelstand und Privathaushalten nutzen. Gebühren unterliegen dem Kostendeckungsprinzip. Hier muss die Stadt den Nachweis führen. Dass dies endlich mit der notwendigen Transparenz geschieht, dafür wollen wir in Zukunft Sorge tragen.

Schluss mit der Monopolentsorgung Beispielsweise verursacht die getrennte Sammlung von Abfällen und deren Aufbereitung zusammen mit der Entsorgung der Aufbereitungsreste hohe Kosten, die sich in den Entsorgungsgebühren niederschlagen. Die durchgeführte Privatisierung der Entsorgungsbetriebe in Bremen und Bremerhaven sollte nicht nur eine Gebührenbeständigkeit, sondern auch geringere Gebühren für die Abfallentsorgung erzeugen. Aus der öffentlichen Monopolentsorgung ist jedoch nur ein privates Monopol in der Abfallentsorgung geworden; echter Wettbewerb bei der Abfuhr, wie ihn die FDP seit langem fordert, ist bislang ausgeschlossen.

Abfallabfuhr regelmäßig ausschreiben Die Liberalen fordern daher, die Abfallabfuhr regelmäßig neu auszuschreiben, die Sperrmüllabfuhr Privaten zu übertragen und damit die Abfallgebühren zu entlasten. Das Duale-System für das Land Bremen ist einer Kosten-Analyse zu unterziehen. Dabei ist die getrennte Sammlung unter Effizienzaspekten zu überprüfen, mit dem Ziel, nur noch die mittelfristig wirtschaftliche Rückführung von Wertstoffen beizubehalten und eventuelle Alternativen zu entwickeln.

Keine weitere Erhöhung der Grundsteuer Bremen und Bremerhaven gehören nach wie vor zu den Städten mit den höchsten Grundsteuerhebesätzen in Deutschland. Die Umlandgemeinden sind hier wesentlich moderater. Mehrfach wurde eine Grundsteuererhöhung mit gestiegenen Straßenreinigungskosten begründet. Steuern werden jedoch, im Gegensatz zu Gebühren, erhoben, ohne dass mit ihnen eine besondere Gegenleistung verbunden ist. Die FDP fordert, eine weitere Erhöhung der Grundsteuer nicht mehr vorzunehmen! Besser die Einführung einer Straßenreinigungsgebühr, bei gleichzeitiger entsprechender Senkung der Grundsteuer als weiterhin unsinnige Argumentationen, was alles aus dem Grundsteueraufkommen finanziert wird.

Grünflächenpflege privatisieren

Die Städte Bremen und Bremerhaven unterhalten eine große Anzahl von Grünflächen in ihrem Stadtgebiet. Die Umwandlung der Gartenbauämter in Eigenbetriebe hat nicht die erhofften Wirkungen gebracht. Schlimmer noch, es hat sich damit eine staatlich geschützte Konkurrenz zu den mittelständischen Gartenbaubetrieben entwickelt. Dies ist inakzeptabel! Daher fordert die FDP, den Eigenbetrieb Stadtgrün in der Stadt Bremen in ein privatrechtliches Unternehmen zu überführen.

Gartenbaubetrieben keine staatliche Konkurrenz machen

Flächennutzung neu ausrichten

Die FDP tritt für eine ökologische Marktwirtschaft und eine nachhaltige Flächennutzung ein. Die bisherige Flächennutzungsplanung ist tabulos auf den Prüfstand zu stellen. Wir streben einen sorgsameren Flächenverbrauch an und fordern realistischere Flächenerschließungen, die sich am tatsächlichen Bedarf ausrichten.

Nachhaltige Flächennutzung

Unser Ziel ist es, zuerst die vorhandenen Flächenpotentiale zu nutzen. Vor der Ausweisung bislang unberührter Flächen fordern wir aus ökonomischen und ökologischen Gründen die Nutzung und Reaktivierung bestehender Flächen und eine verdichtete Bebauung der vorhandenen Wohn- und Gewerbeflächen. Die Sanierung brachliegender Flächen ist immer einer eventuellen Neuerschließung vorzuziehen.

Brachliegende Flächen reaktivieren

Die FDP spricht sich daher gegen die geplante Ausweitung des Technologieparks an der Universität in die Uniwildnis oder das Hollerland aus. Bremen verfügt über genügend ungenutzte Flächenpotentiale in geeigneter Lage, z. B. Güterbahnhofsgelände oder Hafenreviere.

Hollerland und Uniwildnis von Bebauung frei halten

Um eine sinnvolle Stadtentwicklung möglich zu machen, müssen Kleingarten- und Schutzgebiete zukünftig zwar grundsätzlich in die Planung für Wohnungsbau und Gewerbe einbezogen werden können, die Umwidmung von geschützten Flächen oder Naherholungsgebieten darf aber immer nur bei vollständigem Fehlen geeigneter Alternativen erfolgen.

Umwidmung nur bei vollständigem Fehlen geeigneter Alternativen

Die Sanierung von Altlasten soll bei der Wiedererschließung der brachliegenden Flächen projektbezogen durchgeführt werden. Die FDP spricht sich dafür aus, die bisher von der Verwaltung übernommenen Aufgaben soweit wie möglich Privaten zu übertragen. Wir bevorzugen Lösungen, die den Haushalt langfristig entlasten. Wie weit private Investoren herangezogen werden können bzw. wie weit eine Sanierung staatlich vorzufinanzieren ist, bedarf der Einzelfallprüfung.

Altlastsanierung bei der Reaktivierung durchführen

Hochwasserschutz

Bremen und Bremerhaven müssen gegen die Flut der Nordsee wie auch gegen drohendes Flusshochwasser geschützt werden. Überschwemmungsgebiete müssen daher grundsätzlich von einer Bebauung frei gehalten werden.

Überschwemmungsgebiete von Bebauung freihalten

Als Unterlieger ist das Land Bremen auf die Kooperation mit den niedersächsischen Umlandgemeinden angewiesen. Die Aufgabe der gemeinsamen Deichverteidigung muss in einem Kommunalverband verankert werden.

Kooperation beim Deichschutz

- Kanalsysteme sanieren** Das Kanalsystem in den Städten wird aufgrund seines Alters verstärkt erneuert werden müssen. Diese Aufgabe muss frühzeitig wahrgenommen werden.
- Vorrang für rückstau-gefährdete Gebiete** Eine große Belastung des Kanalnetzes in Siedlungsgebieten geht von Starkregenereignissen aus. Zudem steht das Grundwasser hoch an, so dass eine doppelte Gefährdung durch eindringendes Wasser gegeben ist. Die FDP fordert daher, der Sanierung dieser rückstaugefährdeten Siedlungsgebiete Vorrang einzuräumen.
- Wasserbewirtschaftung neu regeln** Die Bewirtschaftung des Regenwassers in den überflutungsgefährdeten Gebieten ist neu zu regeln, damit eine Gefährdung durch Starkregenfälle entfällt bzw. gemindert wird.

➔ *Für eine sichere Stadt*

- Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit** Liberale stehen für die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger. Und gerade deswegen wissen sie nur zu gut: ohne Sicherheit kann es keine Freiheit geben. Nur wer sich persönlich sicher fühlen kann, kann sich auch frei fühlen und kann auch erst dann frei handeln.
- Der moderne Staat bietet Sicherheit und Freiheit** Entgegen allen Vorurteilen sind wir deshalb nicht für den "Nachtwächterstaat" des 19. Jahrhunderts, sondern für den Staat des Grundgesetzes und der Bremer Landesverfassung, für den Staat, den wir im 21. Jahrhundert brauchen: so stark und so modern, dass er allen Herausforderungen gewachsen ist, und so frei und so demokratisch, dass er zugleich die Anerkennung aller Bürgerinnen und Bürger findet, weil er ihre Sicherheit und ihre Grundwerte verteidigt, ohne ihnen die persönliche Freiheit zu nehmen.
- Auf die Kernaufgaben konzentrieren** Der demokratische Rechtsstaat schützt mit der persönlichen Sicherheit seiner Bürger auch den sozialen Frieden. Das alles kann er aber nur dann leisten, wenn er die notwendigen Mittel zur Verfügung hat. Deshalb muss er sich auf seine Kernaufgaben beschränken und darf nicht mit anderen Aufgaben überlastet, ja überfordert werden.
- Justiz und Polizei politisch stärken** Rechtsschutz und Rechtsgüterschutz, Rechtssicherheit und innere Sicherheit sind gleichermaßen zu gewährleisten. Sie bilden den Kern der Aufgaben des Staates. In ihnen besteht zuvorderst die Legitimation des staatlichen Gewaltmonopols. Deshalb müssen Polizei und Justiz endlich auch politisch den ihnen zukommenden Rang erhalten.

Für eine bürgernahe Polizei

- Polizei modern ausstatten und leistungsorientiert bezahlen** Wir brauchen eine Polizei, die gut ausgebildet und organisiert, leistungsorientiert bezahlt, sowie moderner ausgestattet wird; eine Polizei, die sich auf ihre eigentliche Aufgabe, den Schutz der Bürger, konzentrieren kann.
- Moderne Organisationsstruktur durch behutsame Reformen ausbauen** Zur effektiveren Kriminalitätsbekämpfung und zur Vorbeugung gegen Straftaten bedarf es einer modernen Organisationsstruktur. Die von der Polizei selbst erarbeitete und durchgesetzte Reform bietet dafür eine gute Grundlage. Die Bremer FDP fordert jedoch weitere, behutsame Reformen der Organisationsstrukturen im Polizeibereich.

Ziel dieser Reformen muss die weitestgehende Verschlan-
kung der Verwaltungsbereiche sein. Die Polizeibeamten müs-
sen von reinen Verwaltungsaufgaben entlastet werden. So
können mehr Beamte als bisher für den Polizeidienst und so-
mit auch verstärkt vor Ort eingesetzt werden.

**Polizei von Verwaltungs-
aufgaben entlasten**

Die FDP fordert die Vollendung des Übergangs zur zweige-
teilten Laufbahn. Es bedarf dringend eines Überleitungsgeset-
zes zur endgültigen Abschaffung des mittleren Dienstes.

**Zweigeteilte Laufbahn
vollenden**

Die vom Senat versprochenen 3,6 Millionen Euro für das Ter-
rorsonderprogramm müssen endlich bereitgestellt werden. Die
Mittel mussten aus dem Haushalt der Polizei vorgestreckt wer-
den. Diese und zahlreiche andere zusätzliche Belastungen,
wie die Kosten für die Tarif- und Besoldungserhöhungen, er-
schweren der Polizei die Erfüllung ihrer Aufgaben.

**Versprochene Mittel
bereitstellen**

Die unverantwortliche Personalpolitik der großen Koalition hat
die Polizei nahezu funktionsunfähig gemacht. In den letzten
fünf Jahren hat die Polizei die Streichung von 227 Planstellen
hinnehmen müssen. Über 70 Stellen sind derzeit unbesetzt.
Die Personalstärke der Polizei darf nicht noch weiter reduziert
werden. Durch eine berechenbare, mittel- und langfristig
angelegte Personalplanung wollen wir zukünftig erreichen,
dass Abgänge wieder ausgeglichen werden.

**Personalstärke nicht
weiter reduzieren**

Die FDP spricht sich entschieden für die Erhaltung der orts-
nahen Polizeireviere und gegen die zunehmende Zentralisie-
rung aus. Der Aufbau einer Vertrauensbasis zwischen Bürger
und Polizei ist ein wichtiger Schritt zur erfolgreichen Kriminali-
tätsprävention.

**Ortsnahe Polizeireviere
erhalten**

Dem subjektiven Sicherheitsempfinden der Bevölkerung räu-
men wir einen hohen Stellenwert ein. Durch eine verstärkte
Präsenz der Polizei in der Öffentlichkeit, z. B. durch zusätzli-
che Fuß-, Fahrrad- und Motorradstreifen auch in dünn besie-
delten Gebieten, wird dieses nachhaltig gestärkt. Polizeiprä-
senz ist wichtig, damit der Bürger Vertrauen in die staatliche
Aufgabenerfüllung behält.

**Polizeipräsenz in der
Öffentlichkeit verstärken**

Für die Zukunft werden wir besonderes Augenmerk auf die
Einführung von Quartierspolizisten legen. Sie sollen sich bei
den Bürgerinnen und Bürgern vorstellen und auch zu deren
gemeinsamen Veranstaltungen, wie zum Beispiel Straßenfes-
ten, eingeladen werden. Hier spielt der Kontaktbereichsdienst
bereits eine herausragende Rolle. Er hat sich hervorragend
bewährt und muss deshalb weiter gefestigt werden.

**Quartierspolizisten –
Kontaktbereich ausbauen**

Die FDP fordert die Einrichtung eines Jugendsachbearbeiters
an jedem Bremer Polizeirevier, wie es in Bremerhaven bereits
mit großem Erfolg praktiziert wird. Jugendliche müssen einen
ständigen, persönlich bekannten Ansprechpartner haben, der
auch für die Bearbeitung der einfachen und mittleren Krimina-
lität zuständig ist. Dieses Prinzip soll auch von den Jugendäm-
tern, der Staatsanwaltschaft und den Jugendgerichten über-
nommen werden.

**Jugendsachbearbeiter an
jedem Polizeirevier**

Zur Entlastung der Polizei von Objektschutzaufgaben sind ver-
mehrt private Sicherheitsdienste einzusetzen. Die Betreiber
von Sicherheitsdiensten haben durch eine sorgfältige Auswahl
mit Sicherheitsüberprüfung und qualifizierter Ausbildung zu
gewährleisten, dass nur nachweislich geeignete Kräfte für die-
se Aufgaben eingesetzt werden.

**Polizei von Objektschutz-
aufgaben entlasten**

Sicherheit darf nicht vom Einkommen abhängen Der Einsatz privater Sicherheitsdienste für hoheitliche Aufgaben ist allerdings rechtsstaatlich unzulässig und wird deshalb von uns abgelehnt. Die FDP möchte nicht, dass sich nur ein kleiner – finanzkräftiger – Teil der Bevölkerung Sicherheit erkaufen kann. Die Polizei muss weiterhin für alle Bürger und Bürgerinnen da sein, innere Sicherheit darf nicht vom Einkommen abhängen.

Großveranstalter an den Kosten beteiligen Bei kommerziellen Großveranstaltungen muss der Veranstalter zukünftig an den Kosten für die Sicherheitskräfte beteiligt werden. Gemeinsam mit den anderen Bundesländern streben wir eine bundeseinheitliche Regelung an.

Kriminalitätsbekämpfung intensivieren

Bremen liegt bei der Kriminalität vorn Die FDP fordert für eine wirksamere Kriminalitätsbekämpfung eine effizientere Verwendung der vorhandenen Mittel sowie eine Verbesserung der personellen und materiellen Ausstattung der Polizei und der Staatsanwaltschaften. Bundesweit belegt Bremen beim Kriminalitätsaufkommen nach wie vor einen der vordersten Plätze.

Die Aufklärungsquote muss erhöht werden Um dies zu ändern, müssen Polizei und Staatsanwaltschaften in die Lage versetzt werden, das bestehende gesetzliche Instrumentarium effektiver und umfassender als bisher auszu-schöpfen. Eine hohe Aufklärungsquote und vor allem schnelle Reaktionen und Sanktionen sind wesentlich.

Bremer Polizeigesetz modernisieren Die FDP wird dafür Sorge tragen, dass das bremische Polizeigesetz modernisiert wird und der Polizei wirksame Mittel zur Verbrechensbekämpfung zur Verfügung gestellt werden.

Polizeibeamte besser schützen Alle Polizeivollzugsbeamten sollen ohne Eigenbeteiligung zügig mit stich- und schusssicheren Unterziehschutzwesten zur Eigensicherung nach dem neuesten Stand der Technik ausgestattet werden.

Vernetzung der Behörden ausbauen Die Zusammenarbeit und Vernetzung der Behörden muss verbessert und die Systeme angeglichen und kompatibel gestaltet werden, um einen schnellen Datenaustausch zur konsequen-ten Verfolgung der Täter zu ermöglichen. Datenschutzrechtliche Bestimmungen sind dabei zu beachten.

Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden Der Datenschutz darf jedoch nicht zum Täterschutz werden. So sich in der Praxis gezeigt hat, dass eine effektive Strafverfolgung durch Datenschutzbestimmungen beeinträchtigt wird, tritt die FDP für deren Überprüfung ein.

Zusammenarbeit intensivieren Die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit und Rechtshilfe mit den anderen Bundesländern und europäischen Nachbarländern zur Bekämpfung internationaler organisierter Kriminalität muss intensiviert werden.

Zuwanderer in den Polizeidienst Die FDP spricht sich für die verstärkte Aufnahme von Zuwanderern und Aussiedlern in den Polizeidienst aus, um deren Sprach- und Kulturkenntnisse für Prävention und Strafverfolgung nutzen zu können.

Beschleunigtes Verfahren verstärkt anwenden Wir fordern zügige Verfahren staatlicher Reaktion, insbesondere wenn Strafverfahren geboten sind; die Strafe oder der Freispruch müssen "auf dem Fuße folgen". Es muss ermöglicht werden, das "beschleunigte Verfahren" verstärkt und für alle Altersgruppen anzuwenden.

Besonders konsequent muss reagiert werden, wenn Kinder und Jugendliche durch Verwahrlosung oder gar gezielte Anleitung von Erwachsenen zu Serientätern werden. Eine zügige Verfolgung und Ahndung der Straftaten muss verdeutlichen, dass diese nicht toleriert werden, sondern strafrechtliche Konsequenzen haben.

Jugendkriminalität entschlossen entgegenzutreten

Im Konfliktfall müssen Erziehungshilfen auch gegen den Willen der Eltern angeordnet werden können. Die gesetzlichen Erziehungsmittel für Kinder und Jugendliche, die noch nicht oder nur eingeschränkt strafmündig sind, müssen konsequent und frühzeitig angewandt werden.

Erziehungsmittel konsequent anwenden

Eine geschlossene Heimunterbringung als "ultima ratio" darf in entsprechenden Fällen in Bremen und Bremerhaven nicht als Tabu behandelt werden. Das Land Bremen soll hierfür die Voraussetzungen schaffen.

Heimunterbringung nicht weiter tabuisieren

Eine Absenkung der Strafmündigkeitsgrenze unter 14 Jahre lehnen wir jedoch ab. Vielmehr müssen die bestehenden gesetzlichen Sanktionen zur Unterbindung weiterer Taten konsequent angewandt werden.

Keine Absenkung der Strafmündigkeit

Ebenso konsequent ist gegen die erwachsenen Verantwortlichen vorzugehen. Die Einbeziehung der Erziehungsverpflichteten in das gesamte Verfahren – einerseits zur Unterstützung, andererseits zur Einforderung etwaiger Verantwortung bis hin zum finanziellen Rückgriff –, ist anzustreben.

Erziehungsberechtigte stärker einbeziehen

Die Liberalen treten für die volle Strafbarkeit von Vandalismus und illegalem Graffiti ein; bis zu einer entsprechenden Änderung des StGB werden wir für eine landesrechtliche Regelung eintreten, diese Graffiti als Ordnungswidrigkeit verfolgen zu können. Die Durchsetzung privatrechtlicher Ansprüche und die gerichtliche Anordnung, den Täter zur Beseitigung des Schadens zu verpflichten, sollten obligatorisch sein.

Vandalismus und illegales Graffiti bekämpfen

Die FDP lehnt einen Einsatz der Bundeswehr zum Schutz der inneren Sicherheit ab. Die Aufgabe der Bundeswehr ist der Schutz der äußeren Sicherheit Deutschlands, der Schutz der inneren Sicherheit ist Aufgabe der Polizei.

Die Bundeswehr ist nicht die Polizei

Kriminalitätsprävention ausbauen

Die konsequente Verfolgung und Bestrafung von Tätern stärkt das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat und ist für eine wirksame Kriminalitätsbekämpfung unverzichtbar. Kriminalitätsbekämpfung darf aber nicht erst mit dem Strafrecht beginnen: Es müssen zunächst alle möglichen Anstrengungen unternommen werden, Straftaten zu verhindern.

Kriminalitätsbekämpfung beginnt nicht erst mit dem Strafrecht

Prävention ist dabei nicht nur Aufgabe der Polizei, sondern aller Bürgerinnen und Bürger: Wo soziale Netzwerke intakt sind, ist die Kriminalität gering. Prävention bedeutet daher vor allem, die vielfältigen sozialen Ursachen von Kriminalität entschlossen anzugehen.

Prävention ist die Aufgabe aller Bürger

Besonders erschreckend ist es, feststellen zu müssen, dass der Anteil der Kinder- und Jugendkriminalität an der Gesamtkriminalität in Bremen ansteigt. Um diesen Trend umzukehren, fordert die FDP eine wirksame und entschlossene Ursachenbekämpfung.

Kinder- und Jugendkriminalität verhindern

- Soziale Brennpunkte zukünftig vermeiden** Die Gründe für kriminelle Handlungen von Jugendlichen sind vielfältig, sicher ist jedoch, dass das Aufwachsen in "sozialen Brennpunkten" ganz entscheidend dazu beiträgt. Daher muss es oberstes Ziel sein, das Entstehen von sozialen Brennpunkten zu verhindern. Kriminalitätsprävention muss im Elternhaus, im Kindergarten und in der Schule beginnen.
- Prävention muss Vorrang in der Jugendarbeit haben** Notwendig ist eine Politik, die nicht nur separat einzelne Bereiche des Lebens regelt, sondern die interdisziplinär denkt und handelt. Die FDP setzt sich dafür ein, dass Bürger, Polizei, Vereine, Schulen und die Jugend- und Sozialämter bei präventiven Maßnahmen zusammenarbeiten. Prävention muss absoluten Vorrang in der Jugend- und Sozialarbeit haben.
- Präventionsräte in den Ortsämtern ausbauen** Die FDP fordert, Gemeinschaftsprojekte auf allen Ebenen, wie z. B. lokale Präventionsräte in den Ortsamtsbereichen weiter auszubauen bzw. zu schaffen. Das Land Bremen muss für diese Gemeinschaftsaufgabe die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen.
- Stadtteilorientiert und täterbezogen vorgehen** Die Bekämpfung der Jugendkriminalität muss organisatorisch neu geordnet werden. Prävention und Strafverfolgung bei Kindern und Jugendlichen müssen zukünftig verstärkt stadtteilorientiert und täterbezogen erfolgen.
- Feste Bezugspersonen schaffen** Kinder und Jugendliche sollten, wenn sie mit dem Gesetz in Konflikt gekommen sind, stets dieselbe Bezugsperson haben. Das gilt für den Jugendrichter, den Jugendstaatsanwalt, den Mitarbeiter im Amt für Soziale Dienste und den noch einzu-richtenden Jugendsachbearbeiter an den Polizeirevieren.
- Jugendsachbearbeiter in den Revieren stärken** Die Zuständigkeiten der einzelnen Bezugspersonen müssen möglichst umfassend sein. Der Jugendsachbearbeiter im Polizeirevier sollte bis einschließlich Raub alle Delikte der kleinen und mittleren Kriminalität bearbeiten. Bei wiederholt straffälligen Kindern muss auch durch staatliche Erziehungsmaßnahmen eingegriffen werden.
- Enge Kooperation mit Niedersachsen fördern** Um Prävention nicht durch Landesgrenzen zu beeinträchtigen, ist eine enge Zusammenarbeit unter Ausschaltung bürokratischer Dienstwege mit dem niedersächsischen Umland anzustreben. Dabei soll auf den bereits bestehenden persönlichen Verbindungen aufgebaut werden.
- Kameraüberwachung schafft keine Sicherheit** Verstärkte Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit wirkt auf den potentiellen Straftäter abschreckender als jede Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen und öffentlichen Verkehrsmitteln. Die Kameraüberwachung fördert auch nicht das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger, da sie keinerlei Schutz vor Gewalt mit sich bringt. Echte Sicherheit wird nur durch echte Polizisten garantiert.

Das Vollzugsdefizit beseitigen

- Wir brauchen nicht immer neue Gesetze, sondern mehr Gesetzesvollzug** Das Hauptproblem der inneren Sicherheit liegt nicht in einem Gesetzgebungs-, sondern in einem Vollzugsdefizit. Dieses wollen wir beseitigen: Bestehende gesetzliche Möglichkeiten sind konsequenter als bisher auszuschöpfen, bevor nach neuen Gesetzen gerufen wird. Es bedarf nicht zusätzlicher Gesetze, sondern zusätzlicher politischer Energie zur Durchsetzung des bestehenden Rechts.

Gesetzesverletzung ist durch Gesetzesanwendung beizukommen, nicht durch Gesetzesänderung und erst recht nicht durch Gesetzaufhebung.

**Gesetze anwenden,
nicht ändern**

Die FDP wird darauf achten, dass jegliche Pläne zur Entkriminalisierung sogenannter Bagatelldelinquenz keine Chance bekommen. Auch in Zukunft müssen Schwarzfahren, Ladendiebstahl und Vandalismus konsequent bekämpft werden.

**Bagatelldelinquenz
konsequent bekämpfen**

Der Rechtsstaat lebt in erster Linie vom Rechtsbewusstsein seiner Bürgerinnen und Bürger. Aufgabe der Politik ist es deshalb vor allem, dieses Rechtsbewusstsein wieder zu stärken, und zwar durch einen konsequenten Gesetzesvollzug und verlässliche Rechtsgrundlagen, die nicht durch ständige Änderungen von der Politik selbst in Frage gestellt werden.

**Das Rechtsbewusstsein
der Bürger stärken**

Die FDP setzt sich dafür ein, dass durch einen effektiven Einsatz von Polizei und Staatsanwaltschaft, gerade im Bereich von sogenannter Alltagsdelinquenz, die Strafe der Tat auf dem Fuße folgt. Das beschleunigte Verfahren muss hier verstärkt zur Anwendung kommen. Denn gerade eine schnelle Bestrafung führt dem Straftäter vor Augen, dass er die Freiheitsrechte anderer verletzt hat.

**Die Strafe auf den Fuß
folgen lassen**

Katastrophenschutz verbessern

Ein funktionierender Katastrophenschutz ist Teil der Sicherheit jeden Bürgers. Die FDP stellt sich dem Austrocknen und Kapputtsparen des Katastrophenschutzes entgegen und wird dafür sorgen, dass die Verbände der Feuerwehren und des Zivil- und Katastrophenschutzes sich besser den neuen Risiken und Herausforderungen stellen können. Dafür wollen wir Feuerwehren, Katastrophenschutz und Hilfsorganisationen entsprechend ausstatten.

**Katastrophenschutz ist
Teil der Sicherheit**

Die personelle Ausstattung der Feuerwehr muss so verbessert werden, dass bei den Einsätzen die gesetzlichen Anforderungen erfüllt werden können. Der zunehmenden Überalterung wollen wir durch angemessene Neueinstellungen entgegenwirken.

**Feuerwehr personell
verjüngen**

Das bürgerschaftliche Engagement der Mitglieder von Freiwilliger Feuerwehr und der Jugendfeuerwehr wird besonders unterstützt. Ehrenamtlichkeit kann aber immer nur eine Ergänzung, keinesfalls aber ein Ersatz sein.

**Ehrenamtliches
Engagement unterstützen**

Mindestens einmal jährlich soll eine Übung der am Katastrophenschutz beteiligten Organisationen und Verbände stattfinden, um deren Funktionsfähigkeit zu überprüfen.

**Funktionsfähigkeit
regelmäßig überprüfen**

Das Bahnunglück in Bad Münde im Sommer 2002 hat gezeigt, dass von Bahnstrecken in bewohnten Gebieten erhebliche Gefahren für die Wohnbevölkerung ausgehen können. Die FDP fordert deshalb, aktuelle Katastrophenschutzkonzepte für Bahnlinien in Wohngebieten aufzustellen, um besser für Extremsituationen mit unmittelbar die Gesundheit der Bevölkerung gefährdenden Stoffen gewappnet zu sein.

**Katastrophenschutz-
konzepte für die Bahnen**

Die FDP unterstützt die Planung und Einrichtung von Notliegeplätzen in der Jade- und Elbmündung, um einer drohenden Ölverschmutzung der Deutschen Bucht durch ein schnelles Notfallmanagement entgegenzutreten zu können.

**Notliegeplätze in Jade-
und Elbmündung schaffen**

➔ **Für eine kulturell aktive Stadt**

- Kulturelle Vielfalt und Offenheit** Die Liberalen wollen kulturelle Vielfalt und Offenheit. Liberale Kulturpolitik hat es sich daher zur Aufgabe gemacht, die Freiheit der Kunst und Kultur zu garantieren und allen Bürgern eine gleichberechtigte Teilhabe an Kultur zu ermöglichen. Innovative künstlerische Entwicklungen gilt es zu unterstützen.
- Freie Entfaltung der Kunst, keine Bevormundung** Staatliche Förderung soll die Grundlagen für die freie Entfaltung der Kunst sichern und darf nicht indirekt künstlerische Zensur betreiben. Sie muss jedoch auf Qualität und Wirksamkeit der geförderten Einrichtungen achten.
- Kultur ist Teil der Identität einer Stadt** Das kulturelle Leben ist Teil der Identität einer Stadt. Wer an Kultur spart, verspielt das Gesicht und die Zukunft Bremens und Bremerhavens. Beide Städte müssen als wirtschaftliche Oberzentren auch kulturell aktiv sein. Ein breitgefächertes Angebot an kulturellen Einrichtungen und Aktivitäten verleiht einer Stadt zusätzliche Attraktivität.
- Investition in Kultur ist Investition in die Zukunft** Die FDP versteht Kultur daher auch als einen wichtigen Standortfaktor für Bremen und Bremerhaven, der die Ansiedlung von Unternehmen und den Zuzug von qualifizierten Arbeitskräften positiv beeinflussen kann. Investitionen in den Kulturbereich sind also gerade in einer strukturschwachen Region Investitionen in die Zukunft.

Kultur braucht aktive Bürger

- Kunst- und Kulturförderung umstrukturieren** Kunst und Kultur tragen wesentlich zur Sinnstiftung des Menschen bei. Der Staat muss die Förderung von Kunst und Kultur als Pflichtaufgabe begreifen, deren Erfüllung nicht konjunkturellen Schwankungen unterworfen werden darf. Art und Umfang der Förderung müssen transparenter gemacht, eine verlässliche Grundlage für die Mittelvergabe entwickelt und neue Förderakzente gesetzt werden. Die Bremer FDP strebt eine Neustrukturierung der Kunst- und Kulturförderung für das Land Bremen an.
- Kunstförderung transparenter machen** Die Vergabe der Fördermittel soll durch kompetente Jurys unter Berücksichtigung objektiver Qualitätskriterien erfolgen. Um mehr Transparenz zu erreichen, sollen die Auswirkungen der bestehenden Förderrichtlinien fortlaufend evaluiert und gegebenenfalls überarbeitet werden.
- Partnerschaft von staatlicher und privater Förderung** Kulturpolitik in einer Bürgergesellschaft lebt aber auch vom Zusammenwirken der öffentlich geförderten Kultureinrichtungen mit privatem Engagement. Neue Formen der Partnerschaft von staatlicher und privater Förderung müssen gefunden werden. Als Ergänzung zur öffentlichen Kulturförderung streben wir die Aktivierung privater Mittel zur Unterstützung der Vielfalt der Kulturszene an.
- Private Kulturstiftungen unterstützen** Im Zuge der Neustrukturierung der Kulturfinanzierung werden wir Sponsoring, Ideen zur Privatisierung sowie die Gründung von Kulturstiftungen unterstützen. Stiftungen, deren Gründung allein durch Vertreter der Bremer Koalitions-Parteien initiiert wurden, wirken wenig glaubwürdig. Initiativen von parteilich Ungebundenen bieten sinnvollere Beispiele bürgerschaftlichen Engagements. Privates Engagement für Kunst und Kultur muss eine stärkere öffentliche Anerkennung finden.

Das große finanzielle Engagement von Fördervereinen, Sponsoren und Stiftungen darf jedoch nicht zum Haushaltsersatz werden. Der Staat muss Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die Spendenbereitschaft von Bürgern und Firmen erhalten bleibt und ihre Spenden als Beitrag zum kulturellen Leben erkennbar bleiben. Die FDP fordert eine Weiterentwicklung des Stiftungsrechts mit der Zielsetzung, privates Stiftungskapital in höherem Maße für die Förderung von Kunst und Kultur zu mobilisieren.

Privates Engagement ist kein Haushaltsersatz

Für viele kulturelle Einrichtungen ist ehrenamtliche Unterstützung zur Aufrechterhaltung des Betriebes dringend notwendig. Die FDP fordert daher, die Anreize und Voraussetzungen für ein breites ehrenamtliches Engagement im kulturellen Bereich zu verbessern.

Anreize für ehrenamtliches Engagement geben

Leistung soll sich lohnen. Die FDP verfolgt daher das Ziel, den öffentlichen Kultureinrichtungen Bremens und Bremerhavens mehr Eigenverantwortlichkeit und Flexibilität in der Mittelverwendung einzuräumen.

Flexibilität in der Mittelverwendung einräumen

Dazu muss die Budgetierung der Mittelzuweisung vorbereitet werden. Anzustreben sind Ziel- und Leistungsvereinbarungen zwischen den Kultureinrichtungen und dem Land, die den Institutionen Planungssicherheit geben und ein verantwortliches, wirtschaftliches Handeln fördern.

Planungssicherheit für die Kultureinrichtungen

Kunst braucht Nachwuchs und Visionen

Die FDP sieht einen Schwerpunkt der Kulturpolitik in der Arbeit für und mit Kindern und Jugendlichen. Musisch-kulturelle Bildung ist eine zentrale Voraussetzung, um das kreative künstlerische Potenzial stärker fördern zu können. Schülerinnen und Schüler sollen stärker als bisher mit vielfältigen kulturellen Angeboten vertraut gemacht werden.

Musische Bildung stärken

Künstlerische Fächer dürfen nicht nur als Ergänzungsfächer betrachtet werden. Musik- und Kunstunterricht gehören an jede Schule. Eine Zwangsauswahl zwischen beiden ist unsinnig. Gerade Ganztagschulen bieten die Möglichkeit, das außerunterrichtliche Angebot an künstlerischen Betätigungsmöglichkeiten, z. B. im Jugendtheater, auszuweiten.

Mehr als nur Ergänzungsfächer

Die Rahmenbedingungen für den künstlerischen Nachwuchs müssen vor allem durch die Bereitstellung von Probenräumen, Ateliers und öffentlichen Auftrittsmöglichkeiten verbessert werden. Ihr Können dem Publikum und der Fachkritik zu präsentieren, ist für die künstlerische Entwicklung oftmals wertvoller als etwa die einmalige Verleihung eines Preises.

Auftrittsmöglichkeiten für den Nachwuchs

Nachwuchsförderung steht auch im Bereich der Bildenden Kunst im Vordergrund. Auf die Förderung von Kunst im öffentlichen Raum werden wir die Künstler verstärkt hinweisen.

Kunst im öffentlichen Raum

Neben eher traditionellen Kunstformen sollen auch innovative und experimentelle Kunstformen bessere staatliche Rahmenbedingungen erhalten. Neue Kunstformen reflektieren die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung und können Wegweiser für Problem- und Zukunftsbewältigung sein. Mit der staatlichen Förderung von Kunst sollen besonders Nachwuchskünstler und -künstlerinnen die Möglichkeit erhalten, ihre Fähigkeiten frei zu entfalten.

Innovative und experimentelle Kunst

- Die Bedeutung der Literatur stärken** Die Buch- und Lesekultur leistet einen großen Beitrag zur freien Entfaltung der Persönlichkeit, zur Förderung der kulturellen Identität sowie zur Wahrnehmung von Informations- und Meinungsfreiheit. Die FDP will die Bedeutung der Literatur in unserer Gesellschaft stärken und somit die Lesebereitschaft und Lesefreude insgesamt fördern.
- Qualitativ hochwertige Bibliotheken** Für die Liberalen ist es daher ein wichtiges Ziel, zukünftig einen verantwortbaren qualitativen Standard der öffentlichen Bibliotheken zu erreichen und zu erhalten. Zusätzlich zur zentralen Stadtbibliothek in Bremen werden in mehreren Bremer Stadtteilen Stadtteilbibliotheken unterhalten.
- Standorte zusammenlegen: Klasse statt Masse** In das Konzept zur Neuordnung des Bibliothekwesens sollen Überlegungen zur Zusammenführung dieser mit öffentlichen Mitteln betriebenen Bibliotheken eingebunden werden. Lieber eine umfassend ausgestattete Zentralbibliothek als zwanzig nur mittelmäßig bestückte Stadtteilbibliotheken. Dabei ist insbesondere zu prüfen, inwieweit Stadtteilbibliotheken durch die bewährten Busbibliotheken ersetzt werden können.
- Kooperation von Bibliothek und Schule** Zukünftig sollen Schule und Bibliothek verstärkt miteinander kooperieren. Das Angebot an Jugend- und Schulbibliotheken wollen wir deshalb aufrechterhalten und ausbauen.
- Arbeit des Staatsarchivs angemessen unterstützen** Das Staatsarchiv leistet einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Identität. Es beherbergt das "Gedächtnis" des Landes. Die Pflege dieses Gedächtnisses muss auch in Zukunft gesichert sein. Daher fordert die FDP, die Bemühungen des Staatsarchivs auch weiterhin angemessen zu unterstützen. Zur besseren Wahrnehmung seiner Aufgaben ist eine Flexibilisierung der Personalorganisation und ein stärkerer Einsatz von Hilfskräften unabdingbar.
- Kultursteuerung stärker kontrollieren – weitere Musical-Misserfolge verhindern** Steuerung und Koordinierungen der stadtbremischen Kultur- und Veranstaltungsinstitutionen (Glocke, Stadthalle, Theater, Messe, BTZ, Rennbahn etc.) ist Aufgabe von "kultur.management bremen" (kmb) und "Hanseatische Veranstaltungsgesellschaft" (HVG). Beide führen ihre Geschäfte selbständig, erhalten aber Mittel aus dem öffentlichen Haushalt. Die parlamentarische Kontrolle, insbesondere bei finanziellen Verpflichtungen, ist jedoch unzulänglich, wie das traurige Beispiel der Musical-Abwicklung gezeigt hat.
- Finanzielle Risiken von kmb und HVG offenlegen** Die FDP fordert deshalb, HVG und kmb einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zu unterziehen. Unser Ziel ist es, die Verwaltungskosten zu verringern, ohne die Angebotsqualität zu vermindern. Die parlamentarische Kontrolle ist neu zu organisieren. Die finanziellen Risiken der Gesellschaften müssen offen gelegt und einer kritischen Bewertung unterzogen werden. Die Aufgaben und Tätigkeiten von HVG und kmb werden wir unter Privatisierungsaspekten überprüfen.
- Förderpreis für Stadtteilkultur initiieren** Privat geführte Theater oder Theaterprojekte auf Stadtteilebene haben es schwer, da der Großteil der Haushaltsmittel in Bremen für die "staatlichen" Theater verwendet wird. Trotzdem finden gerade die freien Theater vielfach Wege zu neuen künstlerischen Ausdrucksformen. Es zeigt sich immer wieder, dass auch mit geringeren Mitteln interessantes und gutes Theater geboten werden kann. Wir wollen zur Unterstützung dieses Engagements einen besonderen Förderpreis für Stadtteilkultur in Bremen und Bremerhaven initiieren.

Bremen braucht Kunst und Kultur

Die Gewährleistung kultureller Infrastruktur von überregionaler Bedeutung ist unverzichtbar. Dazu gehört eine qualitative Weiterentwicklung des Kulturtourismus mit einem vereinheitlichten Erscheinungsbild. Bremen muss sich durch gezielte Fördermaßnahmen im Wettbewerb mit anderen Städten und Regionen als Kulturstandort mit einem vielfältigen und attraktiven Angebot behaupten.

Kulturtourismus qualitativ weiterentwickeln

Durch modernes und attraktives Marketing müssen auch die Privattheater gestärkt werden. Ziel ist es, alle Kultur-Angebote der Stadt – Bühnen, Museen, Kinos, etc. – elektronisch zu vernetzen und ein innovatives kundenfreundliches Ticketingsystem einschließlich Buchungsmöglichkeit per Internet einzuführen. Der Senat soll in regelmäßigen Abständen einen Kulturwirtschaftsbericht erstellen.

Modernes und attraktives Kultur-Marketing

Die FDP begrüßt und unterstützt die Kulturhauptstadt-Bewerbung Bremens für das Jahr 2010. Die bremische Politik ist aufgefordert, alles zu unternehmen, dass diese Bewerbung zu einem positiven Abschluss gelangt.

Bremen: Kulturhauptstadt Europas 2010

Es handelt sich bei der eigentlichen Auszeichnung zwar "nur" um einen mit geringen europäischen Zuschüssen verbundenen Ehrentitel, jedoch haben in der Vergangenheit unter anderem die Beispiele von Glasgow und Avignon gezeigt, welche positiven finanziellen, städtebaulichen und touristischen Impulse von einem Zuschlag ausgehen können.

Mehr als nur ein Ehrentitel

Im Zuge der Bewerbung ist es unser Ziel, insbesondere die dezentrale Förderung kultureller Einrichtungen in den Stadtteilen sowie die Kooperation mit unseren Partnerstädten Danzig und Riga auszubauen.

Kooperation mit Danzig und Riga ausbauen

➔ Für eine sportliche Stadt

Sport muss gefördert werden, da er für alle, insbesondere für Jugendliche ein Lebensbereich ist, in dem sich Werte und Ziele optimal ergänzen. Dem Sport kommt eine hohe und unverzichtbare soziale, gesundheitliche und politische Bedeutung zu. Liberale Sportpolitik spricht den Sport dabei in seiner gesamten Vielfalt an. Grundlegende Bedeutung kommt den Vereinen zu. Sport muss auch als soziales Integrationsfeld für Menschen mit den unterschiedlichsten sozialen Ausgangslagen gefördert werden.

Sport als soziales Integrationsfeld fördern

Der organisierte Sport nimmt gesellschaftliche Aufgaben wahr, die der Staat allein nicht bewältigen könnte. Deshalb fordert die FDP auch im Sport Vorrang für Eigenverantwortung und Eigeninitiative von Privaten und in Vereinen vor öffentlichen Vorgaben.

Vorrang für Eigeninitiative

Sportvereine sind herausragende Beispiele funktionierender, eigenverantwortlicher Bürgeraktivität. Die Leistungsfähigkeit der Sportvereine zu stärken, ist daher wesentlicher Bestandteil liberaler Politik.

Sportvereine stärken

Das ehrenamtliche Engagement hat für den Sport entscheidende Bedeutung. Die Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten im Sport durch gezielte staatliche Anreize hat daher höchste Priorität.

Ehrenamtliche Tätigkeit fördern

- Rahmenbedingungen verbessern** Wir werden die finanziellen, rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen so ausgestalten, dass sie ehrenamtliche Betätigung erleichtern und eine freie Entfaltung des Sports ermöglichen.
- Leistungsfähigkeit der Vereine stärken** Die FDP will in Zusammenarbeit mit dem Landessportbund die Leistungsfähigkeit der Vereine erhalten und stärken. Wir unterstützen die Ausbildung und Qualifikation ehrenamtlicher Übungsleiter und Trainer in den Vereinen. Die FDP fordert die Zulassung von vereinsangemessenen Beschäftigungsverhältnissen im Steuer- und Sozialversicherungsrecht.
- Schulsport vor Rückschritten bewahren** Kinder haben ein natürliches Bedürfnis nach Spiel und Bewegung. Schulsport muss deshalb als unverzichtbarer Teil der Bildung, der Erziehung und der gesundheitlichen Prävention stärker als bisher gefördert und vor drohenden Rückschritten bewahrt werden.
- Zum lebenslangen Sporttreiben anregen** Durch die Bewegungserziehung wird das Kind in seiner Gesamtentwicklung gefördert. Der Sportunterricht in der Grundschule soll eine sportpädagogisch begründete Bereitstellung vielfältiger Bewegungsmöglichkeiten bieten. In der Sekundarstufe sollen die Sportangebote dann das Ziel verfolgen, Orientierungsmöglichkeiten für ein lebenslanges Sporttreiben zu bieten.
- Keine Reduzierung des Sportunterrichts** Schulen mit dem Schwerpunkt Sport sind ein notwendiger Bestandteil der Schullandschaft. Der Sportunterricht darf nicht reduziert werden. Die Liberalen fordern die Garantie von mindestens 3 Sportstunden pro Woche in allen Schularten und -stufen.
- Sportangebot von Schule und Vereinen verzahnen** Es gilt, die Verzahnung der Sportangebote von Schulen, Vereinen und Jugendeinrichtungen – auch im Rahmen des Angebots von Ganztagesesschulen – zu verbessern. Der fachlichen Qualifikation der Sportlehrer und ihrer engen Verbindung zum Vereins- und Freizeitsport kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.
- Sportanlagen wichtiger Infrastruktur-Bestandteil** Die FDP fordert die flexiblere Bereitstellung von Sportflächen und Bewegungsräumen. Die Wechselbeziehungen zwischen Sport und Wirtschaft sind immer enger geworden. Es gibt einen zunehmenden Bedarf, in der Freizeit auf ein an Qualität orientiertes sportliches Angebot zurückgreifen zu können. Service und Kundenorientierung sind die Voraussetzung für die Nutzung des Sportangebotes. Sportmöglichkeiten als fester Bestandteil der Infrastruktur verbessern die Attraktivität eines Standortes für Ansiedlungswillige und Fremdenverkehr.
- Sportinstitutionen an der Sportentwicklungsplanung beteiligen** Die FDP fordert die Erstellung eines Landes-Sportentwicklungsplanes unter Beteiligung der Sportinstitutionen, der die notwendigen Veränderungen und Bedarfsentwicklungen darstellt. Dabei sind auch Schwerpunktsetzungen innerhalb des Landes vorzunehmen, z. B. Leistungssport Fußball in Bremen, Leistungssport Eishockey und Tanz in Bremerhaven. Für die Kommunen müssen Teilpläne angefertigt werden.
- Sportstätten zeitgerecht modernisieren** Notwendige Sanierungen und Weiterentwicklungen müssen sich dann nach den Festsetzungen im Sportentwicklungsplan des Landes richten. Schwerpunkt muss auf der Erhaltung der vorhandenen Substanz liegen. Bei der Modernisierung ist auf eine zeitgerechte Ausstattung und den verbesserten Zugang für ältere und behinderte Menschen zu achten.

Die Angebote an Schwimmbädern müssen erhalten bleiben. Die Nutzungsmöglichkeiten sollen durch nachfrageorientierte Öffnungszeiten und mehr Service für Individualbesucher und Sportvereine verbessert werden. Wir wollen überprüfen, in welcher Rechtsform die Schwimmbäder diesem Ziel am besten gerecht werden können.

Angebot an Schwimmbädern erhalten

Der Beitrag des Landes an der allgemeinen Sportförderung soll ungeschmälert gehalten, bzw. entsprechend der Mitgliederentwicklung ausgebaut werden. Der Anteil des Sports an den Zweckerträgen der Lotto-Toto-Gesellschaft darf nicht vermindert werden. Die Gewinne aus Sportwetten sollen ausschließlich für sportbezogene Projekte verwandt werden.

Gewinne aus Sportwetten sportbezogen verwenden

Bildung nach PISA – Priorität liberaler Politik

Politik gegen den Bildungsnotstand

- Bildung ist das Fundament von Freiheit und Toleranz** Bildung und Ausbildung wurden in der Vergangenheit zu stark vernachlässigt. Von ihnen hängt aber nicht nur die wirtschaftliche Innovationsfähigkeit ab, sie bilden auch das Fundament von individueller Freiheit, Toleranz und sozialer Integration.
- Neue Anforderungen erfordern strukturellen Wandel** Der rasante gesellschaftliche Wandel bringt neue Herausforderungen mit sich. Gleichzeitig fällt das deutsche Bildungssystem im internationalen Vergleich zunehmend zurück. Unser Bildungssystem braucht eine an der heutigen und künftigen Gesellschaft orientierte strukturelle Erneuerung.
- Zum lebenslangen Lernen befähigen** Ausbildung endet heute nicht mehr mit dem Schulabschluss, sondern muss ein Leben lang durch individuelle Weiterbildung ergänzt werden. Zukunftsorientierte Schulpolitik muss deshalb dazu befähigen, sich selbständig und in eigener Verantwortung Wissen zu erarbeiten. Die methodischen, fachlichen und sozialen Kompetenzen zum lebenslangen Lernen werden allerdings häufig überhaupt nicht gefördert und unterrichtet. Gerade junge Menschen benötigen jedoch diese Fähigkeiten, um sich in der rasant verändernden Gesellschaft selbst verwirklichen zu können.
- Wir brauchen ein besseres Schulsystem!** Die PISA-Studie der OECD hat gezeigt: Das Bildungssystem in Deutschland weist eklatante Schwächen auf. PISA hat Bildung wieder zu einem gesamtgesellschaftlichen Thema gemacht – unser Schul- und Bildungssystem ist in den Brennpunkt des öffentlichen und politischen Interesses gerückt. Der politische Druck hat allerdings sachliche Diskussionen und Schlussfolgerungen aus der öffentlichen Diskussion fast vollständig verbannt. Es besteht die Gefahr, dass eine notwendige grundlegende Reform nicht angegangen wird, sondern lediglich Einzelsymptome kuriert werden. Die FDP fordert deshalb eine umfassende Modernisierung des Bildungswesens: Vor allem brauchen wir ein anderes Schulsystem!

➔ *Schule liberalisieren und profilieren*

- Qualität schulischer Bildung erhöhen** Bildung und soziale Kompetenz sind die bedeutendsten Ressourcen, gleichzeitig verhindert die finanzielle Notlage der staatlichen Haushalte eine angemessene Erhöhung der Bildungsetats. Einen Ausweg aus diesem Dilemma bietet nur eine Schulreform mit dem Ziel einer Steigerung von Effizienz und Qualität schulischer Bildung.

Mehr Autonomie für die Schulen

- Staat soll sich auf seine Aufsichtsfunktion konzentrieren** Eine stärkere Eigenverantwortung der Schulen in pädagogischen, finanziellen und personellen Fragen ist unerlässlich. Der Staat darf nicht länger starr vorschreiben "wie" Bildung stattzufinden hat, er soll nur festlegen, "was" Bildung erreichen muss und dabei die ihm grundsätzlich vorgeschriebene Aufsichtsfunktion übernehmen.

Zukünftig sollen in Bremen und Bremerhaven die Schulen als eigenständige Einrichtungen Bildung anbieten. Wir wollen keine Vereinheitlichung, sondern die Vielfalt der Bildungseinrichtungen. Das Bundesland Bremen übernimmt seine Aufsichtsfunktion, indem es Rahmenregelungen für einen fairen Wettbewerb setzt, qualitative Mindeststandards formuliert und die Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse sichert.

Vielfalt der Angebote erhalten und ausbauen

In diesem neuen Bildungssystem werden die Schulen unterschiedliche pädagogische und organisatorische Konzepte anbieten. Die freie Schulwahl im ganzen Stadtgebiet ermöglicht es den Eltern, das für die individuellen Ansprüche ihres Kindes bestmögliche Angebot auszuwählen.

Freie Schulwahl im ganzen Stadtgebiet

Die Schulen sollen Autonomie über ihre Finanzen und das Personalwesen erhalten. Die Schulleitung muss die volle Verantwortung für Personalführung und -rekrutierung sowie für das Budget erhalten.

Eigenständigkeit der Schulen ausweiten

Höchstes Beschlussorgan jeder Schule bleibt die Schulkonferenz, in der Lehrer, Schüler und Eltern gemeinsam über die Angelegenheiten ihrer Schule bestimmen. Die Hauptaufgabe muss, in enger Kooperation von Kollegium, Schülern, Elternschaft und senatorischer Behörde, die permanente Verbesserung der schulischen Qualität sein.

Schulkonferenz bleibt oberstes Beschlussorgan

Auf Lehrerbedarf ist flexibel zu reagieren. Daher sollen verstärkt Seiteneinsteiger durch eine pädagogische Zusatzausbildung für den Unterricht qualifiziert werden. Die Bremer FDP fordert, dass zukünftig bundesweit auf eine Verbeamtung von Lehrkräften verzichtet wird. Es muss jedoch die finanzielle Gleichbehandlung – gleiche "Nettobezahlung" – der angestellten und der beamteten Lehrer gewährleistet werden.

Auf Lehrerbedarf flexibel reagieren können

Für die Schulen wollen wir Globalbudgets einrichten, die sich anhand der Schülerzahl der Schule berechnen. Nicht verbrauchte Budgetmittel sollen auf das nächste Jahr übertragbar sein. Besondere Belastungen, insbesondere durch notwendige Instandsetzungsmaßnahmen, müssen jedoch vom Staat aufgefangen werden, um einen fairen Wettbewerb zwischen den Schulen zu gewährleisten. Gleichfalls müssen die höheren Kosten für ein eventuelles Ganztagsangebot bei der Budgetierung berücksichtigt werden.

Budgets anhand der Schülerzahl – Besondere Belastungen ausgleichen

Die Abhängigkeit von sozialer Herkunft beim Bildungserwerb ist in Deutschland besonders ausgeprägt: In keinem der 32 PISA-Länder sind die Unterschiede zwischen Jugendlichen aus höheren und niedrigeren Sozialschichten so groß wie in Deutschland. Anderen Staaten gelingt es wesentlich besser – trotz ähnlicher Sozialstruktur – die Auswirkungen der sozialen Herkunft zu begrenzen und ein insgesamt höheres Kompetenzniveau zu erzielen.

Soziale Integration fördern

Ausländerintegration und soziale Integration sind jedoch wesentlich für ein erfolgreiches Bildungssystem. Beides gelingt nur, wenn ausreichende Deutschkenntnisse vorhanden sind. Zukünftig soll verhindert werden, dass Schulanfänger eingeschult werden, die die Unterrichtssprache nicht ausreichend beherrschen. Durch die Einführung von Vorlaufkursen oder Sprachlernklassen wollen wir ein altersgemäßes Sprachvermögen im Deutschen sicherstellen. Dafür wollen wir zweckgebundene, zusätzliche Mittel bereitstellen.

Altersgemäßes Sprachvermögen sicherstellen

Mehr Qualität in der Bildung

- Klare Lernziele vorgeben** Der Staat ist der Garant unseres öffentlichen Bildungswesens. Statt weiterhin umfassende und detailreiche Verfahrensvorgaben zu machen, soll er sich zukünftig aber darauf beschränken, einen Ordnungsrahmen zu schaffen. Er muss klare Lernziele für die Schüler definieren und den Bildungsinstitutionen echte Gestaltungsfreiräume jenseits des bürokratischen Gängelbandes zur Umsetzung dieser Ziele zugestehen.
- Bundesweit koordinierte Bildungsstandards** Dazu müssen die bestehenden Lehrpläne deutlich entschlackt und bundesweit koordinierte Mindeststandards für bestimmte Abschnitte der Bildungsbiographie geschaffen werden. Was muss ein Kind bzw. Schüler mit 5, 9, 12 und 15 Jahren mindestens können? Über welche fachlichen und überfachlichen Kompetenzen muss es mindestens verfügen? Wie die jeweilige Bildungseinrichtung diese Standards im Einzelnen erreicht, soll sie innerhalb des gesetzten Ordnungsrahmens selbständig bestimmen können.
- Soziale Kompetenzen fördern und als Lernziel im Curriculum verankern** Im Mittelpunkt des Lernens müssen die Basiskompetenzen, allen voran die Sprach- und Lesekompetenz, stehen. Von zentraler Bedeutung sind weiterhin die mathematische Kompetenz, die soziale Kompetenz, sowie die Medien- und die Lernkompetenz, d. h. die Strategien zum selbständigen, lebenslangen Lernen. Dazu gehören Arbeitstechniken ebenso wie die Fähigkeit, mit anderen zusammen Problemlösungen zu erarbeiten, Ergebnisse zu präsentieren oder das eigene Lernen zu planen und einzuschätzen. Wir Liberale wollen, dass diese Kompetenzen im Curriculum verankert und auch als Lernziele klar formuliert werden.
- Gleichmäßige Beurteilung durch zentrale Abschlussprüfungen garantieren** Die Bildungsbehörde konzentriert sich dann auf die Kontrolle der Lehr- und Lernleistungen an den Schulen. Zentrale Prüfungen, auch zentrale Abschlussprüfungen, sollen eine gleichmäßige Beurteilung der Schüler an den verschiedenen Schulen sichern. Zur Überprüfung der Standards soll die Schulbehörde den Schulen entsprechende Aufgaben und Tests zur Verfügung stellen, mit denen die Lehrkräfte das Erreichen der Lernziele erfassen und vergleichen können.
- Systematische Lehrleistungsevaluationen** Zur Überprüfung der Qualitätsstandards der Bildungseinrichtungen müssen systematische Fremdevaluationen sowie Leistungs- und Qualitätsvergleiche durchgeführt werden. Die Ergebnisse dieser Prüfungen sollen veröffentlicht werden. Unser Ziel ist kein eindimensionales Ranking: Es geht vor allem darum, auch nach außen Rechenschaft über die schulische Arbeit abzulegen und die Ergebnisse für den Prozess der Qualitätssicherung zu nutzen.

Schulsystem effizient gestalten

- Qualität statt Ideologie** Eine liberale Bildungslandschaft schreibt keine bestimmte Schulform vor. Durch Vielfalt im Bildungsangebot wird der Wettbewerb sogar noch verstärkt. Der Verzicht auf die Bestrebungen, das Schulwesen im Sinne des einen oder des anderen ideologischen Modells umzugestalten, ermöglicht es, alle Kraft auf die innere Schulgestaltung und die Qualität des Unterrichts zu lenken. Alle Schulkonzepte müssen jedoch mit der Bildungsbehörde abgestimmt und von ihr genehmigt werden.

Die FDP fordert die Abschaffung der Orientierungsstufe. Die Schüler sollen direkt nach der vierten Klasse von der Grundschule in die Sekundarstufe I wechseln.

Sekundarstufe ab Klasse 5

Am Ende der vierten Klasse soll eine Prüfung über die Empfehlung für Gymnasium, Real- oder Hauptschule entscheiden. Die bisherige Praxis der Empfehlung durch die Lehrer erfolgte zu oft nach subjektiven Kriterien und hat sich somit nicht bewährt.

Keine Empfehlung durch die Lehrer...

Die Entscheidung über die ab Klasse 5 zu besuchende Schule und Schulform – dreigliedriges Schulsystem oder Gesamtschule, Halbtags- oder Ganztagschule – soll aber weiterhin durch die Eltern vorgenommen werden.

...das Elternrecht erhalten

Deutschland hat die längsten Ausbildungs- und die kürzesten Lebensarbeitszeiten. Die FDP fordert eine Verkürzung der Schulzeit durch die Möglichkeit zur früheren Einschulung und das Abitur nach 12 Jahren.

Abitur nach 12 Jahren

Ganztagschule anbieten

Um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen und damit eine Entlastung der Familien zu erreichen, strebt die FDP den flächendeckenden Ausbau von Betreuung und pädagogischen Angeboten an den Schulen bis in die Nachmittagsstunden an.

Ganztagschulangebote flächendeckend schaffen

Der Ausbau der Ganztagsangebote bedarf jedoch eines besonderen pädagogischen Konzeptes. Dabei sollen sich Unterrichtsphasen mit Phasen der Freizeitgestaltung angemessen abwechseln. Wir wollen ein vernünftiges Angebot, das Hausaufgabenbetreuung, musikalische und künstlerische Aktivitäten, Sport, sowie weitere Freizeitangebote umfasst. Qualifizierte "Dritte" – Künstler, Musiker, Handwerker, Sportler – sollen in die Gestaltung eingebunden werden.

Mehr als nur längere Öffnungszeiten anbieten

Wie für die Schüler soll in der Ganztagschule auch eine Anwesenheitspflicht für die Lehrer bestehen. Die Schule wird zum Lern- und Lebensraum, in dem sich Schüler und Lehrer auch außerhalb des Unterrichts begegnen und sich gegenseitig als Lernende erfahren.

Schule als gemeinsamer Lern- und Lebensraum

Eine für alle verpflichtende Ganztagschule lehnen wir allerdings ab. Eltern müssen die freie Wahl haben, ob ihre Kinder auf eine Ganztagschule gehen sollen oder nicht.

Eltern müssen die Wahl haben

Privatschulen nicht kaputtsparen

Zur Vielfalt des Schulwesens gehören als unverzichtbare Ergänzung auch Privatschulen. Gerade diese wurden jedoch in den letzten Jahren verstärkt Opfer von Einsparungsmaßnahmen im Bildungsbereich. Die FDP fordert: Die Privatschulen in Bremen müssen finanziell mindestens ebenso intensiv gefördert werden wie im Bundesdurchschnitt.

Förderung auf Bundesdurchschnitt anheben

Zustand der Schulen verbessern

Der bauliche Zustand und die Ausstattung mit Lehrmitteln ist an vielen Schulen in Bremen und Bremerhaven nach wie vor unerträglich schlecht.

Zustand und Ausstattung der Schulen verbessern

Lehrmittel modernisieren, neue Bücher erwerben Die FDP fordert eine kontinuierliche Weiterführung und den Ausbau der Programme zur Sanierung der Schulgebäude. Wir wollen eine sofortige Modernisierung der Lehrmittel, insbesondere durch den Erwerb aktueller Schulbücher und die bessere Ausstattung mit neuen Medien. Da das immense Kosten mit sich bringt, wollen wir Schul sponsoring gezielt nutzen.

Unterrichtsausfall vermeiden

Vertretungsreserve ausbauen – Unterricht verlässlich gewähren Die Schüler und Schülerinnen in Bremen und Bremerhaven haben ein Recht auf Unterricht. Daher fordern die FDP den Ausbau der mobilen Vertretungsreserve im Lande Bremen, damit bei Fehlzeiten von Lehrern die Unterrichtsversorgung verlässlicher gewährleistet werden kann.

Lehrerversorgung sicherstellen – Einstellungs-offensive starten Die Lehrerversorgung muss zukünftig anhand der Schülerzahlen sichergestellt werden. Insbesondere fordert die FDP, die vom Unterricht freigestellten Lehrer zurück an die Schulen zu holen oder diese Lehrer nicht mehr den Schulen anzurechnen, um Platz für eine Neubesetzung der Stellen zu schaffen. Angesichts des überhöhten Altersdurchschnitt der Lehrerkollegen fordern wir eine sofortige Einstellungsoffensive.

Lehrerbildung optimieren

Wir brauchen zukünftig hervorragende Lehrer Ein Bildungssystem, das sich an den individuellen Fähigkeiten des Einzelnen orientieren will, braucht hervorragende Lehrer. Die Lehrerbildung muss grundlegend reformiert werden. Sie muss Fachwissen garantieren, aber ebenso psychologische und sozialpädagogische Kompetenzen vermitteln.

Fachausbildung auf hohem Niveau Durch ein gestuftes System soll zunächst eine wissenschaftliche Fachausbildung erfolgen, deren Anforderungen zumindest mit den Anforderungen des Grundstudiums des jeweiligen Diplomstudienganges vergleichbar sein müssen. Dadurch soll die Möglichkeit geschaffen werden, neben dem Staatsexamen parallel andere Hochschulabschlüsse (z. B. Bachelor oder Master) zu erlangen, die den Studierenden zusätzliche Berufswege eröffnen. Gleichzeitig sollen die Studierenden ihre ersten Schulpraktika ableisten.

Zu Unterrichtskompetenz befähigen In der zweiten Stufe soll dann gezielt die Befähigung zum Ausüben des Lehrberufs vermittelt werden. Die Vermittlung der wesentlichen, im Lehrberuf geforderten pädagogischen Kompetenzen muss zukünftig verstärkt werden. Diese umfassen neben den erzieherischen Kompetenzen, Kooperationsfähigkeit, Konfliktfähigkeit und Medienkompetenz ebenso wie den Erwerb eines umfassenden didaktischen Methodenrepertoires, um dem unterschiedlichen Lernverhalten der Schüler besser gerecht werden zu können.

Diagnostische Fähigkeiten in den Mittelpunkt stellen Die diagnostischen Fähigkeiten der Lehrer müssen verbessert werden, um Hochbegabungen, Lernschwächen und Erziehungsschwierigkeiten früher erkennen zu können. Nur wenn Lehrer in der Lage sind, den Lernstand der Schüler zutreffend zu beurteilen, können sie den individuellen Bedürfnissen eines jeden Schülers gerecht werden. Die Schulung von Lehrern zur genauen Beobachtung und Wahrnehmung von Stärken und Schwächen muss daher ein deutlicher Schwerpunkt der Ausbildung sein.

Lehrerfortbildung ausbauen

Wir wollen, dass die Lehrerfortbildung weiter ausgebaut wird. Sie muss für alle Lehrer verpflichtend sein und soll in der unterrichtsfreien Zeit erfolgen. Die Bereitschaft zur Selbst- und Fremdevaluation, zur kollegialen Hospitation und gemeinsamen Unterrichtsplanung sind einige der grundlegenden Voraussetzungen, die angehende Lehrer mitbringen müssen, um ihre Rolle als Lernbegleiter auszufüllen. Die Fortbildung kann nur dann langfristig wirksam sein, wenn sie systematisch angelegt ist. Die Fortbildungspflicht soll vor allem gewährleisten, dass Lehrer immer auch Lerner bleiben.

Durch Fortbildungspflicht für alle Lehrer modernen Unterricht sicherstellen

Förderung Hochbegabter

Zwei bis drei Prozent aller Schüler sind hochbegabt. Auch sie haben ein Recht auf bestmögliche individuelle Förderung. Bei Hochbegabten versagen oftmals die üblichen Methoden der Pädagogik.

Hochbegabte haben ein Recht auf Förderung

Zur angebrachten Förderung fordert die FDP Schuleingangstests zur frühzeitigen Erkennung von Hochbegabung, zeitlich vorgezogene Einschulung, gezielte Förderung durch zieldifferenziertes Lernen bereits in der Grundschule, eine kürzere Verweildauer von Hochbegabten an Grundschulen und die Vereinfachung des Überspringens von Klassen an Schulen, die eine Hochbegabtenförderung nicht leisten können.

Zieldifferenziertes Lernen ermöglichen

Förderung Lernbehinderter

Die Integration von Behinderten an Regelschulen muss weiter gefördert werden, damit diese Integration zum Normalfall werden kann. Die Integration behinderter Schülerinnen und Schüler soll jedoch nur in einem pädagogisch sinnvollen und vertretbaren Rahmen erfolgen.

Integration in die Regelschule fördern

Integrationsklassen in Regelschulen bieten für behinderte wie nichtbehinderte Schüler nur dann zufriedenstellende Lernbedingungen, wenn die Ausstattung solcher Unterrichtsangebote den Ansprüchen aller Schüler gerecht wird.

Den Ansprüchen aller gerecht werden

Förderschulen und -zentren für Kinder und Jugendliche mit geistigen und körperlichen Behinderungen müssen auch künftig für den Fall erhalten bleiben, dass eine optimale Förderung in der Regelschule nicht erreicht werden kann.

Förderzentren erhalten

Vorschulische Bildung

Bildung beginnt nicht erst mit der Grundschule. In keiner Lebensphase sind Menschen so lernfähig wie in der frühen Kindheit. Dieses Entwicklungspotential und die hohe Lernbereitschaft bleiben in Deutschland jedoch weitgehend unbeachtet, obwohl die Entwicklung in dieser Lebensphase von zentraler Bedeutung für die späteren Lernleistungen ist. Durch spielerisches Lernen können Kinder soziale und kognitive Fertigkeiten erwerben, wodurch eine bessere Vorbereitung auf die Schulzeit ermöglicht wird. Deshalb muss ein bildungspolitischer Schwerpunkt auch auf die Kindertagesstätten und Kindergärten gelegt werden.

Bildung beginnt nicht erst mit der Grundschule

- Wahrnehmung, Motorik und Sozialverhalten individuell fördern** Die verstärkte Förderung kreativer und musikalischer Fähigkeiten von Kindern muss bereits im Vorschulalter einsetzen. Die Übergänge zwischen Spiel, Sport, Musik und Kunst sind dabei fließend. Gesang und Rhythmik sind unverzichtbarer Bestandteil der Kindergarten- und Grundschulziehung. Im Mittelpunkt der vorschulischen Bildung muss jedoch die für jedes Kind individuell ausgestaltete Förderung von Wahrnehmungsfähigkeit, Motorik und Sozialverhalten stehen.
- Förderkurse für Deutsch einrichten** Gerade dem Kindergarten kommt eine Integrationsaufgabe zu, die auch in der Vermittlung der deutschen Sprache liegt. Insbesondere bildungs- und lernbenachteiligte Kinder sowie Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache müssen gezielt gefördert werden. Eine Diagnose der sprachlichen Entwicklung anlässlich der Schulfähigkeitstests im 5. oder 6. Lebensjahr kommt hier viel zu spät. Kinder, die die deutsche Sprache nicht oder nur unzureichend beherrschen, sollen noch vor der Einschulung an Förderkursen teilnehmen.
- Flexibler Übergang in die Grundschule** Den Übergang von der Phase vorschulischer in die Phase schulischer Bildung wollen wir flexibel gestalten: Die Kinder sollen nach individueller Entwicklungs- und Lerngeschwindigkeit die Lernziele der ersten Schuljahre schneller oder langsamer erreichen können. Kooperationen von Einrichtungen der vorschulischen Bildung mit Grundschulen sollen diesen flexiblen Übergang begünstigen. Für das einzelne Kind kann so, ganz nach seinem Entwicklungsstand, die bestmögliche Bildungsbetreuung vorgenommen werden.
- Vorschulische Bildung als Vorstufe zur Grundschule** Kindertagesstätten und Kindergärten müssen endlich als pädagogische Vorstufe zur Grundschule und damit als Bildungsstätte begriffen werden. Um einem umfassenden Bildungsauftrag gerecht zu werden, fordern wir, die Kompetenzen zur Vorschulischen Bildung in das Bildungsressort zu verlagern.

Grundschule

- Gute Grundschule ist die Grundlage guter Bildung** Die Grundlage für eine erfolgreiche Schullaufbahn bildet eine gute Grundschule. Ihr kommt die größte Integrations- und Bildungsaufgabe zu. Sie steht heute aber immer mehr vor der Aufgabe, auch die familiären Probleme und sprachlichen Defizite der Kinder aufarbeiten zu müssen.
- Lehrer-Schüler-Relation verbessern** Hauptaufgabe der Grundschule muss aber das Vermitteln der grundlegenden Fertigkeiten Lesen, Schreiben, Rechnen sowie des Basiswissens sein. Die FDP setzt sich daher für eine deutliche Verbesserung der Lehrer-Schüler-Relation ein.
- Musikalische Praxis ausbauen** Nachweislich wird die Konzentration und die Intelligenz durch das Erlernen von Musikinstrumenten und musikalische Praxis gefördert. Jedem Kind soll deshalb schon während der Grundschulzeit Gelegenheit zum Erlernen eines Instrumentes gegeben werden.
- Englisch und Französisch flächendeckend anbieten** Die Bremer FDP spricht sich dafür aus, bereits in der Primarstufe ein flächendeckendes Angebot von Englisch und Französisch zu schaffen.
- Erst muss gefördert, dann gefordert werden** Die Gestaltung des Unterrichts muss sich nach den individuellen Entwicklungen und Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler, nach Geborgenheit, Lob, Anerkennung und Leistung richten. Erst muss gefördert, dann gefordert werden.

Hauptschule

Unser einseitig am Abitur als Leitbild ausgerichtetes Bildungssystem hat zu einer Vernachlässigung der Hauptschulen geführt. Junge Menschen, deren Begabung im praktischen und handwerklichen Bereich liegt, werden so "für die Arbeitslosigkeit" ausgebildet.

Hauptschule nicht weiter vernachlässigen

Der Schulabschluss an der Hauptschule muss künftig wieder zu einer Berufsausbildung qualifizieren. Alle Abgänger müssen in den grundlegenden Arbeits- und Kulturtechniken einen Mindeststandard beherrschen. Zusätzlich muss der praktischen Ausbildung durch praxisbezogene, berufsvorbereitende Unterrichtsinhalte mehr Gewicht eingeräumt werden. Werkstattphasen sind daher zeitlich auszudehnen.

Praxisbezogenen Unterricht ausweiten

Realschule

Die Realschule muss stärker ihr eigenes Profil herausstellen. Sie benötigt endlich ein eigenständiges, inhaltliches und methodisches Konzept, das gegenüber der gymnasialen Bildung stärker an der Praxis orientiert ist.

Realschule stärker profilieren

Gymnasium

Die durchgehenden Gymnasien in Bremen sind überlaufen. Dies zeigt, dass dem Schulwunsch der Eltern und Schüler in Bremen immer noch nicht entsprochen wird. Durchgängigkeit von Gymnasien muss der Regelfall, einzügige gymnasiale Abteilungen müssen zusammengelegt werden. Ein flächendeckendes Angebot von Gymnasien muss gewährleistet sein.

Durchgängige Gymnasien flächendeckend anbieten

Gesamtschule

Die Gesamtschulen sind ein Bestandteil eines vielfältigen und gleichrangig auszustattenden Schulwesens. Sie müssen sich unter den für alle Schulen üblichen Bedingungen bewähren und dürfen daher finanziell nicht besser gestellt werden als andere Schulformen.

Gesamtschulen sind ein Teil eines vielfältigen Schulwesens

Förderzentren

Die Förderzentren sollen in enger Zusammenarbeit mit den allgemeinbildenden Schulen auf die schrittweise Eingliederung der Schüler mit sonderpädagogischem Förderungsbedarf in die allgemeine Schule hinarbeiten. Um die notwendige Intensität der individuellen Fördermaßnahmen zu gewährleisten, strebt die FDP getrennte Angebote für verhaltens- und lerngestörte Schüler an.

Individuelle Fördermaßnahmen gewährleisten

Schulsponsoring nutzen

Schulsponsoring ist durch den Abbau von bürokratischen Hindernissen zu fördern. Unternehmen sollen sich dazu bekennen dürfen, Schulen mit Computern oder Büchern ausgestattet zu haben. Kooperationen von Schulen und Unternehmen werden von den Liberalen begrüßt und unterstützt.

Kooperationen von Schule und Wirtschaft ausbauen

➤ **Berufliche Ausbildung stärken**

- Duales System erhalten und stärken** Die Berufsausbildung in Bremen ist nach dem dualen System organisiert. Die Auszubildenden lernen im Betrieb und in der Berufsschule. Dieses Prinzip hat sich bewährt und wird von uns nachhaltig unterstützt. Es ist daher notwendig, die beiden beteiligten Lernorte Betrieb und Schule in der Verschiedenartigkeit der jeweiligen Aufgabenstellung zu erhalten und zu stärken, um so dem gemeinsam zu verantwortenden Ergebnis einer qualifizierenden Berufsausbildung ein stabiles Fundament zu geben.
- Ausbildung straffen und effektiver gestalten** Dennoch sind auch hier Reformen, insbesondere im Berufsschulbereich, dringend nötig, um die Ausbildung zu straffen und effektiver zu gestalten. Die Berufsschule muss so organisiert werden, dass nicht generell ein zweiter Berufsschultag erforderlich ist. Abhängig von der Vorbildung und den Erfordernissen der unterschiedlichen Ausbildungsberufe müssen differenzierte Regelungen angestrebt werden.
- Die bausteinartige Ausbildung einführen** Die FDP schlägt ein bausteinartiges Ausbildungsangebot vor. An einen Grundbaustein, der die Vermittlung des beruflichen Orientierungswissens des jeweiligen Berufes beinhaltet, knüpfen differenziert und wahlweise Aufbaubausteine an.
- Nicht erst am Ende der Ausbildung gemäß "Alles oder Nichts" prüfen** Solche Zusatzqualifikationen erhöhen die Flexibilität des Auszubildenden im späteren Berufsleben. Wenn die einzelnen Ausbildungsabschnitte nicht erst bei der Abschlussprüfung gemäß dem Motto "Alles oder Nichts" geprüft und bewertet werden, hat auch der Ausbildungsabbrecher eine Chance, später seine Ausbildung mit einem Berufsabschluss zu komplettieren. Durch das Modulsystem können sich zudem Auszubildende, die in der herkömmlichen, starr eingeteilten Ausbildungsstruktur weniger gute Leistungen erbringen, für Ausbildungskomponenten entscheiden, die ihnen mehr liegen.
- Berufsbilder zukünftig flexibler anpassen** Eine Vielzahl von Ausbildungsplätzen wird nur deshalb nicht angeboten, weil es für die von den Unternehmen gewünschten Ausbildungsinhalte keine Berufsbilder gibt. Die Verfahren zur Zulassung von neuen Berufsbildern müssen so verändert werden, dass sie sich flexibler an die sich verändernden Anforderungen des Arbeitsmarktes anpassen. Um den Anteil an Jugendlichen und jungen Erwachsenen ohne Berufsausbildung zu verringern, müssen bei einer Neuordnung von Ausbildungsberufen Abschlüsse auch für leistungsschwächere Auszubildende erarbeitet werden, z. B. weitere zweijährige Ausbildungsberufe für stärker praxisorientierte Menschen.
- Fremdsprachenangebote ausweiten** Fremdsprachenkenntnisse gehören zu einer fast unabdingbaren Zugangsvoraussetzung zum Arbeitsmarkt, insbesondere im Dienstleistungsbereich. Entsprechende Qualifikationen sollen daher auch im Rahmen der Berufsbildung erworben werden können.
- Austausch zwischen Betrieb und Berufsschule verstärken** Die FDP setzt sich für ein Berufsbildungsangebot ein, das differenzierter als das herkömmliche ist. Es gibt immer mehr Berufsbilder und immer differenziertere Ausbildungszeiten. Damit die Lehrinhalte an Berufsschulen und die Ausbildungsinhalte in den Betrieben nicht aneinander vorbeilaufen, sollen Berufsschullehrer und betriebliche Ausbilder durch regelmäßigen Austausch betriebliche Praxis und schulische Theorie besser aufeinander abstimmen.

➔ **Hochschulen unabhängig machen**

Die FDP verfolgt das Leitbild einer unabhängigen, wissenschaftlichen, dem Wettbewerb unterliegenden, international und wirtschaftsnah ausgerichteten Hochschullandschaft.

Mehr Freiheit für die Hochschulen heißt Stärkung ihrer Autonomie und Wettbewerbsfähigkeit durch Rücknahme staatlicher Eingriffsrechte. Die Hochschulen müssen Anreize dafür erhalten, ihre Entscheidungsspielräume zur Leistungs- und Qualitätssteigerung zu nutzen. Sie sollen ein Globalbudget erhalten, das die freie Mittelverwendung im Rahmen der Festlegung von Zielvereinbarungen gewährleistet. Die Zuweisung der Landesmittel soll sich an den zu erbringenden Leistungen orientieren und nach überprüfbaren Kriterien erfolgen.

Die Hochschulen sollen die volle Personalhoheit, Tarifautonomie und Organisationsgewalt erhalten und von der Gängelung durch den Senat befreit werden. Über Studien- und Prüfungsordnungen sollen die Hochschulen – abgesehen von Staatsprüfungen – in eigener Verantwortung entscheiden können.

Dabei muss gewährleistet sein, dass einem starken Rektor und starken Dekanen ebenso starke Kontrollgremien wie Akademischer Senat, Fachbereichsräte und Studiengangskommissionen gegenüberstehen.

Die Bremer FDP lehnt die Einführung von Langzeitstudiengebühren oder überzogen hohen Verwaltungsgebühren genauso ab wie die Zwangsberatung und Zwangsexmatrikulation an den bremsischen Hochschulen.

Wir fordern stattdessen die Einführung von Bildungsgutscheinen. Wir verfolgen damit den Wechsel von einer angebotsorientierten Steuerung der Hochschulen hin zu einem nachfrageorientierten Anreizsystem für Studierende und Hochschulen. Den Studierenden soll ein gebührenfreies Erststudium ermöglicht werden.

Durch die Bildungsgutscheine wird, im Gegensatz zu Studienkonten, ein flexibles Teilzeitstudium möglich, da sie sich nicht an der Semesteranzahl, sondern an den Semesterwochenstunden orientieren.

Die Hochschule erhält den Gegenwert der Bildungsgutscheine als Entgelt für ihre Ausbildungsleistungen und somit den Anreiz, nicht benötigte Kapazitäten in stärker nachgefragte Bereiche umzulenken. Aber auch die Studierenden sind stärker als bisher an einer effizienten Studienorganisation interessiert, um ihr begrenztes Bildungsguthaben optimal einzusetzen. Studierende, die für ihr Studium zusätzliche Bildungsgutscheine benötigen, müssen diese hinzukaufen. Studierende, die die Bildungsgutscheine bis zum Abschluss ihres Studiums nicht voll in Anspruch nehmen, können diese später für weitere Studien oder sonstige gebührenpflichtige Weiterbildung einsetzen.

Die Vorteile des Bildungsgutschein-Modells können sich nur bei freier Wahl des Studienortes voll entfalten. Die FDP fordert daher weiterhin die Abschaffung der ZVS. Der zur Zeit gültige Staatsvertrag muss zum nächstmöglichen Zeitpunkt gekündigt werden. Als Einstieg in eine bundesweite Einführung strebt die Bremer FDP einen Modellversuch in Kooperation mit anderen Bundesländern an.

Unser Leitbild ist die unabhängige Hochschule

Eigenverantwortung durch Budgetautonomie

Hochschulautonomie erweitern

Starker Rektor – Starker Akademischer Senat

Gegen Studiengebühren und Zwangsexmatrikulation

Bildungsgutscheine einführen

Flexibles Teilzeitstudium ermöglichen

Effizientere Studienorganisation fördern

ZVS abschaffen – Staatsvertrag kündigen

➔ **Wissenschaft und Forschung fördern**

- Wissenschaft und Forschung sind frei** Die FDP steht zur Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Der Staat braucht gute Gründe, wenn er in die Forschungsfreiheit eingreifen will. Allerdings gehört zur Freiheit auch Verantwortung, die eine "grenzenlose Wissenschaft" nicht zulässt und ethisch-moralische Grenzen setzt.
- Forschung braucht einen verlässlichen Rahmen** Für die Qualität der Forschung ist es von besonderer Bedeutung, dass die Politik verlässliche Rahmenbedingungen schafft, leistungsstarke Forscher motiviert und die Freiheit der Forschung nicht durch bürokratische Vorgaben einengt. Für die FDP stehen dabei Lehre und Forschung an den Hochschulen nicht in einem Konkurrenzverhältnis, sondern sind untrennbar miteinander verbunden.
- Innovationspolitik betreiben** Forschungs- und Technologiepolitik ist Innovationspolitik in Kooperation mit der Wirtschaft. Ziel ist es, die technologische Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen zu stärken.
- Anwendungsbezogene Forschung gezielt fördern** In Bremen und Bremerhaven wurden viele neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze vor allem in hochtechnologischen Branchen geschaffen. Im Interesse des Ausbaus und der Erhaltung dieser neuen Arbeitsplätze wollen wir anwendungsbezogene, wirtschaftsnahe Forschungsarbeiten und den Technologietransfer gezielt fördern.
- Kooperation von Wirtschaft und Hochschulen** Um international konkurrenzfähig zu bleiben, braucht Bremen ein intensiveres Engagement im Bereich von Forschung und Entwicklung. Daher wollen wir Liberalen eine effektive und transparente Zusammenarbeit von Wirtschaft und Hochschulen in diesen Bereichen weiter fördern. Die Umsetzung von Forschungsergebnissen sowie neuen technischen und wissenschaftlichen Erkenntnissen in Produkte und Patente ist gemeinsame Aufgabe und Chance von Hochschulen, Forschung und Wirtschaft.
- Wissenschaft und Technik in den Schulen stärken** Innovation und Forschung auf international hohem Niveau können nur beibehalten werden, wenn für Bildung und Ausbildung der heranwachsenden Generationen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden. Dazu gehört die Vermittlung einer positiven Grundeinstellung zu Wissenschaft und Technik in den Schulen und die Förderung von Schüler- und Jugendwettbewerben.
- Forschungsmittel leistungsorientiert vergeben** Forschung muss sich messen lassen. Die finanziellen Mittel für die Forschung müssen in stärkerem Maße leistungsorientiert vergeben werden. Forschungsmittel der öffentlichen Hand sind möglichst in einem wettbewerblichen Verfahren auszuloben. Die Einwerbung von Drittmitteln aus der Wirtschaft ist erwünscht und notwendig, denn Spitzenforschung ist heute allein aus öffentlichen Mitteln nicht mehr finanzierbar.
- Die Finanzierung von Forschung neu strukturieren** Die Bremer FDP regt an, zur gezielteren Förderung von Forschung und Entwicklung in Bremen und Bremerhaven eine öffentliche Stiftung zu gründen, die die Aufgaben von Finanzierung und Begutachtung der einzelnen öffentlich-geförderten Forschungsprojekte übernehmen soll.

Wirtschaft – Innovation für Arbeitsplätze

Politik gegen die Arbeitslosigkeit

Die Bilanz der Wirtschaftspolitik der letzten Jahre ist ernüchternd. Nachdem sich die Wirtschaftsleistung in Bremen und Bremerhaven durch eine fatale Struktur- und Haushaltspolitik über Jahrzehnte unterdurchschnittlich entwickelt hat, konnte dieser negative Trend zwar in den letzten Jahren kurzfristig gestoppt werden, die jüngsten Prognosen zeigen aber wieder, dass die Wirtschaftspolitik der großen Koalition nicht wirklich in der Lage ist, die Rahmenbedingungen nachhaltig so zu gestalten, dass sich ein für unser Land notwendiges Wirtschaftswachstum entfaltet – ein dynamisches Wachstum, in dem sich neue Unternehmungen gründen oder ihre Investitionen soweit steigern, dass neue, dauerhafte Arbeitsplätze entstehen.

Es ist festzustellen, dass auch in Bremen und Bremerhaven die Zahl der Insolvenzen immer neue, erschreckende Rekordhöhen erreicht. Immer mehr Arbeitsplätze werden in andere europäische Regionen verlagert. Die Arbeitslosigkeit ist katastrophal hoch.

Fast jeder siebte Erwerbsfähige in der Stadt Bremen ist ohne Arbeit, in Bremerhaven ist diese Quote noch höher – mit weiter steigender Tendenz. Der Anteil der Schwarzarbeit hingegen nimmt stetig zu. Unsere sozialen Sicherungssysteme brennen wie eine Kerze von beiden Seiten ab und brechen langsam aber sicher unter der Last zusammen.

Weiterhin besteht das Problem einer im Vergleich mit anderen deutschen Wirtschaftsregionen unterentwickelten Dienstleistungsbranche. Aufgrund des fortschreitenden, immer effizienteren Technologieeinsatzes in der Industrie entstehen neue Arbeitsplätze aber nun einmal vorrangig in kleinen und mittelständischen Dienstleistungsunternehmen.

Weiterhin belasten die Personalkosten der öffentlichen Verwaltung, die aus der hohen Verschuldung resultierenden Zinszahlungen, sowie die aus der hohen Arbeitslosigkeit resultierenden hohen Sozialhilfeleistungen den öffentlichen Haushalt auf unhaltbare Weise.

Weiterhin – trotz "Sanierungskurs" – steigt die Verschuldung des Landes weiter an, Gestaltungsspielräume werden immer weiter verengt. Der "Konzern" Bremen wird auch in Zukunft unter dieser Bedingungen nicht in der Lage sein, seine laufenden Ausgaben durch die laufenden Einnahmen zu decken. In Wahrheit steht Bremen immer noch kurz vor der Pleite.

Unternehmertum ist auch in Bremen und Bremerhaven die Grundlage unserer Gesellschaft. Einzig und allein in der Risiko- und Leistungsbereitschaft sowie dem unternehmerischen Gestaltungswillen der Unternehmer, die für sich selbst und ihre Mitarbeiter eine Existenzgrundlage aufbauen und bewahren, liegt der Kern für ein funktionierendes Wirtschaftssystem und die Chance für eine nachhaltige soziale Gerechtigkeit.

Die Bilanz der Wirtschaftspolitik ist ernüchternd

Mehr Insolvenzen, weniger Arbeitsplätze

Nur die Schwarzarbeit floriert

Dienstleistungsbranche ist unterentwickelt

Öffentliche Haushalte sind durch die Arbeitslosigkeit unhaltbar belastet

Bremen steht immer noch kurz vor der Pleite

Unternehmergeist für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Für eine ökonomische, ökologische und soziale Marktwirtschaft

Liberale Wirtschaftspolitik steht für eine ökologische, ökonomische und soziale Marktwirtschaft, in der sich mutiges und selbständiges Handeln entfalten kann, in der Unternehmertum sich lohnt und erstrebenswert ist. Liberale Wirtschaftspolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik, denn Risikobereitschaft und kreatives Unternehmertum können nicht staatlich angeordnet werden, sie entstehen aus dem Geist einer freien Gesellschaft heraus.

**➔ Liberale Offensiven für den Mittelstand
Bremen braucht einen Schlankmacher**

Der Bremen-Konzern hat sich der Kontrolle entzogen

Der SPD/CDU-Senat hat zahlreiche öffentliche Aufgaben in landeseigene Gesellschaften überführt. Diese weit über 200 privatrechtlich organisierten Gesellschaften haben sich jedoch der parlamentarischen Kontrolle weitgehend entzogen. Durch die Bildung von sogenannten "Schattenhaushalten" sind unabsehbare Risiken für die öffentlichen Haushalte entstanden.

Bürokratieabbau nicht erreicht

Eine Effizienzsteigerung und Personalkostensenkung ist nicht erreicht worden. Das Ziel eines Abbaus der öffentlichen Bürokratie wurde somit völlig verfehlt.

Scheinprivatisierungen führen nicht weiter

Die Liberalen befürworten grundsätzlich die Privatisierung von vormals staatlichen Aufgaben. Die vom Senat durchgeführten Übertragungen von Aufgaben an landes- und stadt-eigene Gesellschaften sind jedoch lediglich "Scheinprivatisierungen", die nicht zu wirtschaftlichem und eigenverantwortlichem Handeln geführt haben.

Marktwirtschaft statt Staatswirtschaft

Die Schlussfolgerung kann nur lauten: Wir brauchen eine echte Verschlinkung des "Konzerns Bremen". Vorrang für echte Privatisierung! Der Staat muss sich endlich auf seine Kernaufgaben konzentrieren und darf nicht länger Unternehmer "spielen"! Wir fordern, dass alle Beteiligungen der Städte und des Landes, soweit sie keinen hoheitlichen Aufgabenhintergrund haben, veräußert werden.

Wirtschaftsförderung transparenter gestalten

Wirtschaftsförderung entzieht sich der Kontrolle

Im Zuge der Neustrukturierung der Wirtschaftsförderungslandschaft sind in Bremen Gesellschaften entstanden, die praktisch nur noch von sich selbst kontrolliert werden. Ein Beispiel dafür ist die Bremer Investitionsgesellschaft (BIG).

Aktivitäten für die Bürger transparenter machen

Die FDP wird dafür Sorge tragen, dass die Aktivitäten dieser Gesellschaften für die Abgeordneten und Bürger transparenter werden und die eingesetzten Steuergelder zu nachvollziehbaren, effizienten und zielkonformen Ergebnissen führen. Alle nicht effektiven Maßnahmen sind einzustellen, die Organisationen nötigenfalls aufzulösen.

Den Förderprogramm-dschungel lichten

Die FDP steht für einen Abbau des überbordenden, komplizierten Förderprogramm-dschungels und fordert die Streichung der verlorenen Zuschüsse, die nach dem "Gieskannenprinzip" ausgeschüttet werden. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass dadurch weniger die Zahl der Unternehmensgründungen, sondern lediglich der Genehmigungs- und Verwaltungsapparat weiter angewachsen ist. Die Ergebnisbilanz dieser Maßnahmen ist somit negativ.

Wir sind der Überzeugung, dass junge Unternehmerinnen und Unternehmer ein leicht verstehbares, unkompliziertes und schnelles Starthilfesofortprogramm brauchen, das flexibel ist und mit wenigen Bausteinen die überwiegende Zahl der Bedürfnisse abdeckt. Existenzgründer und Unternehmer sollen zukünftig nicht mehr teure Seminare besuchen müssen, um die Förderprogramme zu verstehen.

Flexible Starthilfesofortprogramme schaffen

Die Existenzgründerberatung wollen wir an die Erstellung des zur Finanzierung notwendigen Finanzierungsplanes koppeln. Private Non-Profit-Initiativen wie den Bremer Senior-Service werden wir unterstützen und noch enger in den Prozess einbinden.

Private Initiativen unterstützen und einbinden

Die Bremer FDP wird eine Existenzgründungsoffensive, insbesondere im Handwerk, auf den Weg bringen. Die bestehenden Existenzgründungshürden werden wir umgehend überprüfen und – wenn möglich – abbauen.

Existenzgründungshürden abbauen

Der Meisterbrief darf nicht länger zwingende Voraussetzung für das Führen eines Betriebes bleiben. Die Befähigung zur Ausbildung von Lehrlingen muss allerdings weiterhin durch die Meisterprüfung oder die Ausbildereignungsprüfung nachgewiesen werden.

Meisterzwang abschaffen

Wir werden überprüfen, ob die Ausbildungssysteme vereinfacht werden können, um den veränderten Anforderungen in einer europäischen Bildungs- und Wirtschaftslandschaft entgegenzukommen.

Ausbildungssysteme vereinfachen

Vorhandene Flächenpotentiale nutzen

Unverzichtbar für wirtschaftlichen Aufschwung ist die Vorkhaltung von Reserveflächen. Um Modernisierungen und Erweiterungen möglich zu machen, muss Firmen ausreichend Fläche angeboten werden können. Auch für ansiedlungswillige auswärtige Firmen muss aufbereitetes Gelände zur Verfügung gestellt werden.

Ausreichend Gewerbeflächen anbieten

Die Bemühungen zur Ansiedlung von Betrieben in den Gewerbegebieten in Bremerhaven, insbesondere im Bereich der Häfen, müssen wesentlich verstärkt werden, um die wirtschaftliche Monostruktur Bremerhavens aufzubrechen.

Monostruktur Bremerhavens aufbrechen

Ein besseres Flächenmanagement ist erforderlich, um Negativbeispiele wie den Büropark Oberneuland zukünftig zu verhindern. Die FDP fordert, zukünftig realistischere Flächenerschließungen vorzunehmen, die sich an dem tatsächlichen Bedarf ausrichten. Die Umwidmung von geschützten Flächen oder Naherholungsgebieten kann nur "letztes Mittel" sein.

Realistischere Flächenerschließungen

Die Erweiterung des Technologieparks auf Kosten der Uniwildnis darf nur beim vollständigen Fehlen geeigneter Alternativen erfolgen. Eine Ausweitung in das Hollerland wird von der FDP ebenfalls abgelehnt. Der rechtliche Status der Flächen als Landschaftsschutzgebiet steht einer Bebauung entgegen.

Uniwildnis und Hollerland bewahren

Vor der Ausweisung bislang "unberührter" Flächen als Gewerbegebiete fordert die FDP aus ökonomischen und ökologischen Gründen zuerst die Nutzung und Aufbereitung bestehender alter Industrieflächen.

Industriebrachen reaktivieren

Private in die Flächenerschließung einbinden Voraussetzung für die Wiederaufbereitung dieser Flächen ist die Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur, damit eine erfolgreiche Vermarktung vorgenommen werden kann. In die Erschließung, Umnutzung, Revitalisierung und Vermarktung der Flächen für gewerbliche, kommunale und wohnungswirtschaftliche Zwecke müssen grundsätzlich private, auf die Entwicklung von Flächen spezialisierte Unternehmen eingebunden werden.

Jobmotor Mittelstand

Mittelstand stärken – Schluss mit der Arbeitsplatzverhinderungspolitik Mittelständische Unternehmen, nicht runde Tische mit Funktionären und Regierungsbeamten, schaffen und sichern Arbeitsplätze, bilden aus und gründen neue Betriebe. Zentrale Aufgabe ist es daher, die Entwicklungschancen der kleineren und mittleren Betriebe sowie der Selbständigen zu verbessern, anstatt durch Gesetze und Verordnungen eine Arbeitsplatzverhinderungspolitik zu praktizieren.

Wir wollen Bremen entbürokratisieren Bremen muss daher schnellstmöglich entbürokratisiert werden. Die FDP setzt sich zum Ziel, bis 2007 mindestens 30% aller für Unternehmen geltenden bürokratischen Vorschriften und Gesetze ersatzlos abzuschaffen.

Bremen braucht eine Mittelstandsoffensive Im ersten Halbjahr 2002 stieg die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im Land Bremen um 45 Prozent. Der Bundesdurchschnitt lag bei 12,7 Prozent. Das Land betreibt eine Vielzahl von Beschäftigungsgesellschaften, die gerade dem Mittelstand Konkurrenz machen. Die Bremer FDP wird die Zahl öffentlicher Beschäftigungsgesellschaften deutlich reduzieren und so die Sicherung von Arbeitsplätzen im Mittelstand ermöglichen. Bremen braucht eine Mittelstandsoffensive, die die Möglichkeiten zur Eigenkapitalbildung verbessert.

Genehmigungsverfahren beschleunigen Außerdem fordert die FDP ein Programm zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren zur Existenzgründung oder Betriebserweiterung. Unser Ziel ist es, die durchschnittliche Dauer des gesamten Genehmigungs- und Anmeldeverfahrens bei Unternehmensgründung oder -erweiterung in den nächsten vier Jahren auf vier Wochen abzusenken.

Dem Mittelstand keine staatliche Konkurrenz machen Private Dienstleister können viele notwendige öffentliche Leistungen kostengünstiger erbringen, zum Beispiel im Bereich Bauverwaltung oder Nahverkehr. Privatisierung darf nicht in Gestalt einer Scheinprivatisierung erfolgen, sie darf nicht zur Stärkung landeseigener oder kommunaler Gesellschaften führen, die zunehmend Aufträge von Firmen und Anbietern abziehen und als deren Konkurrenten auftreten.

Trinkgeldbesteuerung und Bauabzugssteuer abschaffen Die FDP tritt für eine konsequente Berücksichtigung der Bedürfnisse des Mittelstandes in der Steuer- und Abgabenpolitik ein. Die Steuerlast muss gesenkt und die Bürokratie beschnitten werden: Die FDP fordert ein einfaches Einkommenssteuersystem mit den für alle Einkommensarten einheitlichen Sätzen 15, 25 und 35 Prozent sowie die Abschaffung von Bauabzugssteuer und Trinkgeldbesteuerung.

Gewerbsteuer abschaffen Wir sprechen uns dafür aus, die Gewerbsteuer, die eine Sonderbelastung für Unternehmen darstellt, durch ein kommunales Zuschlagsrecht auf die Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer zu ersetzen.

Die verschiedenen Wertschöpfungsmodelle, bei denen sich die Bemessungsgrundlage je nach Ausgestaltung aus ertragsunabhängigen Komponenten wie Lohnsumme, gezahlten Zinsen, Mieten oder Leasingraten zusammensetzt, lehnen wir ab, da sie eine Substanzbesteuerung, und damit eine klare Verschlechterung zur geltenden Rechtslage darstellen.

**Keine Substanz-
besteuerungen**

Wir werden uns für die Entlastung von Klein- und Kleinstbetrieben von bürokratischen Pflichten wie Verdienstbescheinigungen, Statistik, Steuereinzug etc. einsetzen. Die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe lehnen wir ab.

**Kleinbetriebe von
Bürokratie entlasten**

Die FDP fordert die vollständige Freigabe der Ladenöffnungszeiten in Bremen und Bremerhaven von Montag bis Samstag. Gerade in der schwierigen Situation, in der sich der bremische Einzelhandel befindet, darf es nicht länger beschränkt werden, die Öffnungszeiten an die Einkaufsgewohnheiten der Kunden anzupassen. Die von der FDP vorangetriebene Liberalisierung der Ladenschlusszeiten hat zur Flexibilisierung der Arbeitszeit beigetragen und neue Arbeitsplätze geschaffen.

**Ladenöffnungszeiten von
Montag bis Samstag
freigeben**

Wir wollen die Bedingungen für die Gastronomie durch die Abschaffung der regulären Polizeistunde, klare Regelungen für Außengastronomie und klare Regelungen für Bürgerhäuser etc. verbessern.

**Bedingungen für die
Gastronomie verbessern**

Kammern reformieren

Wir werden das gesamte bremische Kammerwesen auf seine Zweckmäßigkeit hin überprüfen. Bei den Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern ergibt sich aus öffentlichen Aufgaben, die ihnen durch Gesetz und Verordnungen zugewiesen sind, der öffentlich-rechtliche Status.

**Das Kammerwesen
reformieren**

Die FDP will allerdings die Zwangsmitgliedschaft in den Kammern abschaffen. Die Kammern müssen sich dann grundlegend reformieren, um mit attraktiveren, marktgerechten Angeboten und Preisen Mitglieder und Kunden an sich zu binden. Doppelarbeit zwischen Kammern und Behörden sowie zeitraubende bürokratische Querverbindungen wollen wir in Zukunft vermeiden.

**Zwangsmitgliedschaft
abschaffen**

Bürokratie in der Landwirtschaft abbauen

Die Agrarpolitik soll sich künftig stärker an den Prinzipien einer ökonomischen und ökologischen Marktwirtschaft orientieren. Die Agrarbürokratie muss dafür radikal zurückgeschnitten werden. Quoten und Marktregulierung wollen wir durch marktwirtschaftliche Elemente ersetzen.

**Agrarbürokratie radikal
zurückfahren**

Wir wollen, dass die Landwirte zukünftig für ihre Leistungen zur Pflege und Erhaltung unserer Kulturlandschaft eine produktunabhängige Kulturlandschaftsprämie erhalten. Im Gegenzug entfallen schrittweise die bisherigen Quoten.

**Kulturlandschaftsprämien
statt Quotierungen**

Bei vielen Regelungen des Umwelt- und Naturschutzes wollen wir dem Vertragsnaturschutz eindeutigen Vorrang einräumen. Nachhaltiger Umwelt- und Naturschutz lässt sich nicht von "oben" verordnen, er muss die "Betroffenen" einbinden und Anreize für eine konsequent nachhaltig ausgestaltete Naturnutzung geben.

**Die Betroffenen beim
Umweltschutz einbinden**

Abfluss des Oberwassers gewährleisten Der Abfluss des Oberwassers muss in allen bremischen Flüssen gewährleistet sein. Dazu erscheint uns vor allem das Ausbaggern und Verbreitern der Wümme erforderlich. Die in den letzten Jahren durchgeführten Wasserstandserhöhungen müssen im Sinne des Küstenschutzes und einer an der Kulturlandschaft orientierten Politik zurückgenommen werden.

Volle Energie für nachhaltigen Klimaschutz

Anteil regenerativer Energie ausbauen Das Ziel liberaler Energiepolitik ist eine nachhaltige, zukunftsfähige und effiziente Energieversorgung. Die FDP tritt dafür ein, den Anteil regenerativer Energien am Energiemix weiter auszubauen und mittelfristig deren eigenständige Wettbewerbsfähigkeit herzustellen.

Forschung unterstützen Forschungseinrichtungen im Lande Bremen, die sich mit regenerativen Formen der Energieerzeugung befassen, sollen zukünftig besondere Unterstützung erhalten.

Kraft-Wärme-Kopplung in Siedlungsgebieten Der Bau von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen in Siedlungsgebieten wird von uns unterstützt, soweit dies die finanziellen Möglichkeiten des Landes Bremen zulassen.

Kraftwerk am Weserwehr nicht subventionieren Die FDP spricht sich gegen die direkte oder indirekte öffentliche Subventionierung der Pläne zum Bau eines Wasserkraftwerks am Weserwehr durch die öffentliche Hand aus.

Windkraft zielgenauer fördern Die Windkraft-Förderrichtlinie des Senats lässt eine gezielte Feinsteuerung ebenso vermissen wie die Förderpolitik der rot-grünen Bundesregierung. Die FDP wird in Bremen und Bremerhaven auf eine zielgenauere Förderung von geeigneten Standorten achten. Eine Subventionierung ungeeigneter oder nur wenig geeigneter Standorte soll unterbleiben.

➔ *Strukturreformen am Arbeitsmarkt*

Die Arbeitslosigkeit ist unerträglich hoch Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist nach wie vor unerträglich hoch. Das Versprechen des Bundeskanzlers, die Arbeitslosigkeit auf 3,5 Millionen zu senken, ist längst gebrochen. In diesem Jahr sind über 4,7 Millionen Menschen arbeitslos.

Strukturelle Reformen entschlossen angehen Vereinzelte Maßnahmen allein können daran kaum etwas ändern. Es bedarf eines ganzen Bündels struktureller Reformen, um die Situation am Arbeitsmarkt deutlich und nachhaltig zu verbessern. Flexibilisierung, Liberalisierung und Deregulierung des Arbeitsmarkts dürfen nicht länger tabuisiert werden. Die Bezeichnung "Arbeitsmarkt" darf nicht länger eine Leerformel bleiben!

Mehr Markt am Arbeitsmarkt Die Idee von "Mehr Markt am Arbeitsmarkt" löst bei vielen Menschen Besorgnis aus. Es ist aber vielmehr das "weiter so!" in Deutschland, das mit fortschreitender Überreglementierung und Kartellisierung Anlass zu Angst und Sorge gibt.

Was wir brauchen sind zusätzliche Arbeitsplätze Mit effizienterer Vermittlung, so die große Verheißung im Wahlkampf, könne Arbeit für Millionen von Arbeitslosen beschafft werden. Aber das ist blanke Illusion. Zum Kernproblem – wie entstehen neue Arbeitsplätze – äußert sich der Hartz-Kommissionsbericht nicht. Für die FDP ist nicht die bessere Verwaltung der Arbeitslosigkeit vorrangig, sondern die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze.

Ein paar Konjunkturprogramme und ein paar Machtworte der Politik genügen nicht, um die Probleme in den Griff zu kriegen. Das Bedienen von allgemeinem Harmoniebedürfnis an "Runden Tischen" und "Bündnissen für Arbeit" bewirkt nicht mehr als die Verfestigung unserer Strukturprobleme.

Konjunkturprogramme sind nicht nachhaltig

Neue Arbeitsplätze in großer Zahl werden private Unternehmen und Haushalte nur schaffen können, wenn es zu einer umfassenden Reform der Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes kommt. Die strukturelle Arbeitslosigkeit und die systematische Ausgrenzung der Schwachen sind schwere Bürden, die auf unseren Schultern lasten – und sie werden von Tag zu Tag schwerer.

Rahmenbedingungen für Beschäftigung verbessern

Tarifkartelle aufbrechen

Ein Kernproblem der deutschen Arbeitsmarktpolitik ist die Art und Weise, wie Tarifautonomie bei uns praktiziert wird. Deren Grundidee, die darauf hinausläuft, staatliche Lohnsetzungen auszuschließen, ist zweifellos richtig. Praktisch gibt es aber Probleme: Mit seinen flächendeckenden und branchenweiten Abschlüssen hat das System der Tarifautonomie der großen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände einen "Arbeitsmarkt" geschaffen, der der Planwirtschaft immer ähnlicher wird.

Tarifautonomie ist zur Planwirtschaft pervertiert

Es besteht eine Ausschlussmacht innerhalb der Arbeitnehmerschaft. Ähnliches gilt auch für die Arbeitgeberseite. Die Abschlüsse werden in ihrer Großflächigkeit den vielfältigen Verhältnissen der Unternehmen nicht mehr gerecht. Ein Lohnabschluss, der in einem Großbetrieb "sozialen Frieden" schafft, treibt einen mittelständischen Betrieb in den Konkurs.

Abschlüsse werden den vielfältigen Verhältnissen nicht mehr gerecht

Die Tarifautonomie hat inzwischen ein "Tarifkartell" hervorgebracht, das zu Lasten von Dritten funktioniert. Die sich immer wiederholenden Tarifroutinen werden immer mehr zum Beschäftigungskiller. Für die Arbeitslosen sind sie dadurch längst zum Fluch geworden.

Tarifkartelle zu Lasten Dritter – der Arbeitslosen

Tatsächlich ergibt sich schon aus den ökonomischen Interessen der Beteiligten, dass in Tarifverhandlungen die Interessen derer geschützt werden, die bereits einen Arbeitsplatz haben. Ihnen liegt an Lohnerhöhungen, verstärktem Kündigungsschutz und ähnlichen Leistungen. Mit jeder dieser Maßnahmen grenzen sie andere aus.

Tarifverhandlungen nur zu Gunsten der Arbeitsplatzinhaber

Die Flächentarifverträge müssen daher strikt auf Rahmenregelungen begrenzt werden. Das Tarifkartell muss aufgebrochen werden. Die FDP will gesetzliche Öffnungsklauseln. Bei der konkreten Ausgestaltung ist aber darauf zu achten, dass die wirtschaftliche Lage des Unternehmens transparent gemacht wird, damit beide Seiten in annähernd gleichem Maße über die Situation im Betrieb informiert sind.

Flächentarifverträge auf Rahmenregelungen begrenzen

Wenn 75 Prozent der Belegschaft in freier und geheimer Abstimmung sich für Abweichungen vom Tarifvertrag entscheiden, muss das möglich werden. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den einzelnen Betrieben können die jeweilige Lage vor Ort besser einschätzen. Das Zustimmungsprivileg der Flächentarifvertragsparteien zu den einzelbetrieblichen Vereinbarungen wollen wir daher aufheben.

Einzelbetriebliche Vereinbarungen respektieren

Schluss mit der Fremdbestimmung durch Funktionäre Wir brauchen weniger Fremdbestimmung durch Funktionäre und mehr Selbstbestimmung durch Mitarbeiter und Unternehmer vor Ort. Und wir brauchen mehr Wettbewerb zwischen zentralen Vorgaben und betrieblichen Lösungen. Auf diese Weise können auf betrieblicher Ebene angemessene Lohnabschlüsse erreicht werden. Das kann auch der Flucht aus den Verbänden Einhalt bieten und nachhaltig Beschäftigung aufbauen.

Nachwirkung von Tarifverträgen zeitlich begrenzen Nicht tarifgebundene Unternehmen dürfen auf keinen Fall den Wirkungen der Flächentarifverträge unterworfen werden. Solche Unternehmen müssen bei der Lohnfindung frei sein, und sie dürfen erst recht nicht bei öffentlichen Aufträgen diskriminiert werden. Die Nachwirkung von Tarifverträgen für Unternehmen, die aus dem Arbeitgeberverband austreten, muss zukünftig begrenzt werden.

Allgemeinverbindlichkeit abschaffen Die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen ist abzuschaffen. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit gibt es kein "öffentliches Interesse" an einer Unterwerfung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht gebundener Unternehmen unter einen Tarifvertrag. Die Interessen der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sind nicht zwangsläufig öffentliche Interessen.

Arbeitsmarkt reformieren

Flexibilität des Arbeitsmarktes erhöhen Die Flexibilität des deutschen Arbeitsmarktes muss gesteigert werden. Die Regulierungen im Bereich des Kündigungsschutzes und der befristeten Beschäftigung wollen wir so verändern, dass Einstellungshemmnisse abgebaut werden. Wir wollen die Gründung von Unternehmen durch administrative Erleichterungen und den Abbau restriktiver Vorschriften fördern. Beide Elemente fördern die Beschäftigungsdynamik.

Einstellungshemmnisse abbauen Eine strikte Regulierung von Beschäftigungsverhältnissen hat ein insgesamt zurückhaltenderes Einstellungsverhalten der Arbeitgeber und die vermehrte Nutzung von Ausweichstrategien wie Überstunden oder Rationalisierung zur Folge. Die FDP wird prüfen lassen, welche Sondervorschriften Einstellungen erschweren. Dazu gehört ein umfassender Abbau der Bürokratielasten in Deutschland, z. B. auch durch "Verfallsdaten" für Gesetze.

Kündigungsschutz reformieren Wir fordern eine Reform des Kündigungsschutzes, so dass zu Neueinstellungen ermutigt wird, statt diese zu verhindern. Vor allem kleine Unternehmen scheuen vor Neueinstellungen zurück, da sie das komplizierte Kündigungsschutzrecht umgehen wollen. Der strenge Kündigungsschutz soll daher erst ab einer Betriebsgröße von 20 Mitarbeitern gelten und erst zwei Jahre nach Beginn des Arbeitsverhältnisses einsetzen. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sollen das Recht erhalten, einen verringerten Kündigungsschutz im Austausch gegen eine höhere Abfindung oder Entlohnung zu vereinbaren.

630-Euro-Jobs einführen Die rechtlichen Grundlagen für befristete Arbeitsverhältnisse wollen wir vereinfachen. Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse sollen ein steuerfreies Einkommen von bis zu 630 Euro im Monat zulassen. Die FDP tritt für die Vereinfachung des Arbeitsrechts und für die Schaffung eines vereinfachten "kleinen Beschäftigungsverhältnisses" ein.

Die Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung auf kleinere und mittlere Unternehmen, wie sie durch die rot-grüne Bundesregierung vorgenommen wurde, belastet den Mittelstand überproportional gegenüber den Großbetrieben. Sie wird gerade im dynamischen, mittelständischen Bereich Arbeitskräfte kosten. Deshalb wollen wir, dass diese Reform rückgängig gemacht wird. Zur Stärkung der Mitbestimmung sollten stattdessen die rechtlichen Bedingungen zur Vereinbarung von Haustarifen verbessert werden.

Ausweitung der Mitbestimmung auf kleinere Betriebe zurücknehmen

Es ist für jeden deprimierend, ohne Arbeit zu sein. Aber direkt nach der Ausbildung oder dem Studium ohne Job dazustehen, ist schlichtweg katastrophal. Für die FDP hat die Senkung der Jugendarbeitslosigkeit allerhöchste Priorität. Die Bremer FDP begrüßt daher Initiativen für neue Arbeitszeitformen. Älteren Arbeitnehmern soll die Möglichkeit zu einem "Herauswachsen" aus dem Arbeitsleben gegeben werden. So entstehen mehr Beschäftigungschancen für die Jüngeren.

Senkung der Jugendarbeitslosigkeit hat höchste Priorität

Berufsordnungen liberalisieren

Nicht nur das große Tarifkartell von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften ist ein Hindernis für die Liberalisierung des Arbeitsmarktes. In Deutschland wird in großen Teilen des Handwerks und des Dienstleistungssektors der Zugang zu Berufen durch Berufsordnungen rechtlich geregelt.

Berufsordnungen entrümpeln

Diese werden durch die zuständigen Berufsverbände und insbesondere -kammern in Zusammenarbeit mit dem Staat erarbeitet und erhalten somit eine quasi-gesetzliche Bindungskraft. Den durch die staatliche Gesetzgebung eingeräumten Machtspielraum können die in der berufsgenossenschaftlichen Selbstverwaltung Organisierten natürlich für eigene, protektionistische Interessen nutzen. Der ursprünglich richtige Gedanke, Regelungen lieber der Selbstverwaltung als dem Staat zu überlassen, ist teilweise pervertiert worden.

Protektion bekämpfen

Die Liberalisierung der Berufsordnungen und eine stärkere Wettbewerbsorientierung der Standesorganisationen sind zentrale Bestandteile des liberalen Arbeitsmarktkonzeptes. Es geht uns darum, die Berufsordnungen auf effiziente Weise wieder auf ihren eigentlichen Zweck, Sicherung von Qualitätsstandards bei Dienstleistungen, zurückzuführen. Dies wird vor allem im freiberuflichen Bereich viele zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen.

Sicherung der Qualitätsstandards

Langzeitarbeitslosigkeit entgegenwirken

In den letzten Jahren wurde zunehmend versucht, den Arbeitsmarkt mit politischen Tricks, z. B. durch die sogenannte "aktive" Arbeitsmarktpolitik, zu "überlisten". Mit dem Argument, auf dem Arbeitsmarkt würden andere ökonomische Gesetze gelten als anderswo, wird eine Politik begründet, die letztlich zu Lasten der Arbeitssuchenden geht.

Aktive Arbeitsmarktpolitik ist gescheitert

Die Subventionierung veralteter Industrien und die Einrichtung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) mögen für die Politik werbewirksam sein, sie sind für die Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt jedoch kontraproduktiv, da sie den Mittelstand gefährden.

ABM sind für den Mittelstand kontraproduktiv

- Ineffektive ABM-Projekte müssen auslaufen** ABM-Projekte in Bremen und Bremerhaven, die keinen wirkungsvollen Beitrag zu einer dauerhaften Senkung der Arbeitslosigkeit zu leisten vermögen, sollen daher auslaufen.
- Frühzeitig Maßnahmen gegen drohende Arbeitslosigkeit ergreifen** Durch eine bedarfsgerechte und frühzeitige Beratung, Vermittlung und Qualifizierung können Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt schneller zusammengeführt und damit die Arbeitslosigkeit verkürzt werden. Wichtig ist, dass sich Beschäftigte, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, aufgrund entsprechend gesetzter Anreize frühzeitig bei den Arbeitsämtern melden, um präventiv an Strategien zur Vermittlung in ein anderes Beschäftigungsverhältnis arbeiten zu können.
- Niedriglohnsektor bringt Geringqualifizierte in Beschäftigung** Eine Öffnung der bisher starren Löhne nach "unten" würde weniger ein Absinken des Gesamtlohniveaus bewirken als vielmehr die zusätzliche Integration von Menschen in den Arbeitsmarkt, die wegen ihrer geringen Qualifikation bisher dazu keine Chancen hatten. Eine Öffnung des Arbeitsmarktes zugunsten des Niedriglohnsektors muss daher nicht zwangsläufig schlecht sein. Im Gegenteil: Gerade für die Geringqualifizierten, die den größten Teil der Langzeitarbeitslosen ausmachen, ist der Niedriglohnsektor die einzige reale Chance, der Dauerarbeitslosigkeit zu entkommen.
- Niedriglohn bezuschussen** Die FDP wird daher Programme prüfen, die mittels Bezuschussung von Löhnen und Entgelten Arbeitslose in Bremen und Bremerhaven wieder in den ersten Arbeitsmarkt führen.
- Bürgergeldsystem einführen** Damit Sozialleistungsempfängern echte Anreize zur Annahme auch weniger gut bezahlter Arbeit gegeben werden, strebt die Bremer FDP die Einführung des Bürgergeldsystems in Bremen und Bremerhaven als moderneres und effizienteres soziales Netz an. (⇒ **Das Bürgergeldsystem**)

➔ **Mobilität statt Stillstand!**

- Offensive für Mobilität** Die FDP ist die Partei der Mobilität! Eine Gesellschaft im Aufbruch darf nicht alltäglich im Verkehrsstau stecken bleiben oder lange Warte- und Fahrtzeiten im öffentlichen Nahverkehr hinnehmen müssen. Unsere Gesellschaft braucht eine Offensive für mehr Beweglichkeit.
- Leistungsfähige Verkehrssysteme schaffen** Der Wirtschaftsstandort Bremen braucht leistungsfähige Verkehrssysteme. Wir wollen Chancengleichheit in einer mobilen Gesellschaft. Die FDP setzt deshalb auf den technologischen und marktwirtschaftlichen Wettbewerb der Verkehrssysteme und Verkehrsanbieter.
- Private Finanzierung ausbauen** Leere öffentliche Kassen machen zunehmend private Entwicklung und Finanzierung der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur erforderlich. Nur so können der Investitionsstau und die Instandhaltungsrückstände wirksam angegangen werden.

Flughäfen

- In den Ausbau der Flughäfen investieren** Wir wollen weiterhin in den Ausbau und Betrieb des Bremer Flughafens und des Regionalflughafens Luneort in Bremerhaven investieren. Wir wollen, dass beide auch für "Billigfluglinien" geöffnet werden, damit auch die Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven von diesen Angeboten profitieren können.

Schienennetz

Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass Bremen und Bremerhaven weiterhin ausreichend an das Regionalbahn-, IC- und ICE-Netz der Deutschen Bahn AG angeschlossen bleiben und die Zahl der Direktverbindungen erhöht wird. Wir unterstützen die Idee einer Transrapidstrecke von Amsterdam über Oldenburg und Bremen nach Hamburg.

Die FDP fordert ein drittes Bahngleis zwischen Bremen-Hauptbahnhof und Bremen-Burg. Ziel ist es, eine Schnellverbindung zwischen Bremen und Bremerhaven zu ermöglichen. Eine Wiederanbindung des Fischereihafens in Bremerhaven an den schienengebundenen Güterverkehr unter privater Beteiligung wird von uns unterstützt.

Soweit möglich, ist der ÖPNV im regionalen Bereich bzw. im Umland von Bremen und Bremerhaven durch private Verkehrsunternehmen – unter Beteiligung der Kommunen – zu organisieren und durchzuführen. Die Verbindung der Bremer Straßenbahn mit dem Schienennetz der Bundesbahn wird von uns unterstützt.

Transrapidstrecke von Amsterdam nach Hamburg

Schnellverbindung nach Bremerhaven schaffen

Verbindung von Straßenbahn und Schienennetz

Gewerblicher Verkehr

Der Autobahnring um Bremen muss zügig geschlossen werden. Das bedeutet, dass die A281 schleunigst zu bauen ist. Die Weserquerung soll durch ein privatwirtschaftliches Modell als Tunnel realisiert werden.

Die FDP spricht sich gegen eine dritte Querung der Lesum aus. Wir befürworten den Bau einer Straße durch das Hollerland als Erschließung für den Technologiepark Universität und als Weiterführung nach Lilienthal sowie den dreispurigen Ausbau des Verteilerkreises Freihafen. Die B74, Lebensader des Bremer Nordens, muss dringend nach Bremen-Farge verlängert werden.

Den Bereich zwischen St.-Joseph-Stift und Rembertikreisel wollen wir so ausbauen, dass Straßenbahn- und PKW-Verkehr ohne Stauungen fließen können. Dabei wollen wir jedoch die Interessen der Anwohner bewahren: Der Schwerlastverkehr muss aus diesem Straßenzug herausgehalten werden! Wir werden uns dafür einsetzen, dass mindestens ein Nachtfahrverbot für LKW eingeleitet wird.

Die Anbindung der Überseehäfen in Bremerhaven an die Autobahn muss noch vor Fertigstellung des CT IIIa verbessert werden. Dazu gehört eine kreuzungsfreie Streckenführung von der A27 zu den Überseehäfen. In diesem Zusammenhang ist die von der BIS vorgeschlagene Tunnellösung mit dem Tunneleingang Ecke Eichenweg / Lotjeweg abzulehnen. Die Realisierung dieser Lösung verschärft die Verkehrssituation, beeinträchtigt ein Neubaugebiet und zerstört gewachsene Ansiedlungen.

Für die notwendige kreuzungsfreie Anbindung des Containerterminals an die Autobahn gibt es nach unserer Auffassung drei überprüfenswerte Alternativen: Eine Tunnel-Brücken-Lösung, eine Tunnel-Tunnel-Lösung oder ein Tunnel unterhalb der Streckenführung der Cherbourger Straße.

Autobahnring schließen – A 281 fertigstellen

Keine dritte Lesumquerung

Keine LKW-Trasse durch Schwachhausen

Anbindung der Überseehäfen in Bremerhaven verbessern

Kreuzungsfreie Anbindung der Terminals an die A 27

➤ Häfen

- Hafenpolitik ist zentraler Teil der Landespolitik** Hafenpolitik ist ein zentrales Anliegen bremischer Landesinteressen. Die bremischen Häfen mit ihren Hafengruppen in Bremen und Bremerhaven bilden eine sich ergänzende Einheit, die eine besondere Standort- und Wettbewerbsqualität im europäischen Städtewettbewerb ausmacht. Vor dem Hintergrund eines verschärften Wettbewerbs zwischen den Hafenstandorten an der deutschen Nordseeküste bedarf es jedoch einer grundlegenden und vor allem zukunftsorientierten Neustrukturierung.
- Einheitliche Hafenpolitik – Landeshafen schaffen** Zur Schaffung von einheitlichen Handlungsstrukturen ist entsprechend der Bedeutung der Häfen und der Hafengewirtschaft eine einheitliche Hafenpolitik für alle Häfen des Landes erforderlich. Die FDP fordert die Integration der Hafengruppen in Bremen und Bremerhaven unter dem Dach eines Landeshafens. Die bislang bestehende hoheitliche Zuordnung der Häfen zur Stadt Bremen soll endlich beendet werden.
- Gebietshoheit an Bremerhaven übertragen** Die FDP will die Hoheit über die entsprechenden Gebiete Bremerhaven übertragen und die nicht wasserseitigen Hafenflächen als Gewerbeflächen von der zuständigen Wirtschaftsförderung vermarkten lassen. Die Bremen Ports Management soll dann als Landesgesellschaft unter privater Beteiligung von Bremerhaven aus operieren.
- Fischereihafenbetriebsgesellschaft auflösen** Wir wollen die Fischereihafenbetriebsgesellschaft (FBG) auflösen. Die Finanzierung der erforderlichen Hafeninvestitionen soll durch Mobilisierung des Fiskalvermögens der Hafenflächen, Aktivierung der Sondervermögen für die Hafeninfrastruktur, sowie durch private Beteiligung erfolgen.
- Terminals in Bremerhaven vorrangig ausbauen** Der Ausbau der Terminals in Bremerhaven hat für die FDP absoluten Vorrang und darf nicht verzögert werden. Der gemeinsame Tiefwasserhafen mit Niedersachsen in Wilhelmshaven (Jade-Weser-Port) ist eine Option, um gerüstet zu sein für die zukünftige Entwicklung in der Containerschiffen.
- CT IV darf nicht gefährdet werden** Investitionen in Wilhelmshaven dürfen jedoch nicht auf Kosten des Ausbaus der Containerterminals in Bremerhaven gehen. Im Zuge der Errichtung des CT IV ist der Lärmschutz für den Ortsteil Weddewarden sicherzustellen. Die Außenweser muss auf das erforderliche Maß vertieft werden.
- Loco-Quote erhöhen – Arbeitsplätze sichern** Die FDP wird ihr Bemühen darauf richten, die Loco-Quote in den Häfen wesentlich zu erhöhen. Dies schafft und sichert Arbeitsplätze und trägt dazu bei, den Hafenstandort Bremen und Bremerhaven langfristig zu erhalten.

Soziales – Reformen für Gerechtigkeit

Politik für mehr Verantwortung

Die anderen Parteien missverstehen den Staat und die Politik als den Vormund der Bürgerinnen und Bürger. Wir Liberale begreifen Politik und Staat als den Wächter über die Fairness im Zusammenleben mündiger Bürgerinnen und Bürger. Die anderen ruinieren den Staat, indem sie dafür sorgen, dass er sich in immer mehr einmischt und immer weniger beherrscht. Wir setzen auf die verantwortlich denkenden Menschen.

Der Vorteil der sozialen Marktwirtschaft ist nicht nur ihre hohe ökonomische Leistungsfähigkeit, die Arbeitsplätze schafft und so die Menschen in die Lage versetzt, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Zur sozialen Marktwirtschaft gehört auch die aktive soziale Verantwortung des Staates und der Gesellschaft für Menschen in Not.

Dieses Sozialsystem der kollektiven Verantwortung ist subsidiär angelegt, d. h. staatliche Hilfe erfolgt immer dann, wenn der Einzelne nicht in der Lage ist, für die Absicherung der großen Lebensrisiken, Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter, aus eigener Kraft Vorsorge zu treffen.

In Deutschland allerdings haben sich die Sozialsysteme verselbstständigt. Eigenverantwortung wurde zunehmend zurückgedrängt. Gestaltungsspielräume wurden beschnitten, der Anreiz zu verantwortungsbewusstem Verhalten gemindert und der Ansporn zur Arbeitsaufnahme vor allem in den Bereichen der unteren Lohngruppen ausgehebelt.

Aufgrund der Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt sowie der demographischen Entwicklung müssen die Systeme der sozialen Sicherung den veränderten Gegebenheiten angepasst werden. Um Generationengerechtigkeit wiederherzustellen, sind dringend Reformen der Sozialversicherung erforderlich. Dies gilt auch für die Sicherungssysteme der Beamten und Politiker. Unser Ziel ist es, unsere sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest zu machen und durch Transparenz und Vereinfachung für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.

Liberaler Gesellschaftspolitik setzt sich zum Ziel, den Bürgern möglichst umfassende Chancen zur Gestaltung ihres Lebens zu eröffnen. Im Mittelpunkt steht dabei die Politik für Familien und andere Lebensgemeinschaften, in denen Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen.

Ohne Kinder hat unsere Gesellschaft keine Zukunft. Die Entscheidung für Kinder setzt allerdings voraus, dass der Staat kinder- und familienfreundliche Rahmenbedingungen schafft. Eine quantitativ und qualitativ verbesserte Kinderbetreuung ist der Schlüssel für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es muss ein breiteres, flexibleres und somit bedarfsgerechteres Angebot an Kinderbetreuungsplätzen, insbesondere für die unter Dreijährigen, geschaffen werden.

Staat ist das Zusammenleben mündiger Bürger

Kollektive Verantwortung für Menschen in Not

Die Gemeinschaft hilft dem Schwachen

Verantwortungsbewusstes Verhalten belohnen

Sozialsysteme durch Reformen zukunftsfest machen

Umfassende Chancen zur Lebensgestaltung eröffnen

Ohne Kinder hat unsere Gesellschaft keine Zukunft

➔ **Das Bürgergeldsystem**

- Zusammenfassung aller Sozialleistungen zum Bürgergeld** Mit der Einführung des Bürgergeldsystems wollen wir unser Sozialsystem sowohl gerechter als auch wesentlich unbürokratischer gestalten. Derzeit gibt es 155 Sozialleistungen, die bei 38 Stellen beantragt werden können. Dies führte bislang dazu, dass Sozialleistungsbedürftige bei vielen verschiedenen Stellen auf vielen verschiedenen Formularen ihre Anträge einreichen müssen. Die Folge ist, dass zahlreiche Bedürftige den Überblick verlieren und auf Leistungen verzichten.
- Individuelle Lebensumstände werden beachtet** Das Bürgergeldsystem billigt jedem Bürger einen individuell berechneten Geldbetrag zu, auf den er zum Bestreiten seines Lebensunterhaltes Anspruch hat und der sich nach seinen individuellen Lebensumständen richtet. Das Bürgergeld fasst somit alle staatlichen Sozialleistungen zu einem Universaltransfer zusammen. Das macht die Umverteilung transparent, erleichtert zielgenaue finanzielle Hilfe und lässt die Sozialversicherungen berechenbarer werden.
- Das Finanzamt zieht die Steuern ein ... oder zahlt das Bürgergeld aus** Vereinfacht gesagt, funktioniert das System so: Die einzige Verrechnungsstelle für staatliche Leistungen und Steueransprüche wird das Finanzamt. Bei ihm gibt jeder Bürger eine Steuererklärung ab – mit den Angaben über seine persönlichen Lebensumstände. Für diese individuellen Lebensumstände wird ein individuelles Bedarfseinkommen berechnet. Dieser Bedarf berechnet sich aus dem Existenzminimum und den entsprechenden bisherigen Sozialleistungen (z. B. Sozialhilfe, Wohngeld). Liegt das Einkommen des Bürgers über diesem Bedarf, zahlt er Steuern, liegt es unter dem Bedarf, bekommt er einen Zuschuss vom Staat: das Bürgergeld.
- Anspruch berechnet sich aus der Steuererklärung** Viele Menschen schämen sich ihrer Armut und scheuen den Gang zum Sozialamt. Der Bürgergeld-Betrag berechnet sich aus der Steuererklärung und wird ohne weiteren Antrag bewilligt. Niemand muss sich dann mehr menschenunwürdig vor einem Beamten demütigen.
- Arbeits- und Sozialämter werden entlastet** Das Bürgergeld-System ersetzt das unkoordinierte und komplizierte sozialpolitische Flickwerk durch ein ordnungspolitisches Gesamtkonzept. Dadurch, insbesondere durch die "Finanzamtslösung", lässt sich viel Verwaltungsaufwand und damit Geld sparen. Die Arbeits- und Sozialämter werden entlastet und können sich wirksamer auf ihre eigentliche Aufgabe, die Vermittlung von Arbeitssuchenden konzentrieren.
- Wer arbeitet, hat mehr** Damit sich für die Leistungsempfänger auch die Annahme einer weniger gut bezahlten Arbeit lohnt, werden hieraus bezogene Einkommen nur zur Hälfte angerechnet, so dass ein arbeitender Bürgergeld-Empfänger finanziell besser gestellt ist, als ein Nichtberufstätiger. Darin unterscheidet sich das Bürgergeld grundlegend von der Sozialhilfe.
- Unkompliziert und nachvollziehbar** Jeder Bürger weiß im Bürgergeldsystem genau, was er an den Staat zahlt und was er von ihm bekommt. Die Verschleierungstaktik vieler Politiker, dem Bürger das Geld zu geben, das er ihm an anderer Stelle aus den Taschen zieht, funktioniert dann nicht mehr.
- Darum: Bürgergeldsystem in Bremen einführen** Die FDP in Bremen und Bremerhaven fordert deshalb, dass das Bürgergeldsystem im Lande Bremen als Pilotprojekt für eine bundesweite Reform eingeführt wird.

➔ **Arbeitslosigkeit nicht nur verwalten**

Arbeitslosigkeit ist zum größten wirtschaftlichen und sozialen Problem unserer Gesellschaft geworden. Für die Betroffenen ist die eigene Arbeitslosigkeit mit großen finanziellen und psychischen Belastungen verbunden. Vorrangige Aufgabe staatlicher Arbeitsmarktpolitik muss daher die Wiedereingliederung, insbesondere der Langzeitarbeitslosen, in den ersten Arbeitsmarkt sein.

Kommunale Arbeitsmarktpolitik darf nicht länger zu einem "zweiten" Arbeitsmarkt führen, der, vom Staat subventioniert, in einen Wettbewerb mit den mittelständischen Unternehmen tritt. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), die sich nicht bewähren, müssen auslaufen. Wir werden verstärkt Unternehmen fördern, die schwervermittelbare Arbeitsuchende und Sozialhilfebedürftige beschäftigen.

Arbeitsmarktpolitik muss immer auch "Hilfe zur Selbsthilfe" sein. Initiativen, die selbstorganisiert Qualifizierung und Vermittlung wahrnehmen, werden wir unterstützen.

Dem Anspruch auf staatliche Hilfe steht aber die Pflicht des Einzelnen gegenüber, gemäß seinem Leistungsvermögen aktiv zu werden. Wir wollen Sozialhilfeempfänger zu Arbeitsleistungen in gemeinnützigen Einrichtungen wie Schulen, Bibliotheken und Krankenhäusern heranziehen.

Die vorhandenen Vorgaben nach dem Bundessozialhilfegesetz, wie die Kürzung der Leistung bei Ablehnung einer zumutbaren Arbeit, werden wir konsequent anwenden.

Auch Langzeitarbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt zurückführen

Die Beschäftigung von 'Schwervermittelbaren' fördern

Hilfe zur Selbsthilfe geben

Leistungsempfänger zu gemeinnütziger Arbeit heranziehen

Kürzung der Leistung bei Ablehnung zumutbarer Arbeit

➔ **Liberaler Gesellschaftspolitik**

Für ein familienfreundliches Bremen

Familien sind die Grundlage unserer Gesellschaft. Pluralisierung, Individualisierung und neue Lebensentwürfe von Frauen und Männern haben in unserer Gesellschaft zu vielfältigen familiären Lebensformen und Lebensstilen geführt. Für uns ist Familie das Zusammenleben mit Kindern: Familie ist dort, wo Kinder sind. Eben diese Familien bedürfen unserer besonderen Förderung.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern in Gesellschaft, Beruf und Familie ist die Grundlage einer modernen Familienpolitik. Haus- und Familienarbeit gebührt die gleiche gesellschaftliche Anerkennung wie der Erwerbsarbeit.

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, fordert die FDP flexiblere Arbeitszeiten, den Ausbau von Job-Sharing und Telearbeit, sowie mehr Teilzeitarbeitsplätze auch im Management und in Führungspositionen.

Eine höhere Flexibilität des Arbeitsmarktes würde es den Eltern ermöglichen, entsprechend ihrer jeweiligen Lebenssituation Voll- oder Teilzeit zu arbeiten oder auch temporär ganz aus der Arbeitswelt auszusteigen.

Der Bevölkerungsrückgang im Lande Bremen erfordert unkonventionelle Maßnahmen in der Familienpolitik. Es muss das Ziel sein, gezielt junge Familien in Bremen und Bremerhaven zu halten.

Familie ist dort, wo Kinder sind!

Familienarbeit stärker anerkennen

Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Flexiblere Arbeitsbedingungen schaffen

Junge Familien direkt unterstützen

- Bremischen Familienpass ausbauen** Die FDP befürwortet deshalb direkte, praktische Hilfen für Erziehende. Wir fordern die Ausgabe eines bremischen Familienpasses, der Ermäßigungen bei den städtischen Einrichtungen, wie Schwimmbädern und Museen, aber insbesondere beim ÖPNV mit sich bringt, sowie die Ausgabe eines Kinder-Parkscheines.
- Kostenlose Kinderbetreuung in den Innenstädten** In den Innenstädten soll, wie bei den großen Einkaufszentren am Stadtrand, eine kostenlose Kinderbetreuung während des Einkaufens angeboten werden. Generell wollen wir in allen Stadtteilen mehr Spielplätze einrichten.
- Wohnungsbauförderung gezielt für Familien** Bei Behördengängen sollen Eltern mit Kindern zukünftig bevorzugt behandelt werden. Durch eine gezielte Wohnungsbauförderung für Familien und die Einführung eines Landeserziehungsgeldes sollen Eltern und Alleinerziehenden finanzielle Anreize zum Verbleib in Bremen und Bremerhaven gegeben werden.

Kinderbetreuung ausbauen

- Betreuungsangebot für Kinder jeden Alters** Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eines der wichtigsten Ziele liberaler Familienpolitik. Durch eine ausreichende Zahl an Betreuungsangeboten für Kinder jeden Alters wollen wir dafür Voraussetzungen schaffen.
- Angebote bedarfsgerecht gestalten** Bei EU-weiten Studien hat sich gezeigt, dass ein besseres Angebot an ganztägiger und flächendeckender Betreuung von Kindern auch eine höhere Geburtenrate mit sich bringt. Die FDP fordert daher in Bremen und Bremerhaven ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Angebot an Kindertagesstätten und Kindergärten.
- Kinderkrippenplätze ausbauen** Um Alleinerziehenden die Chance zum Ausstieg aus der Sozialhilfe zu geben, müssen die Betreuungsangebote insbesondere für Kinder im Krippenalter ausgeweitet werden.
- Flexiblere Betreuungszeiten schaffen** Die bisherige Angebotsplanung an den Kindergärten richtet sich jedoch nur selten nach den Arbeitszeiten der Eltern. Deshalb fordern wir die Flexibilisierung der Betreuungs- und Unterrichtszeiten. Der Rechtsanspruch auf Kindergartenbetreuung muss dringend zeitlich ausgeweitet werden.
- Betreuungsangebot zeitlich ausweiten** Insbesondere wollen wir durch stadtteilbezogene Kooperationen das Betreuungsangebot auch auf den Samstag und in der Woche bis 20.30 Uhr ausdehnen.
- KiTa-Card einführen** Die Liberalen setzen sich für die Einführung der KiTa-Card ein, die die freie Wahl zwischen den unterschiedlichen Betreuungsangeboten – auch denen der freien Träger – ermöglicht.
- Verlässliche Betreuung sicherstellen** Vor allem brauchen Eltern aber mehr Verlässlichkeit in der Kinderbetreuung. Gerade berufstätige Erziehende brauchen Planungssicherheit. Die FDP wird sich entschieden dafür einsetzen, dass zusätzliche Schließzeiten und "Notdienste" an den Kindergärten zukünftig vermieden werden.
- Ausbildung der Erzieher angemessen gestalten** Dafür muss auch die Personalausstattung der Kindergärten verbessert werden, z. B. durch Einführung einer Zweitkraft bei der Gruppenbetreuung nach niedersächsischem Vorbild. Die Betreuungsteams sollten gemischtgeschlechtlich sein. Ausbildung und Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher müssen den Aufgaben entsprechend gestaltet werden.

Lebenspartnerschaften

Neben Ehe und Familie haben sich vielfältige Verantwortungsgemeinschaften gebildet, in denen Menschen mit und ohne Kinder nach ihren individuellen Wünschen zusammenleben. Die Liberalen achten alle Lebensgemeinschaften, in denen Menschen Verantwortung füreinander übernehmen und begrüßen daher die Möglichkeit für gleichgeschlechtliche Paare, ihre Partnerschaft rechtlich abzusichern. Die FDP setzt sich dafür ein, dass die noch heute in vielen Rechtsbereichen bestehenden Diskriminierungen nichtehelicher Partnerschaften beseitigt werden.

Gleichberechtigung für alle nichtehelichen Partnerschaften

Gleichberechtigung von Frau und Mann

Obwohl die Gleichberechtigung von Frauen und Männern verfassungsrechtlich verankert ist, werden Frauen heute noch in vielen Bereichen der Gesellschaft benachteiligt. Wir wollen diese Benachteiligungen abbauen und eine gleichberechtigte Lebensführung fördern. Um dem tradierten Rollenverständnis und Klischees entgegen zu wirken, müssen Lehrpläne und Schulbücher überarbeitet werden.

Alte Rollenklischees aufbrechen

Durch den Abbau von vorhandenen rechtlichen und bürokratischen Hemmnissen soll die Bereitschaft erhöht werden, auch in bislang "männerspezifischen" Branchen und Berufen vermehrt Frauen einzustellen.

Beschäftigungsbarrieren für Frauen abbauen

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit sind immer noch keine Selbstverständlichkeit. Die FDP fordert daher die Umsetzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes in allen Bereichen des Tarifwesens.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Für inhaftierte Frauen stehen – anders als für die männlichen Strafgefangenen – keine Arbeits- und Ausbildungsplätze zur Verfügung. Die FDP fordert eine ausreichende Anzahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für inhaftierte Frauen.

Inhaftierten Frauen Chancen geben

Recht auf anonyme Geburt

Die FDP begrüßt die Einrichtung der sogenannten "Baby-Klappen" im Lande Bremen, setzt sich aber für das wesentlich weitergehende Recht auf eine anonyme Geburt ein und fordert, auch im Lande Bremen Einrichtungen zu schaffen, die eine anonyme Geburt ermöglichen. Durch gezielte Kampagnen soll auch auf diese Möglichkeit hingewiesen werden.

Recht auf anonyme Geburt verwirklichen

Die anonyme Geburt macht es Frauen möglich, in einer Klinik zu gebären, ohne dabei persönliche Angaben machen zu müssen. Die bisherigen Regelungen zwingen Frauen in Not, auf eine medizinische Betreuung der Geburt zu verzichten, und setzen somit Mutter und Kind einer erheblichen Gefährdung aus.

Medizinische Betreuung auch für Frauen in Not

Bei aller positiven Einstellung zum Kind wird es immer auch Konflikte bei Schwangerschaften geben. Die Entscheidung, ob eine Schwangerschaft in den ersten drei Monaten abgebrochen werden soll, muss von der Frau selbstständig getroffen werden. Weder Staat noch Kirche dürfen sich anmaßen, in einem solchen Fall die letzte Entscheidung zu treffen.

Schwangerschaftsabbruch ist Frauensache

Jugendlichen Chancen geben

- Anlaufstellen für Jugendliche erhalten** Jugendliche brauchen Anlaufpunkte für Beratung und Unterstützung, wenn Probleme in Schule und Familie, in der Beziehung oder am Arbeitsplatz auftreten. Feste Bezugspersonen in der Jugendhilfe leisten dabei auch einen Beitrag zur Kriminalitätsprävention.
- Jugendorientierte Angebote schaffen** Die Öffnungszeiten und Angebote der Jugendhilfe-Einrichtungen wollen wir deshalb verstärkt an die Interessen der Jugendlichen anpassen, z. B. durch zusätzliche Öffnungszeiten in den Ferien, abends und am Wochenende.
- Geschlechtsspezifische Angebote fördern** Jugendliche benötigen Freiraum für Eigeninitiative, Kreativität und Verantwortungsbewusstsein. Die FDP fordert, geschlechtsspezifische Angebote in der Jugendarbeit und Jugendhilfe intensiv zu fördern.
- Rechtsradikalismus aktiv entgegenwirken** Jugendarbeit soll durch ihre Freizeitangebote auch zur sozialen Integration beitragen, indem sie versucht, Ausländerfeindlichkeit abzubauen, und sich dem wiederaufkeimenden Neonazismus entgegenstellt. Die Zusammenarbeit von Jugendarbeit, Polizei und Schulen muss weiter ausgebaut werden.
- Kriminalität unter Kindern und Jugendlichen nicht länger ignorieren** In den vergangenen Jahren kam es unter Kindern und Jugendlichen verstärkt zu Diebstählen und Überfällen, die aus Angst vor weiteren Repressalien oftmals nicht zur Anzeige gebracht wurden. Zivilcourage wird zu oft als lästige Eigenschaft angesehen, wenn es gilt, gegen das falsche Verhalten von Jugendlichen Position zu beziehen.
- Lehrern den Rücken stärken** Die Liberalen fordern, dass den Lehrerinnen und Lehrern für den Fall, dass sie kriminelle Handlungen unter Schülern vermuten oder feststellen, klare Handlungsanweisungen gegeben werden, und dass eine deutliche, rasche und nachhaltige Unterstützung für den couragierten Einsatz eines Lehrers von der Behörde nicht nur versprochen, sondern auch geleistet wird.
- Präventiv-Maßnahmen in den Schulen ausbauen** Zudem ist es wichtig, Personal, Zeit und die notwendigen Mittel für Aufklärung im Unterricht bereitzustellen. Die Schüler sollen lernen, die Probleme kriminellen Handelns zu begreifen, zu diskutieren und möglichst selbst Abhilfe zu schaffen.
- Jugendarbeitslosigkeit verhindern** Eines der wesentlichen jugendpolitischen Ziele der FDP ist das Verhindern von Jugendarbeitslosigkeit. Der Start in ein geordnetes Berufsleben bleibt vielen Jugendlichen zunächst im ersten Anlauf verwehrt. Neben dem Ausbildungsplatzmangel sind für diese Fehlentwicklung auch die Vorstellungen der Jugendlichen verantwortlich. In vielen Fällen sind bei Schülern nur rudimentäre Kenntnisse über die Berufswelt vorhanden.
- Berufspraktika während der Schulzeit ausbauen** Die Liberalen fordern deshalb, verstärkt Berufspraktika für Schüler einzurichten und durchzuführen. Zudem soll im Schulunterricht auf die Bedeutung von Praktika aufmerksam gemacht werden, durch die sich die Chancen auf einen Ausbildungsplatz erhöhen. Lehrer sollen interessierten Schülern in den Schulferien Praktikumsplätze vermitteln.
- Betriebe sollen sich für Berufspraktika öffnen** Um gerade kleinen Betrieben das Ausstellen von Praktikumsbeurteilungen zu erleichtern, sollen hierfür Formblätter geschaffen werden, die die Schüler von der Schule erhalten. Mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe müssen sich für Berufspraktika mehr öffnen und weitere Ausbildungsplätze anbieten.

In einigen Stadtteilen von Bremen und Bremerhaven gibt es einen hohen Anteil an ausländischen Familien. Teilweise überwiegen in den Grundschulklassen die ausländischen Kinder. Eine der wichtigsten Aufgaben in der Jugendpolitik ist die Integration dieser ausländischen Kinder und Jugendlichen.

Ausländische Schüler stärker integrieren

Diese Integration kann nur erfolgreich sein, wenn ausreichend Kenntnisse der deutschen Sprache vorhanden sind. Ähnliche Probleme bestehen bei zugewanderten Jugendlichen, die eine Ausbildung beginnen. Die FDP hält es daher für unabdingbar, Kindern und Jugendlichen ohne ausreichende Deutschkenntnisse während ihres Schulbesuches zusätzlich obligatorische Deutschkurse anzubieten.

Obligatorische Deutschkurse für Jugendliche ohne ausreichende Sprachkenntnisse

Integration von Zuwanderern fördern

Liberalen stehen, innerhalb eines gemeinsamen Rahmens von Normen und Werten, für die Vielfalt der Lebensentwürfe und für das Miteinander der Kulturen und Religionen in unserem Land. Die Liberalen wollen Zuwanderer und ausländische Mitbürger bei der Integration in die deutsche Gesellschaft unterstützen und fördern.

Integration unterstützen und fördern

Wer als Zuwanderer in unser Land kommt, muss um die Perspektiven wissen, die ihn hier bis zu einer möglichen Einbürgerung erwarten. Damit das Ziel einer gleichberechtigten Teilnahme am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben erreicht werden kann, muss der Staat verbindliche Rahmenbedingungen schaffen.

Perspektiven bis hin zur Einbürgerung bieten

Durch ein verbessertes Integrationskonzept soll die Konzentration von Zuwanderern in einzelnen Stadtteilen vermieden werden. Integration ist dabei ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, an dem sich Politik, Wirtschaft, Medien, Vereine und Verbände beteiligen müssen. Für eine erfolgreiche Integration sind dabei effiziente arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Maßnahmen ebenso wichtig und wirkungsvoll wie bildungspolitische Initiativen. Dabei ist auf eine konsequente Antidiskriminierungspolitik zu achten.

Konsequente Antidiskriminierungspolitik verfolgen

Konflikte bei den Integrationsbemühungen sind oft sprachlich bedingt. Es ist deshalb dringend erforderlich, verstärkt das Erlernen der deutschen Sprache zu fordern und zu fördern. Neben einem verstärkten Angebot für Jugendliche im Bereich der Schulen sind auch die erwachsenen zugewanderten oder ausländischen Mitbürger in diesem Sinne anzusprechen und anzuhalten.

Spracherwerb fordern und fördern

Die FDP setzt sich dafür ein, dass das bürokratische Erfordernis der Arbeitserlaubnis abgeschafft wird. Diejenigen, die sich auf rechtlich-abgesicherter Grundlage in Deutschland aufhalten, müssen das Recht haben, ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft zu bestreiten. Dieses Recht zählt zu den Grundlagen menschenwürdigen Lebens und individueller Freiheit.

Wer hier leben darf, muss auch arbeiten dürfen

Wir wollen die freiwillige Rückkehr von Ausländern ohne Bleiberecht stärker fördern. Ausländer ohne Bleiberecht, die ihre Identität verschleiern oder kriminell auffällig wurden, müssen unverzüglich abgeschoben werden können. Illegale Zuwanderung, insbesondere durch Menschenhandel und Schlepperorganisationen, gilt es entschieden zu bekämpfen.

Illegale Zuwanderung und Menschenhandel bekämpfen

Im Alter aktiv und selbstbestimmt leben

- Unsere Gesellschaft wird immer "älter"** Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wächst stetig an. Diese Entwicklung begreift die FDP als Ansporn für eine neue Seniorenpolitik. Unsere Gesellschaft hat nicht nur die Pflicht, gerade diesen Bürgern, die mit ihrer Lebensleistung unser Land aufgebaut haben, ein Alter in Würde zu ermöglichen – sie hat auch großes eigenes Interesse daran, die Erfahrung und das Engagement der älteren Menschen zu nutzen.
- Politik für aber auch mit Senioren** Der "dritte Lebensabschnitt" setzt sich aus Menschen mit völlig unterschiedlicher Mentalität, Gesundheit und Leistungsfähigkeit zusammen. Seniorenpolitik muss sich deshalb an mehreren Ansatzpunkten orientieren. Sie muss Impulse geben für diejenigen, die durch den Ruhestand freie Kapazitäten gewonnen haben und ihr Leben aktiv gestalten wollen, und denjenigen konkrete Hilfe leisten, die ihr Leben nicht mehr oder nur noch eingeschränkt aus eigener Kraft bewältigen können.
- Aktive Ältere einbinden** Für die aktiven Älteren gilt es, neue Felder zu erschließen, in denen sie ihre Kraft, Kompetenz und ihre Lebenserfahrung im Interesse der Gesellschaft einsetzen können, z. B. durch den Besuch von alleinstehenden alten Menschen oder als Ersatzgroßeltern für Kinder Alleinerziehender.
- Senioren-Förderprogramm weiterentwickeln** Die bestehenden Seniorenvertretungen wollen wir stärker bei der Beratung sozialer Problemstellungen einbinden. Weiterbildungsmöglichkeiten für Senioren bei staatlichen und privaten Institutionen werden wir hinsichtlich ihrer Eignung überprüfen. Gleichzeitig bedarf es der Fortentwicklung des Senioren-Förderprogramms im Lande Bremen.
- Plätze für alle Pflegestufen in Seniorenresidenzen** Die FDP unterstützt die Einrichtung von Seniorenresidenzen, die es älteren Menschen ermöglichen, in einem gewohnten Umfeld so lange wie möglich eigenständig und betreut zu wohnen. Diese Einrichtungen sollten auch ausreichend Bereiche für die Aufnahme von Pflegefällen aus allen Pflegestufen bereitstellen. Sämtliche Einrichtungen der Senioren-Pflege sind dabei mindestens einmal jährlich auf die Einhaltung der hygienischen und baulichen Standards unter besonderer Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten zu überprüfen.
- Wohngemeinschaften auf selbstverantwortlicher Basis unterstützen** Die FDP wird sich für Wohngemeinschaften von Senioren und Pflegebedürftigen besonders einsetzen, die sich auf eigenverantwortlicher Basis organisieren. Hier sollten das Land sowie gemeinnützige Stiftungen entsprechende Modellprojekte fördern und initiieren.
- Qualitätsstandards für Pflegschaftsbeauftragte** Für Pflegschaftsbeauftragte wollen wir einen Qualitätsstandard hinsichtlich ihrer Aus- und Fortbildung entwickeln. Wir werden überprüfen, in wie weit die fachliche Aufsicht verstärkt werden muss. Der Beruf des Altenpflegers bzw. der Altenpflegerin ist neu zu bewerten und aufzuwerten; dies sollte mit erhöhten Qualifizierungsanstrengungen einhergehen.
- Strukturreform des Betreuungswesen** Die FDP fordert eine Strukturreform im Betreuungswesen. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass in Bremen Konflikte bei der Betreuung von älteren Menschen aufgetreten sind. Die gesetzgeberische Intention, Betreuungen, anders als die früheren Vormundschaften, nur für einen begrenzten Zeitraum bestehen zu lassen, hat sich wenig bewährt.

Die FDP fordert daher die Bildung eines Ausschusses für Betreuungswesen in Bremen und Bremerhaven nach dem Vorbild anderer Bundesländer. Zukünftig soll nur im Ausnahmefall die finanzielle und die gesundheitliche Betreuung in einer Hand belassen werden. Eine unabhängige Prüfung der finanziellen Betreuung soll durch geeignete Prüfungsinstitute vom Vormundschaftsgericht angeordnet oder durch den Betreuungsausschuss veranlasst werden können.

Finanzielle und gesundheitliche Betreuung nur als Ausnahme in einer Hand belassen

Wir fordern eine gesetzliche Initiative, um schnellstmöglich Prüfungen nach dem Berufsvormündervergütungsgesetz für Berufsbetreuer und –betreuerinnen zu ermöglichen. Damit würde die Voraussetzung für einen einheitlichen Ausbildungsstandard für Berufsbetreuer geschaffen. Die Anzahl der Betreuungsfälle pro Berufsbetreuer ist zu begrenzen.

Ausbildungsstandard für Berufsbetreuer schaffen

Keine Gewalt in der Familie dulden

Gewaltanwendung in Familien, insbesondere gegen Kinder, ist ein alle Bevölkerungsgruppen betreffendes Vergehen, dem rigoros entgegengetreten werden muss. Der Staat muss dafür Sorge tragen, dass Kinder und Jugendliche vor körperlicher, seelischer und sexueller Gewalt geschützt werden. Aber auch Erwachsene werden in Partnerschaften oftmals Opfer von Gewalt durch den Lebensgefährten.

Kinder vor körperlicher, seelischer und sexueller Gewalt schützen

Das funktionierende Notruf- und Beratungsangebot sowie die therapeutisch begleiteten Unterbringungsmöglichkeiten für Betroffene müssen erhalten und ausgebaut werden. Die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere bei häuslicher Beziehungsgewalt sind konsequent anzuwenden.

Notruf- und Beratungsangebot erhalten

Auch in der häuslichen Pflege kommt es wiederholt zur Ausübung körperlicher und seelischer Gewalt. Die FDP wird sich deshalb dafür einsetzen, dass für die Beteiligten Aufklärungsaktionen stattfinden, dass Information und Schulungsmaßnahmen angeboten werden, und dass in der Ausbildung von Betreuern und Altenpflegern dieses Thema besondere Aufmerksamkeit erhält.

Aufklärung über Gewalt in der häuslichen Pflege

Menschen mit Behinderungen fördern

Ziel unserer Politik im Umgang mit behinderten Menschen ist die weitestgehende Integration in die Gesellschaft. Das gilt gerade für den Besuch von Kindergärten, Schulen und Einrichtungen der beruflichen Bildung. Diese Integration muss mit einer Förderung verbunden werden: Behinderten Menschen muss die Chance gegeben werden, ihre Talente frei zu entfalten. Sie sollen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Behinderte Menschen einbinden und fördern

Behindertenpolitik darf vom Staat nicht nur für behinderte Menschen, sie muss mit behinderten Menschen gemacht und wesentlich durch sie selbst und ihre Interessenverbände mit gestaltet werden.

Nicht über die Köpfe hinweg entscheiden

Der Staat muss bei der Integration von Menschen mit Behinderungen eine Vorbildfunktion übernehmen. Dies gilt für die Integration in Kindergärten und Schulen genauso wie für die Einbindung in den Arbeitsmarkt.

Integration in Kindergärten und Schulen ausbauen

- Leben im gewohnten Umfeld ermöglichen** Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder mit einer Behinderung in ihrer eigenen Familie aufwachsen und erwachsene Menschen mit einer Behinderung in ihrem gewohnten Lebensumfeld bleiben können.
- Pflegende Familien unterstützen** Familien, die die schwere Aufgabe der Pflege und Betreuung leisten, brauchen Hilfe und Entlastung. Für behinderte Menschen, die nicht in der Familie leben können, müssen ausreichend Plätze, z. B. in Wohngruppen geschaffen werden.
- Beschäftigungsgesellschaften aufrechterhalten** Die Liberalen wollen behinderte Menschen soweit wie möglich bei der Integration in den Arbeitsmarkt unterstützen. Die FDP fordert die Aufrechterhaltung spezieller Behindertenbeschäftigungsgesellschaften, die diese Integration erleichtern. Öffentliche Arbeitgeber müssen bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung eine Vorbildfunktion übernehmen.
- Öffentlichen Raum barrierefrei gestalten** Zur Steigerung der Lebensqualität für behinderte Menschen fordern die Liberalen die Aufrechterhaltung betreuter Wohnformen, die besondere Beachtung der Bedürfnisse von behinderten Menschen bei der Gestaltung des öffentlichen Raums, die Verbesserung der Sportmöglichkeiten und den Ausbau eines behindertengerechten Tourismusangebotes. Dabei ist schon in der Planungsphase der kompetente Rat von Selbsthilfeverbänden einzubeziehen.
- Überprüfung der Einstufungspraxis** Um zielgenau unterstützen und fördern zu können, fordert die FDP eine Überprüfung der Einstufungspraxis, um Hilfen auf die wirklich Bedürftigen konzentrieren zu können.

Ehrenamtliches Engagement würdigen

- Ehrenamtliches Engagement fördern** Bürgerschaftliches Engagement ist ein wichtiges Element einer freiheitlichen Gesellschaft. Neben die passive Konsumkultur muss eine aktive Gemeinschaftskultur treten. Die Liberalen treten daher für die Stärkung selbstbestimmten und selbstverantwortlichen ehrenamtlichen Engagements ein.
- Unsere Gesellschaft braucht das Ehrenamt** Eine Demokratie lebt auch von ehrenamtlichen Tätigkeiten in den verschiedensten Funktionen, insbesondere in Vereinen. Demokratisches Verhalten, Toleranz und Zivilcourage werden durch das zivilgesellschaftliche Engagement der Bürger gestärkt. Besondere Aufmerksamkeit und Anerkennung verdienen die Leistungen der Mitglieder von Hilfsorganisationen.
- Anreize für ehrenamtliche Tätigkeiten geben** Die zahllosen Leistungen ehrenamtlichen Engagements stoßen allerdings in weiten Teilen unserer Gesellschaft auf Desinteresse und Nichtbeachtung. Mit neuen Anreizen – z. B. durch Kostenerstattung – müssen die vorhandenen Potentiale für ehrenamtliche Tätigkeiten erschlossen werden. Die FDP unterstützt die Einrichtung von Ehrenamt-Agenturen, die die Vermittlung von Freiwilligen organisieren.
- Öffentliche Anerkennung besonderer Verdienste** Im Schulunterricht soll auf die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements für unsere Gesellschaft eingegangen werden. Insbesondere Jugendliche sowie ältere, aktive Menschen sollen an ehrenamtliche Aufgaben herangeführt und mit Aufgaben betraut werden. Wir wollen, um das ehrenamtliche Engagement besser würdigen zu können, jährlich eine öffentliche Anerkennung für besondere ehrenamtliche Verdienste in Bremen und Bremerhaven in Form einer gesonderten Auszeichnung einführen.

➔ **Liberaler Gesundheitspolitik**

Mehr Eigenverantwortung im Gesundheitswesen

Der Erhalt der Gesundheit und eine gute Versorgung im Krankheitsfall sind zentrale Anliegen der Menschen in unserer Gesellschaft. Ein freiheitliches Gesundheitswesen ohne übermäßige Bürokratie und Reglementierung bietet hierfür die besten Voraussetzungen. Liberaler Gesundheitspolitik setzt auf die Verantwortung jeder und jedes Einzelnen für die eigene Gesundheit.

Der Staat muss Rahmenbedingungen schaffen, die es den Menschen unabhängig von ihrem Einkommen oder einer eventuellen Behinderung oder Vorerkrankung ermöglichen, das Krankheitsrisiko und seine Folgen abzusichern. Warteschlangen wie in den skandinavischen Ländern und Altersgrenzen wie in Großbritannien dürfen in Deutschland nicht Realität werden.

Wettbewerb fördert die Kreativität, versicherten- und patientengerechte Lösungen zu finden. Staatliche Planwirtschaft führt zu Missmanagement und zur Fehlleitung knapper Ressourcen. Grundsätzlich ist der Markt mit seiner Vielfalt der handelnden Akteure und seiner Flexibilität am besten geeignet, die Gesundheitsversorgung zu optimieren. Der Staat hat nur dort das Recht – dann allerdings auch die Pflicht – steuernd einzugreifen, wo der Markt versagt.

Er hat den Rahmen für eine sozial verantwortliche Gesundheitspolitik zu setzen. Die FDP setzt sich für die freie Arztwahl ein, damit auch der Kassenpatient weiter mündig bleiben und den Arzt seines Vertrauens direkt aufsuchen kann. Die gesetzliche Krankenversicherung soll von versicherungsfremden Leistungen befreit werden. Mehr echter Wettbewerb bei den Krankenkassen sorgt für Effizienzsteigerung.

Die Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen wird von den Versicherten mitbestimmt. Sie können durch ein gesundheitsbewusstes Leben dazu beitragen, Krankheiten zu vermeiden. Die FDP im Lande Bremen wird sich deshalb für eine verstärkte Förderung von Gesundheitserziehung in den Schulen einsetzen. Bonussysteme, wie beim Zahnersatz, tragen dazu bei, die Motivation zu unterstützen. Das heutige System widerspricht dem Wunsch vieler Menschen, ihre Belange möglichst umfassend in eigener Verantwortung zu regeln.

Die Tarifgestaltung in der GKV muss deshalb flexibler werden. Versicherte müssen die Möglichkeit haben, Tarife mit unterschiedlichen Optionen abzuschließen. Selbstbehalte und Selbstbeteiligungen setzen Anreize für ein kostenbewusstes Verhalten. Regelungen für einkommensschwache Versicherte müssen dafür sorgen, dass niemand Gefahr läuft, von Gesundheitsleistungen ausgeschlossen zu werden.

Wir wollen die Zusammenarbeit der Krankenhäuser fördern, damit Leistungen kostengünstig angeboten werden können. Die Zusammenarbeit zwischen den niedergelassenen Heilberufen und den Krankenhäusern wollen wir verbessern und ausbauen. Die Untersuchungsbelastungen, z. B. Röntgen, sollen dabei so niedrig wie möglich gehalten werden und insbesondere Doppeluntersuchungen vermieden werden.

Gesundheitswesen ohne übermäßige Bürokratie und Reglementierung

Gesundheit darf nicht vom Einkommen abhängen

Markt- statt Planwirtschaft im Gesundheitswesen

Freie Arztwahl auch für Kassenpatienten

Gesundheitsbewusstes Verhalten belohnen

Flexible Tarife in der GKV ermöglichen

Kooperation von Krankenhäusern und Ärzten zur Kostensenkung ausbauen

- Weitgehende Eigenverwaltung der Krankenhäuser** Die Liberalen fordern die weitgehende Eigenverwaltung der Krankenhäuser und den Einsatz moderner Informationstechnologien zur Effizienzsteigerung und Kostensenkung. Der Investitionsstau muss abgebaut werden, die mittelfristige Planung für die öffentlichen Krankenhäuser im Hinblick auf die arbeitsrechtliche Neuregelung bei den Bereitschaftsdiensten eingeführt werden.
- Überregionale Gesundheitsversorgung ausbauen** Überregionale und grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung müssen gefördert werden, um das Gesundheitswesen als Wachstumsmarkt nutzen zu können. Langfristig sollen die Krankenhäuser allein durch die Kostenträger finanziert werden. Der Staat soll sich dann aus der Krankenhausplanung zurückziehen können.
- Patienten über die Kosten detailliert informieren** Patient und Arzt müssen wissen, wie teuer eine Behandlung ist. Ärzte, Zahnärzte und Psychotherapeuten brauchen feste Preise für ihre Leistungen, die Krankenhäuser ein echtes Preissystem. Das bisherige Sachleistungsprinzip hält den Patienten künstlich uninformiert. Die FDP fordert daher, dass die Patienten über die tatsächlichen Kosten einer Behandlung detailliert informiert werden.
- Mehrwertsteuer für Arznei- und Heilmittel reduzieren** Wir fordern die Reduzierung des Mehrwertsteuersatz für Arznei- und Heilmittel von derzeit 16% auf den ermäßigten Satz von 7%. Durch das Absenken der Steuer könnten die Krankenkassenbeiträge deutlich reduziert werden.

Passive und aktive Sterbehilfe

- Sterbehilfe legalisieren und gesetzlich regeln** Die FDP spricht sich für die Legalisierung und eine gesetzliche Regelung von passiver und aktiver Sterbehilfe aus. Bislang bewegen sich Patienten, Ärzte und Angehörige in einem rechtlich nicht abgesicherten Rahmen. Es muss davon ausgegangen werden, dass illegal Sterbehilfe praktiziert wird, oder dass Patienten in ihrer Verzweiflung Selbsttötungsversuche vollziehen, bei denen es zu inakzeptablen Gefährdungen oder grausamen Sterbesituationen kommt.
- Nur bei aussichtslosem und unerträglichem Leiden** Sterbehilfe ist die gezielte, unmittelbare Beendigung des Lebens von Menschen mit fortschreitenden und irreversiblen Leiden, um ihnen weiteres Leiden zu ersparen. Voraussetzung für Sterbehilfe ist, dass der Patient seinen Sterbewunsch eindeutig geäußert hat und die Möglichkeit einer vorübergehenden Depression ausgeschlossen ist. Es muss überzeugend dargelegt werden, dass ein aussichtsloses und unerträgliches Leiden vorliegt.
- Zustimmung von zwei Ärzten erforderlich** Der Patient muss vom Arzt vollständig über seine Situation und seine Aussichten informiert worden und mit diesem gemeinsam der Überzeugung sein, dass es keinen anderen Ausweg gibt. Mindestens ein weiterer unabhängiger Arzt muss hinzugezogen werden, um sich ein Urteil anhand dieser Sorgfaltsanforderungen zu bilden. Für Minderjährige müssen gesonderte Bedingungen geschaffen werden. Die Lebensbeendigung ist medizinisch sorgfältig durchzuführen.
- Kein Arzt darf zur Sterbehilfe gezwungen werden** Für die Überprüfung von Fällen der passiven und aktiven Sterbehilfe sind Kommissionen bei den Ärztekammern einzurichten. Es dürfen weder der Arzt noch das Pflegepersonal zu einer Teilnahme an Sterbehilfe gezwungen werden.

Suchtpolitik neu bestimmen

Wer süchtig ist, verliert seine Freiheit und Würde. Suchtfreiheit und Unabhängigkeit sind die Grundlagen einer freien und eigenverantwortlichen Lebensgestaltung, deshalb sind Prävention und ausstiegsorientierte Angebote die Schwerpunkte unserer Drogenpolitik.

Suchtmittel sind nicht nur die bekannten harten und weichen Drogen, sondern auch legale Drogen, in erster Linie Alkohol und Medikamente. Insbesondere der Alkoholmissbrauch ist zu einem schwerwiegenden Problem geworden. Der Alkoholranke schädigt und belastet nicht nur sich selbst, sondern auch sein familiäres und soziales Umfeld.

Gerade bei jungen Menschen ist zu beobachten, dass Alkohol zum "Abtauchen" aus der Wirklichkeit genutzt wird. Die FDP spricht sich deshalb dafür aus, dass die Erziehungsberechtigten auf ihre Verantwortung verstärkt hingewiesen werden, dass eine intensive Aufklärung in den Schulen obligatorisch wird und dass die Jugendschutz-Bestimmungen in Bezug auf Alkoholkonsum auch im Einzelhandel konsequent durchgesetzt werden. Die Arbeit von Selbsthilfegruppen und Vereinen werden wir weiterhin angemessen fördern.

Suchtprävention im Mittelpunkt der Drogenpolitik

Alkoholmissbrauch bekämpfen

Selbsthilfegruppen unterstützen

Drogenpolitik – Prävention statt Repression

Drogenabhängige Menschen brauchen Hilfe. Es muss ihnen möglich gemacht werden, den Teufelskreis aus Sucht, Arbeitslosigkeit und Beschaffungskriminalität zu durchbrechen. Drogen bleiben geächtet, nicht aber der Drogenranke.

Um Drogenabhängige zu erreichen und ihnen Hilfe anbieten zu können, sind szenenahe Einrichtungen notwendig. Drogenabhängige Menschen brauchen Hilfen im niedrighwelligen Bereich, wie Anlaufstellen zur Beratung, Streetworker und Not-Schlafstellen, aber auch in Form von Drogenkonsumräumen („Fixerstuben“), wo medizinische, hygienische und psychologische Hilfen angeboten werden.

Die FDP fordert zusätzliche Therapieplätze und Nachsorgeeinrichtungen mit einer Anbindung an weiterführende Maßnahmen wie Arbeitsplatzbeschaffung, Ausbildung, Wohnraum-Beschaffung und Integration in Selbsthilfegruppen.

Wir befürworten die Fortführung des Methadonprogramms. Dies kann Heroinsüchtigen helfen, aus der Verelendung herauszukommen und einem geregelten Leben nachzugehen. Unerlässlich ist jedoch die gleichzeitige psycho-soziale Betreuung der Methadonpatienten.

Den nichttherapiefähigen Schwerstabhängigen müssen zukünftig auch weitergehende Hilfen, wie die kontrollierte Abgabe von Heroin zukommen.

Eine offene Drogenszene darf nicht geduldet werden. Bereits im Ansatz ist das Entstehen einer offenen Drogenszene zu unterbinden. Das Dealen mit Drogen ist eine schwere Straftat, die insbesondere im Interesse junger Menschen nachdrücklich bekämpft werden muss. Der Umgang mit kleinen Mengen von Cannabis-Produkten soll aber von der strafrechtlichen Verfolgung ausgenommen bleiben.

Drogenabhängige brauchen Hilfe

Szenenahe Hilfsangebote für Abhängige

Ausreichend Therapieplätze schaffen

Methadonprogramm erhalten und ausbauen

Weitergehende Hilfen für Schwerstabhängige

Offene Drogenszenen nicht länger tolerieren

Bürgerrechte – Mehr Einfluss auf die Politik

Politik für mehr Bürgernähe

Wir wollen eine neue politische Kultur mit mehr Einfluss für die Bürger

Politik ist nicht für die Parteien da, sondern für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Das wurde von der großen Koalition in den vergangenen acht Jahren allzu oft vergessen. Wir wollen die Institutionen und Verwaltungsabläufe bürgerfreundlicher gestalten. Wir wollen mehr Einfluss der Bürgerinnen und Bürger auf die Politik. Wir wollen, dass sich die Politik mehr als in der Vergangenheit verantwortet. Wir wollen eine neue politische Kultur.

➔ *Bürger, Region und Europa*

Die Landesverfassung reformieren

Die Landesverfassung behutsam modernisieren

Die Bremische Landesverfassung von 1947, entscheidend geprägt durch den großen Liberalen Theodor Spitta, ist eine hervorragende Grundlage für das Gemeinwesen in Bremen und Bremerhaven und für die Selbständigkeit unseres Bundeslandes. Wir wollen sie aber modernen Erkenntnissen und Erfahrungen anpassen – behutsam und im pfleglichen Umgang mit ihrer Tradition.

Landesverfassungsbeschwerde einführen

Unser Ziel ist es, auch in Bremen die Landesverfassungsbeschwerde als individuelles Bürgerrecht einzuführen. Dazu sind die Grundrechte der Bremer Landesverfassung justitiabel und vor allem grundgesetzkonform zu machen. Wir wollen eine eigene bremische Verfassungsgerichtsbarkeit einführen.

Die Region: Bremen, Bremerhaven und umzu

Faire Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden

Das Bundesland Bremen und die beiden bremischen Städte müssen gemeinsam mit dem Nordwesten Niedersachsens eine bundesländerübergreifende Region entwickeln. Das geht nur in fairer und gleichberechtigter Kooperation mit dem Bundesland Niedersachsen und seinen Gebietskörperschaften, also in Abkehr von der bisherigen Arroganz des Senats. Konkrete Kooperationen und konstruktive Zusammenarbeit sollen den "Subventionswettlauf" und "Bürgermeisterwettbewerb" der Vergangenheit ersetzen. Wir wollen einen Dialog der Bürger und ihrer Verwaltungen.

Bremen im Europa der Regionen

Nach der Osterweiterung für Riga und Danzig einsetzen

Bremen und Bremerhaven haben in der Vergangenheit direkt über den gemeinsamen Binnenmarkt und durch die europäischen Strukturbeihilfen von der europäischen Integration profitiert. Mit der anstehenden historischen Erweiterung der Europäischen Union im April 2004 werden auch Bremens Partnerstädte Danzig und Riga Teil der Europäischen Union. Für diese muss sich Bremen zukünftig in ganz besonderer Weise einsetzen.

Bremen muss (s)einen Platz im Europa der Regionen finden, wenn der Ausschuss der Regionen zu einem echten EU-Organ mit eigenen Kompetenzen ausgebaut wird. Dort muss Bremen dann gezielt auch die Interessen der Kommunen vertreten.

Bremen muss als Region und Kommune wirken

Die Europäische Union entsteht nicht durch eine gemeinsame Währung. Wir wollen die Europäische Union als föderal verfasste europäische Bürgergesellschaft mit einer gemeinsamen europäischen Verfassung, die für mehr Demokratie und mehr Subsidiarität sorgt.

Europäische Verfassung für mehr Demokratie

Wir wollen eine gemeinsame Innen- und Rechtspolitik der EU, damit Rechtsschutz und Rechtsgüterschutz nicht an Grenzen Halt macht, die eigentlich schon gar nicht mehr da sind. Wir wollen in ganz Europa einheitliche Standards für Nicht-EU-Bürger, für Asylsuchende, für Wirtschaftsimmigranten und für Flüchtlinge.

Gemeinsame Innen- und Rechtspolitik gestalten

➔ **Rechtsstaat und Gerechtigkeit**

Ohne Recht kann es weder Freiheit noch Sicherheit geben, ohne den Rechtsstaat keine Bürgergesellschaft. Rechtsschutz und Rechtsgüterschutz, Rechtssicherheit und innere Sicherheit sind gleichermaßen zu gewährleisten. Der demokratische Rechtsstaat schützt mit der persönlichen Sicherheit seiner Bürger ihre Freiheitsrechte und den sozialen Frieden.

Ohne Recht gibt es weder Freiheit noch Sicherheit

Der Rechtsstaat lebt aber in erster Linie vom Rechtsbewusstsein seiner Bürgerinnen und Bürger. Aufgabe der Politik ist es deshalb vor allem, das Rechtsbewusstsein wieder zu stärken. Das tut gerade in Bremen und Bremerhaven Not, insbesondere bei den politisch Verantwortlichen.

Rechtsbewusstsein der Bürger und der Politiker stärken

Justizpolitik ist in Bremen zu lange als Nebenamt des Bürgermeisters vernachlässigt worden. Liberal sein, heißt Vorkämpfer des demokratischen Rechtsstaats zu sein! Und das waren die Liberalen schon immer – in der Bundesrepublik wie auch in Bremen und Bremerhaven.

Justizpolitik nicht länger vernachlässigen

Für eine gestärkte, moderne Justiz

Die FDP setzt sich für eine unabhängige, bürgernahe, moderne und leistungsstarke Justiz ein. Sie ist für die Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes unverzichtbar. Die Zuständigkeit des Justizressorts muss endlich auch auf die Arbeitsgerichtsbarkeit ausgedehnt werden. Allerdings wird die Dritte Gewalt in Bremen und Bremerhaven nicht ihrer Bedeutung entsprechend gewürdigt und ausgestattet.

Zuständigkeit auch für die Arbeitsgerichtsbarkeit

Der Justiz müssen endlich moderne Mittel für eine qualifizierte und effiziente Leistung zur Verfügung stehen: von Kommunikations- und Büroausstattung bis zu Steuerungselementen für Binnenorganisation und Personalplanung. So können die Verfahren verkürzt werden.

Modernere Ausstattung – Verfahren verkürzen

Die demokratische Legitimation der rechtsprechenden Gewalt wollen wir durch eine Reform des Richterwahlausschusses stärken. Bei der Berufung und Beförderung von Richtern ist Kompetenz erforderlich. Wir fordern transparente Auswahlverfahren und stärkere richterliche Mitwirkung.

Richterwahlausschuss reformieren

Nicht nur Recht haben – auch Recht bekommen Nicht nur Recht zu haben, auch Recht zu bekommen – und das vor allem ausreichend zügig –, ist für den Bürger wesentlich. Das Rechtssystem wird immer unübersichtlicher. Förmliche Gerichtsverfahren sind außerordentlich aufwändig. Die FDP tritt dafür ein, verstärkt weniger aufwändige Formen der Konfliktlösung und Streitschlichtung anzubieten. Eine Gerichtsorganisation, die nur auf das Ausstellen von Urteilen ausgerichtet ist, bewirkt eher noch mehr Rechtsferne beim Bürger, als dass sie ihm Vertrauen in das Rechtssystem gibt.

Für den Ausbau von Opferrechten

Wende in der Justizpolitik: Das Opfer in den Mittelpunkt stellen Die Liberalen treten für eine grundlegende Wende in der Perspektive der Justizpolitik ein. Bisher im wesentlichen täterorientiert, muss endlich das Opfer in den Mittelpunkt der Rechtspolitik gestellt werden. Rechtsschutz muss in erster Linie Opferschutz sein. Die Opfer von Straftaten werden zu oft mit den Folgen der Tat alleine gelassen. Zwar sind in der Vergangenheit einzelne Ansätze – wie der Täter-Opfer-Ausgleich – entwickelt worden, diese Schritte zur Besserung der Rechtslage greifen aber bisher zu kurz.

Stellung von Opfern und Zeugen verbessern Die FDP fordert deshalb eine Reform des Strafprozessrechts, des Strafrechts, der Opferschutzgesetze, aber auch des sonstigen Rechts mit dem Ziel, die Stellung von Opfern, ihrer Angehörigen sowie von Zeugen grundlegend zu verbessern.

Unbürokratische Opferhilfe sicherstellen Die Opfer von Straftaten müssen durch die Polizei und die Staatsanwaltschaft über ihre Rechte aufgeklärt werden. Durch eine umfassende Opferhilfe muss unmittelbar nach der Straftat in jeder Hinsicht unbürokratisch und zügig geholfen werden. Hierfür müssen konkrete und rund um die Uhr erreichbare Anlaufstellen mit geschultem Personal eingerichtet werden.

Opferschutzstiftung aufbauen Wiedergutmachung, Schadenersatz, Rehabilitation und Fürsorge für Opfer und Angehörige müssen die Kriterien für diese justizpolitische Initiative sein. Dabei kann auf vorbildlichem Engagement von privaten Organisationen und Einzelpersonen aufgebaut werden. Um den Opferschutz auch langfristig sicher zu stellen, wollen wir eine Opferschutzstiftung aufbauen.

Wiedergutmachung materiell möglich machen Die Wiedergutmachung von Schäden beim Opfer muss Vorrang vor den staatlichen Ansprüchen haben. Voraussetzung dafür, dass Wiedergutmachung überhaupt materiell möglich wird, ist die Bereitstellung von Arbeitsmöglichkeiten zu tarifmäßigen Bedingungen für Strafgefangene. Dies würde auch der Resozialisierung der Täter dienen, da Schulden abgebaut werden können und an die Stelle von Gleichgültigkeit und Resignation Perspektiven treten würden.

Für einen modernen Strafvollzug

Für modernen Behandlungsvollzug Die FDP tritt für einen modernen Behandlungsvollzug ein, bei dem die Strafgefangenen nicht nur weggeschlossen, sondern tatsächlich resozialisiert werden.

Neubauplanung nochmals auf den Prüfstand Dafür brauchen wir ausreichend Plätze in den Gefängnissen. Die gegenwärtige Neubauplanung gehört nochmals auf den Prüfstand; eine erneute Initiative zur Abstimmung mit Niedersachsen erscheint uns unumgänglich.

Zur langfristigen Entlastung der Gefängnisse fordern wir die eignungsentsprechende Entwicklung und Erprobung der elektronischen Fußfessel.

Elektronische Fußfessel erproben

Strafvollzug muss aber immer auch sicherstellen, dass eine Gefährdung der Bevölkerung durch die Inhaftierten ausgeschlossen ist. Vollzugslockerungen dürfen nur gewährt werden, wenn die Sicherheit der Bevölkerung gewährleistet ist und positive Auswirkungen auf den Straftäter zu erwarten sind. Wir wollen ein gestuftes Entlassungsprogramm sowie spezielle Entlassungsabteilungen einrichten.

Gestuftes Entlassungsprogramm einführen

Zum Schutz der Bevölkerung vor Straftätern, deren besondere Gefährlichkeit sich erst während des Strafvollzuges zeigt, muss eine Sicherungsverwahrung auch nachträglich in einem rechtsstaatlichen Verfahren angeordnet werden können.

Nachträgliche Sicherungsverwahrung

➔ **Politik und Verwaltung**

Parteibuchdenken bekämpfen

Die Liberalen haben sich immer nachhaltig gegen die Herrschaft des Parteibuchs ausgesprochen. Nur durch unzweideutige strikte Regelungen lässt sich Parteibuchwirtschaft zurückdrängen. Deshalb ist die FDP für klare Regelungen eingetreten, vor allem zur Durchsetzung der Ausschreibungspflicht für alle höheren Positionen. Dafür haben wir sogar vor dem Staatsgerichtshof geklagt.

Ausschreibungspflicht für alle Positionen

Große Koalition bedeutet absolute Herrschaft zweier Parteien. Parlamentarische Kontrolle findet zur Zeit kaum noch statt. Es entscheiden die Parteigremien, nicht die demokratisch legitimierten Organe von Parlament und Regierung. Es entscheidet das Parteibuch, nicht die Leistung. Der Filz hält die Koalition, nicht aber Bürger und Regierung zusammen.

Schluss mit Filz und Verteilungsmentalität

Parteibuch- und Versorgungsdenken muss daher entschlossen bekämpft werden. Öffentliche Stellen sind grundsätzlich strikt nach Eignung und Leistung zu besetzen. Die Regelungen, auch die Ausnahmen für die politischen Vertrauensstellungen, müssen durch Gesetze festgelegt werden.

Öffentliche Stellen endlich nach Eignung besetzen

Bestechung und Bestechlichkeit dürfen in Bremen und Bremerhaven keinen Platz haben. Wir wollen neue und geeignete Instrumente zur Korruptionsbekämpfung einrichten, von Revisionsabteilungen über besondere Korruptions-Beauftragte bis zum Landesrechnungshof, den wir mit zusätzlichen Kompetenzen ausstatten wollen.

Korruptionsbekämpfung verstärken

Sanierung auch für die politischen Strukturen

Die Notwendigkeit zum Sparen ist bekannt. CDU und SPD haben aber versucht, die "Politische Führung" davon auszunehmen. Wir Liberale fordern die Verpflichtung zur Sparsamkeit in den Aufwendungen für die politische Führung ein. Wer den Bürgern einschneidendes Sparen zumutet, muss selbst mit gutem Beispiel vorangehen.

Sparsamkeit auch bei der politischen Führung

Deshalb darf es keine Abkehr vom Halbtags-Parlament, von der Halbtags-Diät und den bisherigen Bemessungsgrundlagen für die Ausstattung der Fraktionen geben.

Keine Abkehr von der Halbtags-Diät

Zahl der Ausschüsse und Deputationen verringern Der gesamte "Politik-Betrieb" ist auf ein notwendiges, effizientes Maß herunterzufahren. Die Zahl der Ausschüsse und Deputationen soll im Wesentlichen auf die Zahl der Ressorts begrenzt werden. Der Fortbestand der unabhängigen Diäten-Kommission muss gewährleistet werden. Die "Staatsräte de Luxe" wollen wir abschaffen.

Öffentliche Verwaltung reformieren

Reform der öffentlichen Verwaltung vorantreiben Die entscheidende Aufgabe zur Verbesserung von Effizienz, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit liegt in der Reform der öffentlichen Verwaltung. Das betonen wir seit langem. Die in den letzten Jahren von SPD und CDU durchgeführte Verwaltungsreform führte in die völlig falsche Richtung. Mit viel Getöse (und noch viel mehr Kosten) durften sich Unternehmensberater austoben. Nahezu geräuschlos, aber ebenfalls kostspielig wurden zahllose bremische Gesellschaften eingerichtet. Die wirklich erforderlichen Schritte wurden aus Gründen der Besitzstandswahrung jedoch nicht unternommen.

Kontrollsystem für die bremischen Eigenbetriebe und Gesellschaften Wir wollen Aufbruch und frischen Wind! Darum werden wir eine Strukturreform der öffentlichen Verwaltung durchführen und ein Kontrollsystem für die bremischen Gesellschaften zur Sicherstellung von Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit einführen. Wir wollen das Personalvertretungsrecht novellieren und an den Standard der anderen Länder anpassen.

➔ *Bürger(nah)e Politik gestalten*

Bürger beteiligen – bürgernah entscheiden Bremen und Bremerhaven bilden nicht nur gemeinsam das Bundesland Bremen, sie sind auch je für sich eine Kommune mit dem Anspruch auf eine eigenständige Kommunalpolitik. Am 25. Mai 2003 werden – zeitgleich mit den Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft – auch die Stadtbürgerschaft und die Stadtteilbeiräte der Stadtgemeinde Bremen gewählt. In Bremerhaven wird im Herbst 2003 die Stadtverordnetenversammlung neu gewählt. Für die kommunalen Institutionen müssen Strukturen geschaffen werden, die eine aktive Beteiligung der Bürger am politischen Prozess und eine bürgernahe Entscheidungsfindung möglich machen.

Bürgernähe stärken – Beiräte stärken

Demokratie heißt vor allem Mitgestaltung der Bürger Im Mittelpunkt der Beiratspolitik müssen die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger stehen. Wir Liberale wollen aktive politische Teilnahme fördern. Jede Bürgerinitiative, die sich mittels eines Bürgerantrages an den Beirat wendet, ist Teil einer lebendigen demokratischen Kultur. Demokratie kann sich nur entwickeln, wenn die Bürger mitsprechen, mitgestalten und auch mitverantworten können.

Gestaltungsmöglichkeiten der Beiräte ausbauen Die FDP setzt sich seit jeher für die Stärkung der Beiratsrechte ein, um kommunalpolitische Gestaltungsmöglichkeit zu gewährleisten. Die Entwicklung der Ortsämter zu "Bürger-Service-Centern" wird von der FDP unterstützt, solange der Beirat seine Mitsprache- und Entscheidungsrechte beibehält. Die Bildung von Bezirksparlamenten anstelle der Stadtteil-Beiräte lehnen wir jedoch ab.

Die Kommunalpolitik der Stadt Bremen darf aber nicht länger im Innenressort "verwaltet" werden. Wir wollen das Ortsgesetz für die Beiräte dahingehend verändern, dass aus den Beiräten echte Parlamente werden, d. h. aus Verwaltungsausschüssen am Gängelband des Innensenators sollen eigenverantwortliche Gremien mit entsprechend ausgestalteten Rechten und Pflichten geformt werden. Die FDP tritt dafür ein, die Beiräte als eigenständige Kommunalparlamente direkt bei der Senatskanzlei anzubinden.

Beiräte sollen echte Parlamente werden

Die im geltenden Ortsgesetz verankerten Aufgaben wollen wir grundsätzlich überprüfen. Wir wollen klare Definitionen von Rechten und Pflichten, sowie klare Regelungen hinsichtlich der Letztentscheidungsrechte der Beiräte. Bei Angelegenheiten lokaler Bedeutung soll den Beiräten dieses Letztentscheidungsrecht bewilligt werden, in Fragen gesamtstädtischer Bedeutung sollen sie nur beratend tätig sein.

Klare Definition von Rechten und Pflichten

Wir wollen prüfen, wie weit bestimmte Rechte von der verkleinerten Bürgerschaft auf die Beiratsebene verlagert werden können. Die FDP hält Aufgabenübertragungen, z. B. in den Bereichen Stadtteilentwicklung, regionale Verkehrsplanung, Kultur und Soziales im Sinne einer bürgernahen Politik für wünschenswert. Die materielle und personelle Ausstattung für die Arbeit der Beiräte wollen wir sicherstellen und den Beiräten aus den senatorischen Behörden entsprechendes Fachpersonal zuordnen.

Mitsprache bei Kultur, Stadtteilentwicklung und Soziales ausbauen

Die Beiräte dürfen nicht länger durch ressortegoistisches Verhalten an der Erfüllung ihrer Rechte und Pflichten gehindert werden. Wir wollen deshalb Klagerechte für die Beiräte schaffen. Beiräte dürfen andererseits aber auch nicht durch Beschlüsse die Entwicklung der gesamten Stadt behindern.

Klagerecht für die Beiräte einrichten

Mit uns wird es keine Kürzung der Globalmittel geben! Die FDP tritt dafür ein, einen Belastungsausgleich für bestimmte Stadtteile zu entwickeln. Fördervereine und Stiftungen zugunsten der Beiräte sollen ermöglicht werden.

Keine Kürzung der Globalmittel

Den Beiräten wollen wir jährlich ein Budget zur Verfügung zu stellen, das keiner Kürzung durch Bürgerschaft oder Verwaltung unterliegen darf. Die Ausgaben des Beirates sind gesondert einer eigenen Rechnungsprüfung zu unterziehen und der Rechnungsprüfungsbericht dem Beirat zur Beschlussfassung zuzuleiten. Wir fordern, endlich einen Kriterienkatalog zur Mittelvergabe einzuführen. Parteipolitisch-gebundene Initiativen dürfen zukünftig von den Beiräten keine Mittel mehr erhalten.

Keine nachträglichen Kürzungen des Budgets

Für die Beiräte wollen wir Möglichkeiten schaffen, vor Ort Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit zu unternehmen. Die FDP wird sich in den Beiräten für die gezielte Förderung von mittelständischen Unternehmen einsetzen.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit ermöglichen

Register

- 44 630-Euro-Jobs
- 12 Abfallentsorgung
- 29 Abitur nach 12 Jahren
- 61 Alkoholmissbrauch
- 13 Altlastsanierung
- 53 Anonyme Geburt
- 53, 55 Antidiskriminierungspolitik
- 42ff, 51 Arbeit
- 45f, 51 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
- 55 Arbeitserlaubnis
- 57 Ausschuss für Betreuungswesen
- 47 Autobahnring
- 47 B 74
- 53 Baby-Klappen
- 19 Bagatelldelinquenz
- 10, 58 Barrierefreie Gestaltung
- 57f Behinderte
- 66f Beiräte
- 34 Berufliche Bildung
- 45 Berufsordnungen
- 22 Bibliotheken
- 3, 38 BIG
- 26ff Bildung
- 35 Bildungsgutscheine
- 28 Bildungsstandards
- 48 Bremen Ports
- 9f Bremer Innenstadt
- 17 Bundeswehr
- 46, 50 Bürgergeld
- 66 Bürger-Service-Center
- 38, 40ff Bürokratieabbau
- 61 Cannabis
- 48 Containerterminals
- 23, 62 Danzig
- 8 Denkmalschutz
- 61 Drogen
- 61 Drogenkonsumräume
- 21, 23f, 58 Ehrenamtliches Engagement
- 65 Elektronische Fußfessel
- 42 Energie
- 8 Erhaltungssatzung
- 62f Europäische Union
- 63 Europäische Verfassung
- 39 Existenzgründungsoffensive
- 49, 51 Familie
- 52 Familienpass
- 9 Faulenquartier
- 19 Feuerwehr
- 2 ff Finanzen
- 48 Fischereihafenbetriebsgesellschaft
- 61 Fixerstuben
- 13, 39 Flächennutzung
- 43f Flächentarifvertrag
- 46 Flughäfen
- 36 Forschung und Entwicklung
- 59 Freie Arztwahl
- 27 Freie Schulwahl
- 21, 27, 29 Ganztagschule
- 11f Gebühren und Abgaben
- 12 Gebührentransparenz
- 49 Generationengerechtigkeit
- 33 Gesamtschule
- 18f Gesetzesvollzug
- 59ff Gesundheit
- 57 Gewalt in der Familie
- 4, 40 Gewerbesteuer
- 51, 53 Gleichstellung
- 3 Großprojekte
- 32 Grundschule
- 11f Grundsteuer
- 10 Grüne Welle
- 10 Grüner Pfeil
- 7 Grünes Netz
- 9, 13 Güterbahnhof-Gelände
- 33 Gymnasium
- 48 Häfen
- 65 Halbtags-Parlament
- 33 Hauptschule
- 57 Häusliche Beziehungsgewalt
- 8 Historische Bausubstanz
- 31 Hochbegabung
- 35 Hochschulautonomie
- 35 Hochschule
- 13f Hochwasserschutz
- 13, 39, 47 Hollerland
- 10 Individualverkehr
- 14ff Innere Sicherheit
- 27, 55 Integration von Zuwanderern
- 48 Jade-Weser-Port
- 54f Jugend
- 45, 54 Jugendarbeitslosigkeit
- 15, 18 Jugendsachbearbeiter
- 63 Justiz
- 41 Kammerwesen
- 2 Kanzlerbrief
- 19 Katastrophenschutz
- 49, 52 Kinderbetreuung
- 52 KiTa-Card
- 15 Kontaktbereichsdienst
- 61 Kontrollierte Abgabe von Heroin
- 65 Korruptionsbekämpfung
- 3 Kosten- und Leistungsrechnung
- 42 Kraft-Wärme-Kopplung
- 59f Krankenhäuser
- 16f Kriminalitätsbekämpfung
- 17f Kriminalitätsprävention
- 20ff Kultur
- 20f Kulturförderung
- 23 Kulturhauptstadt 2010
- 23 Kultur-Marketing
- 22 Kultursteuern

20	Kulturstiftungen	30, 33	Schulsponsoring
23	Kulturtourismus	24	Schulsport
44	Kündigungsschutz	53	Schwangerschaftsabbruch
		25	Schwimmbäder
41	Ladenschlusszeiten	4	Selbständigkeit Bremens
52	Landeserziehungsgeld	56f	Senioren
48	Landeshafen	56	Senioren-Förderprogramm
62	Landesverfassung	49ff	Soziales
62	Landesverfassungsbeschwerde	49	Sozialsysteme
41	Landwirtschaft	23ff	Sport
35	Langzeitstudiengebühren	24	Sportentwicklungsplanung
26, 28	Lebenslanges Lernen	27, 32, 55	Sprachlernklassen
53	Lebenspartnerschaften	22	Staatsarchiv
30	Lehrerausbildung	66	Staatsräte de Luxe
31	Lehrerfortbildung	8	Stadt am Fluss
24	Leistungssport	5ff	Stadtentwicklung
31	Lernbehinderte	13	Stadtgrün
47	Lesumquerung	22	Stadtteilkultur
22	Literatur	8	Stadtwerder
47	LKW-Trasse	60	Sterbehilfe
		4, 40	Steuern
9	Medien-Center	10	Stiftung Wohnliche Stadt
39	Meisterbrief	17	Strafmündigkeit
61	Methadonprogramm	53, 64	Strafvollzug
38ff	Mittelstand	35	Studiengebühren
40	Mittelstandsoffensive		
21, 32	Musische Bildung	43ff	Tarifautonomie
		36	Technologie
65	Nachträgliche Sicherungsverwahrung	13, 39	Technologiepark
46	Niedriglohnsektor	47	Transrapid
19	Notliegeplätze		
		47	Überseehäfen
64	Opferschutz	4	Umsatzsteuer
13, 38, 41	Ökologische Marktwirtschaft	41	Umwelt- und Naturschutz
11	ÖPNV	10	UNESCO
29	Orientierungsstufe	13, 39	Uniwildnis
15	Ortsnahe Polizeireviere	30	Unterrichtsausfall
		17	Vandalismus
65	Parteibuchwirtschaft	27	Verbeamtung von Lehrern
66	Personalvertretungsrecht	44	Verfallsdaten für Gesetze
56	Pflegeeinrichtungen	2	Verfassungskonformer Haushalt
26	PISA-Studie	2, 37	Verschuldung
14ff	Polizei	66	Verwaltungsreform
16	Polizeigesetz	18	Videoüberwachung
18	Präventionsräte	31f	Vorschulische Bildung
3, 13, 38	Privatisierung		
29	Privatschulen	14, 42	Wasserbewirtschaftung
		10	Weltkulturerbe
5	Quartier-2003-Programm	4	Wettbewerbsföderalismus
15	Quartierspolizisten	42	Windkraft
		37	Wirtschaft
11	Radwege	38	Wirtschaftsförderung
33	Realschule	36	Wissenschaft
42	Regenerative Energie	11	Wohnnebenkosten
62	Region	7	Wohnungsbau
9	Rembertikreisel		
63	Richterwahlausschuss	28	Zentrale Abschlussprüfungen
23, 62	Riga	35	ZVS
		35	Zwangsexmatrikulation
47	Schienennetz	15	Zweigeteilte Laufbahn
26ff	Schulautonomie		

Unsere Kandidaten

Bremen		Alter	Stadtteil
1	Claus Jäger	59	Burglesum
2	Bernd Richter	49	Oberneuland
3	Dorothee Reischauer	31	Schwachhausen
4	Axel Adamietz	55	Mitte
5	Marco Horstmann	25	Strom
6	Peter Bollhagen	43	Schwachhausen
7	Waltraut Wedemeyer	54	Oberneuland
8	Rudolf Bohne	61	Östliche Vorstadt
9	Philip Wilms	23	Neustadt
10	Hans-Joachim Zernikow	60	Schwachhausen
11	Heinrich Welke	59	Huchting
12	Wolf Schröder	33	Mitte
13	Margret Großer	53	Gröpelingen
14	Thomas Becker	53	Neustadt
15	Agnes Müller-Lang	60	Burglesum
16	Norbert Eggert	70	Blumenthal
17	Daniel de Olano	24	Östliche Vorstadt
18	Harald Czycholl	19	Oberneuland
19	Herbert Paul	62	Horn
20	Matthias Wieneke	22	Seehausen
21	Jens Oldenburg	20	Obervieland
22	Robert Czichos	36	Schwachhausen
23	Ralf Krützfeldt	39	Veogesack
24	Haiko Camphausen	61	Osterholz
25	Jörg von Groeling-Müller	32	Burglesum
26	Wolfgang Hoppe	64	Schwachhausen
27	Michal Fuchs	34	Neustadt
28	Uwe Wegner	67	Burglesum
29	Christian Klauß	19	Oberneuland
30	Georg von Groeling-Müller	76	Burglesum

Bremerhaven		Alter	Stadtteil
1	Willy Wedler	59	Lehe
2	Marc Ella	32	Lehe
3	Harald Neujahr	65	Leherheide
4	Sabine Schomburg	52	Lehe
5	Falk Schulte	22	Mitte
6	Bernd Freemann	44	Schiffdorfer Damm

Mutig handeln statt schönreden: Bremen braucht mehr FDP

Am 25. Mai 2003 wird im Bundesland Bremen eine neue Bürgerschaft gewählt. Seit 1995 regiert eine Koalition von SPD und CDU. Diese ist 1995 mit dem Anspruch angetreten, die bremischen Haushalte auf Dauer zu sanieren und damit die Eigenständigkeit unseres Bundeslandes nachhaltig zu sichern. Die reale Bilanz nach acht Jahren ist hingegen ernüchternd:

Trotz 9 Milliarden Euro Sanierungsmittel vom Bund sind die Schulden um 2 Milliarden Euro angestiegen. Mehr als 20.000 Einwohner sind Bremen und Bremerhaven verloren gegangen. Die Arbeitslosigkeit ist unerträglich hoch, über 44.000 Menschen haben keine Arbeit. Die PISA-Studie hat der Bildungspolitik ein Armutszeugnis ausgestellt. Hunderte Millionen an Steuergeldern wurden in Staatsprojekten fehlinvestiert. Es zeigt sich, dass eine große Mehrheit keineswegs ein Garant für die richtige Politik ist.

Deshalb brauchen wir eine neue Politik für Bremen und Bremerhaven! Eine Politik gegen die Abwanderung, gegen den Bildungsnotstand und gegen die Arbeitslosigkeit. Für eine solche Politik steht die FDP!

- Die Schaffung von Arbeitsplätzen hat oberste Priorität. Bremen braucht vor allem eine Mittelstandsoffensive. Die Gängelung durch überflüssige Bürokratie muss beendet werden. Und Arbeitsplätze brauchen ihre Verkehrsinfrastruktur: deshalb müssen Investitionen vorrangig dort erfolgen.
- Das öffentliche Bildungssystem muss in seinen Standards nachhaltig verbessert und die Eigenverantwortung der Schulen gestärkt werden. Die Orientierungsstufe muss ersatzlos entfallen und die Schulzeit bis zum Abitur auf 12 Jahre verkürzt werden.
- Die Lebensqualität der Stadtteile und Quartiere in Bremen und Bremerhaven muss so verbessert werden, dass sich die Menschen wieder wohlfühlen. Dazu gehören das äußere Erscheinungsbild, die Bewahrung der historischen Bausubstanz, ein breites kulturelles Angebot genauso wie die innere Sicherheit.
- Der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren und nicht als Unternehmer auftreten. Wir brauchen wirkliche Marktwirtschaft statt verdeckter Staatswirtschaft. Das System der Steuerverteilung muss so verändert werden, dass mehr Steuern dort verbleiben, wo sie erwirtschaftet werden.
- Die FDP steht für ein modernes Gesellschaftsbild. Im Mittelpunkt steht dabei für uns die Familie: Familie ist dort, wo Kinder sind! Die Sozialhilfe muss reformiert und durch das gerechtere und weniger bürokratische Bürgergeldsystem ersetzt werden.

Bremen braucht eine Politik, die mutig handelt und nicht schönredet. Unser Land braucht mehr als die Alternative zwischen weiteren vier Jahren unter rot-schwarzem Machtkartell oder einem rot-grünen Senat, der die falsche Politik der Bundesregierung für Bremen noch verschlimmert.

Nach 56 Jahren Regierung unter der SPD gibt es erstmals in Bremen und Bremerhaven eine realistische Chance für einen wirklichen Neubeginn, für eine bessere Politik. Dafür haben sich unsere niedersächsischen Nachbarn in überzeugender Weise entschieden.

Eine solche Alternative muss auch den Wählern in Bremen und Bremerhaven geboten werden. Die gibt es nur mit uns. Deshalb braucht Bremen mehr FDP!